Nr. 164. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Zwischenfälle.

Aus **Wien** wird uns vom 15. Juli geschrieben:

Nur langsam rückt das große Werk der Wahlreform vorwärts, und die Hoffnung, die Vorlage werde noch vor Antritt der Sommerferien im Abgeordnetenhause geborgen werden, erfüllt sich nicht. Man wird sich damit bescheiden müssen, daß jetzt der Ausschuß — wenigstens in der Hauptsache — mit der Vorlage zu Rande kommt, und die Erledigung im Plenum dem Herbste überantworten. Nach den augenblicklichen Dispositionen — sie wechseln freilich sehr rasch — soll die Vertagung des Reichsrates überhaupt unterbleiben, so daß der Wahlreformausschuß Sitzungen halten könnte, auch wenn das Haus in Ferien gegangen ist. Ob es aber möglich sein wird, die Mitglieder des Ausschusses, die teils ihre Geschäfte, teils ihr Urlaubsbedürfnis vorschützen, so lange beisammen zu halten, bis die gesamte Vorlage durchberaten sein wird, das ist doch recht fraglich, obwohl der Ministerpräsident es vor zehn Tagen noch als selbstverständlich angenommen und sogar seine Ueberzeugung dahin verkündet hat, „daß vor den Ferien noch die Plenarberatung begonnen werden müsse". Das mindeste, was jetzt geschehen muß, wenn die Reform nicht ernstlich in die dräuende Gefahr des Zeitmangels geraten soll, ist die Erledigung des eigentlichen Wahl-Gesetzes, wogegen die Durchberatung der Wahl-Ordnung wohl erst nach den Ferien erfolgen wird. Wenn die Herbsttagung Anfang September beginnt, so bleiben dem Reichsrat drei Monate zur Erledigung der gesamten Reform — Zeit übergenug, um die Beratung ohne jede Hast und ohne Ueberstürzung zu Ende zu führen, aber leider auch genügend Zeit für Verschleppungs- und Hemmungsversuche. Es wird also der ernstesten Bereitschaft des Proletariats bedürfen, um jeden solcher Versuche im Keime zu ersticken.

Die Verhandlungen des Ausschusses drehen sich, seitdem die zu Verzögerungszwecken ersonnene Generaldebatte verlassen ist, d. h. seitdem sich die Regierung Beck im Amte befindet, ausschließlich um die Mandatsverteilung und die Wahlkreiseinteilung — ein Sack voll Schwierigkeiten und Komplikationen, von denen man sich nur einen Begriff machen kann, wenn man die ganze so verwickelte und konfliktreiche Struktur des Staates Oesterreich in Anschlag bringt.

In der Frage der Mandatszahl berühren sich die Ansprüche von acht Nationen, und zwar zum Teile von Nationen, die in der gesamten konstitutionellen Epoche im Verhältnis grimmigsten Widerspruches standen. Und nun soll und muß ihr Machtanteil von ihnen selber bestimmt werden!! Die Wahlkreiseinteilung wiederum ist der Herd aller politischen und sozialen Probleme; sie muß die Aufgabe lösen, nationale Majorisierungen zu verhindern, sie muß, soweit als nur irgend möglich, alle ererbten Parteiverhältnisse schonen und womöglich jedem bisherigen Abgeordneten „seinen Wahlkreis" garantieren! Daß es dabei ohne arge Widersprüche nicht abgeht und daß die neue Wahlkreisordnung ein ziemlich buntscheckiges Bild bieten wird, das ist also selbstverständlich. Von Wichtigkeit sind diese manchmal recht künstlichen Konstruktionen übrigens nicht; denn das gleicht die ökonomische Entwickelung in einem Jahrzehnt wieder aus.

Von den 17 Kronländern Oesterreichs sind bisher 13 im Ausschuß erledigt; es fehlen „nur" noch Tirol und die Sudetenländer (Böhmen, Mähren und Schlesien) — also das schwerste Stück. Denn in den Ländern der ehemaligen böhmischen Krone stoßen die Machtansprüche der am weitesten entwickelten Nationen, der Deutschen und Tschechen, aufeinander, und dabei sprühen natürlich Funken. Man erwartet aber doch, daß Ende dieser Woche die Wahlkreiseinteilung im Ausschusse zustande gebracht sein wird. Von dem eigentlichen Wahl-Gesetz ist dann nur noch ein Paragraph zu erledigen — allerdings derjenige, der die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts enthält! Daß ernstlich versucht werden könnte, die Wahlrechtsbedingung der Seßhaftigkeit zu verschärfen, (eine Herabsetzung der einjährigen Seßhaftigkeitsfrist wird sich, wie die Dinge liegen, nicht erreichen lassen) glauben wir nicht; lassen doch selbst die Christlichsozialen, die in dieser arbeiterfeindlichen Forderung am weitesten gegangen sind und sie am schroffsten erhoben hatten, von ihrer Begeisterung für den Schutz der „bodenständigen Elemente" nunmehr wenig merken. Auch ihre zweite „Bedingung": die Einführung der belgischen Wahl-Pflicht wird sich schwerlich verwirklichen lassen; denn da keine Partei weiß, wie die Sache zum Schluß für sie ausschlagen wird, dürfte sich wohl keine auf das zweifelhafte Experiment einlassen wollen. Dazu kommt dann noch, daß der staatliche Organismus den technischen Schwierigkeiten, welche die Wahlpflicht erzeugt, absolut nicht gewachsen ist. Wie könnte man auch den Bauern der podolischen Ebene den Zwang auferlegen aus einem Rechte, das zu handhaben sie überhaupt erst lernen müssen?! Ernster schaut es im Moment mit den Bestrebungen aus, die Gleichheit des Wahlrechts durch irgend eine Pluralität (Alter, Steuerleistung oder eigener Haushalt) zu verfälschen, für die unbegreiflicherweise die Deutschklerikalen schwärmen, die doch vom gleichen Wahlrecht am wenigsten zu befürchten haben und von der Pluralität gar nichts profitieren könnten. Da die ganze Wahlkreiseinteilung schon von nationaler und sozialer Pluralität durchsetzt ist (indem sie die Wahlkreise der wirtschaftlich fortgeschrittenen Nationen kleiner bildet als die der rückständigen, die städtischen kleiner als die ländlichen, die bürgerlichen kleiner als die Arbeiterwahlkreise) so bedingt sie geradezu die Gleichheit der Wahlberechtigung und ruht geradezu auf dieser. Es ist also — von der sozialen Unmöglichkeit ganz abgesehen — (denn jede Antastung der Allgemeinheit und der Gleichheit des Stimmrechts würde vom Proletariat als Kriegserklärung betrachtet werden) wohl ausgeschlossen, daß die prinzipielle Seite der Wahlreform ernsten Anfechtungen ausgesetzt und von Gefahren noch bedroht werden könnte.

Welche unscheinbaren Dinge sich in dieser Wahlreform zu Schwierigkeiten ersten Ranges herauswachsen können, das sei an zwei Episoden der letzten Woche illustriert. Die eine betrifft das Mandat für Gottschee. Gottschee ist eine kleine deutsche Sprachinsel in dem sonst ganz slowenischen Lande Krain. Für diese Sprachinsel haben die Deutschen aus einer Art Sentimentalität ein Mandat verlangt, obwohl es sich insgesamt um etwa 15000 Menschen handelt, die zumeist gar nicht zu Hause wohnen, da ihr beträchtlichster Erwerbszweig der Hausierhandel ist. (Gottschee'er und Hausierer sind in Oesterreich streckenweise geradezu Synonymie!) Die Slowenen nun haben dem Begehren zwar wenig Widerstand entgegengesetzt, aber sie verlangten für das deutsche Mandat eine Kompensation durch Vermehrung der slowenischen Mandate, und zwar in Steiermark, wo sie sehr schlecht behandelt werden (900000 Deutsche erhalten dort 22, 400000 Slowenen nur 6 Mandate). Die Deutschen aber wollten ihnen die Kompensation höchstens in Krain bewilligen, das mit Mandaten ohnedies überfüttert ist. Und diese „Frage": ob den Slowenen das Mandat in Krain oder in Steiermark gegeben werden soll, ist ein „Problem" allerheftigster Art geworden! Obwohl es für die Deutschen natürlich ganz gleichgültig ist, woher der neue Slowene kommt, haben sie, als im Ausschuß die Kompensation in Steiermark beschlossen wurde, ein Geschrei erhoben, als ob dem Deutschtum die schwerste Demütigung angetan wäre! Diese nationalen Uebertreibungen werden natürlich mit dem vollen Bewußtsein ihrer Schwindelhaftigkeit verübt — führen den Reigen doch immer die verstockten Wahlreformfeinde! Aber das nationale Schlagwort ist so übermächtig, daß auch die Vernünftigen nicht zu widersprechen wagen und die Tyrannei der als Chauvinisten auftretenden Privilegienschützer geduldig tragen.

Nicht minder bezeichnend war der Streit, den die Italiener angezettelt hatten. Die italienische Bevölkerung zählt in Oesterreich 700000 Menschen, und es werden 18 italienische Mandate geschaffen; benachteiligt werden also die Italiener in Oesterreich wirklich nicht. Im Gegenteil, sie sind in der Wahlreform besser behandelt als alle Nationen, die deutsche eingeschlossen, obwohl ihre ökonomische Entwickelung alles zu wünschen übrig läßt und die Berufung auf Steuerleistung und Kultur hier eitel Spiegelfechterei ist. Aber weil ihnen zwei Mandate — statt in Istrien und in Görz — in Triest und in Südtirol gegeben worden waren, haben die zwei italienischen Vertreter im Wahlreformausschusse mit der — Obstruktion eingesetzt und mit ihrem nichtswürdigen Treiben drei Sitzungen des Ausschusses totgeschlagen! Der Konflikt ist schließlich durch einen Kompromiß beendigt worden, wozu allerdings nicht wenig der Umstand beigetragen haben wird, daß die Triester Arbeiter den „Signori" sofort die nötige Antwort erteilt haben, ja, schon Miene machten, in der großen Hafenstadt den Generalstreik zu proklamieren!

Man sieht an diesen zwei Episoden, wie dornig der Weg dieser Reform ist, die alle bisherigen politischen Grundlagen niederschlägt und alle nationalen Fragen aktuell macht. Aber man sieht auch, daß die Schlagfertigkeit des Proletariats, an der die Arbeiter aller Nationen mitwirken, die beste Stütze der Wahlreform bleibt.

Die Wahlreform rückt nur langsam von der Stelle — langsamer, als man erwartet hatte und hoffen durfte, aber ihr Ziel wird sie erreichen. Auch durch die Beratung, die bisher alle Fragen und Probleme bezwungen hat, wird sie weiter in das Bewußtsein versenkt, und was vor Jahr und Tag der gewaltigste, schier undenkbare Umsturz schien, wird immer mehr das Selbstverständliche. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist noch nicht beschlossenes Gesetz, aber unverlierbare Tatsache ist es schon heute!

## Die Revolution in Rußland.

### Die Schlacht von Tambow.

In der Gouvernementsstadt Tambow fand dieser Tage eine Schlacht zwischen revolutionären und regierungsfreundlichen Truppen statt. Das dort garnisonierende VII. Reservekavallerieregiment meuterte, und es wurde eine stärkere Truppenmacht aufgeboten, um die rebellischen Kavalleristen „zur Vernunft zu bringen". Hierbei entspann sich eine wahre Schlacht. Als die zur Unterdrückung hinausgeschickten Truppenteile nicht ausreichten, wurde das Rjeschinsker Regiment, ferner eine Kosakenabteilung, das Borissoglsebsker Regiment und das Lehrkommando des 217. Krymer Regiments herangezogen. Da sich die Kavalleristen gut verschanzt hatten und ein gefährliches Feuer eröffneten, konnten die Kosaken nur durch ihre Pferde gedeckt das Feuer erwidern. Indessen ging das Rjeschinsker Regiment zur Attacke vor, wurde aber mit einem so starken Feuer empfangen, daß es sich sofort zurückziehen mußte. Auch die Hinzuziehung der Borissoglsebsker und Krymsker Regimenter änderte nicht viel an der Sache; denn es stellte sich heraus, daß die Mannschaft nur in die Luft schoß, dagegen wurde der sie befehligende Offizier Gorezki, von einer Kugel seiner eigenen Truppe durchbohrt. Als die höhere Militärbehörde Tambows die schwierige Lage der regierungstreuen Truppen einsah, wurde schleunigst das Sumsker Regiment herangezogen, das sich durch besondere Bravour bei der Unterdrückung des Moskauer Aufstandes ausgezeichnet hat. Erst jetzt gelang es den regierungstreuen Truppen, die Meuterer zu überwältigen.

Die Zahl der Toten und Verwundeten soll sich auf etwa vierzig Mann belaufen, ist bisher aber von der Behörde nicht bekannt gegeben worden, da die sofort eingeleitete Untersuchung angeblich noch keine genauen Resultate ergeben hat. —

* * *

**Petersburg**, 17. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kaiser hat durch allerhöchsten Befehl vom 15. d. M. das 7. Reserve-Kavallerie-Regiment seiner ihm am 19. April 1902 verliehenen Standarte für verlustig erklärt.

### Eine Soldatenmeuterei in Aschabad (Transkaspien).

In Aschabad wurden 6 Soldaten, welche gegen die in ihrem Regimente herrschende Willkür protestiert hatten, zu Zwangsarbeit („Katorga") verurteilt. Das ganze Regiment beschloß, die verurteilten Kameraden zu befreien, griff zu den Waffen und proklamierte einen Streik, indem es ökonomische und politische Forderungen stellte. Darauf begaben sich die Mannschaften mit dem Regimentsbanner und unter Vorantragen von roten Fahnen bei dem Sange revolutionärer Lieder aus dem Lager in die Stadt. Sie führten mit sich die Regimentskasse, die Krankenwagen, Feldküchen usw.

Der weitere Verlauf der Meuterei ist vorläufig noch unbekannt.

### Schutzmanns-Streik.

**Petersburg**, 17. Juli. (Von einem Spezialkorrespondenten.) Heute nachmittag traten in einigen Stadtteilen die Schutzleute in Ausstand. Sie ziehen gruppenweise umher und nötigen ihre dienstuenden Kameraden, den Posten zu verlassen. Die ausständigen Schutzleute stellen Forderungen wirtschaftlichen Charakters.

### Duma.

In der Montags-Sitzung ergriff der Gehülfe des Ministers des Innern, Makarow, das Wort, um in ausführlicher Rede 83 von der Duma eingebrachte Interpellationen zu besprechen. Als er gelegentlich seiner Ausführungen die Ansicht ausspricht, daß das Manifest vom 30. Oktober 1905 die Freiheit verkündet, aber keines der bestehenden Gesetze abgeschafft habe, daß diese daher befolgt werden müßten und daß auch der Minister des Innern seine Pflicht nicht außer acht lassen und für die Aufrecherhaltung der gesetzmäßigen Ordnung im Lande sorgen werde, wurde er durch die Rufe: „Genug!" „Rücktritt!" und andere unterbrochen. Als Makarow sein Recht auf die Redefreiheit geltend machte, suchte der Präsident die Ruhe wiederherzustellen. Der Lärm dauerte jedoch an, und Makarow beendete seine Rede unter ironischen Zwischenrufen des Hauses.

Von der Reichsduma wurden am Montag zu Vertretern auf der in London stattfindenden interparlamentarischen Friedenskonferenz die folgenden Abgeordneten gewählt: Professor Maxim Kowalewsky von der demokratischen Reformpartei, Roditscheff, Ostrogorsky, Sokischin und Professor Wassilieff von der Partei der konstitutionellen Demokraten und Aladjin von der Arbeitsgruppe.

### Aus Odessa.

**Odessa**, 17. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In den letzten Tagen haben sich die Ernteaussichten infolge des unaufhörlichen Regens bedeutend verschlimmert.

Der Streik der Hafenarbeiter dauert an; die Kohlenauslader traten, um ihre Solidarität mit den Streikenden zu zeigen, ebenfalls in den Ausstand. Zwei Dampfer mit Kohlen für die Südwestbahnen können infolge dessen nicht ausgeladen werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juli.

### Die „Post"-Rowdies.

Die Kronsbeinsche Kloake bringt heute eine Beschimpfung der Arbeiterschaft, die ihr selbst über die Hutschnur zu gehen scheint. Sie veröffentlicht diese Beschimpfung nämlich nicht als redaktionelle Originalleistung, sondern als Zuschrift aus ihrem Leserkreise. Allerdings entblödet sie sich nicht, die Anregungen dieser Zuschrift als „besonders beherzigenswert" zu bezeichnen.

In der Zuschrift wird behauptet, daß die Schutzleute in der letzten Zeit unter einer Zunahme von bedauerlichen Ausschreitungen zu leiden hätten, aus denen eine früher nie in solchem Maße beobachtete Wut gegen die Polizei spräche. Diese Erscheinung sei zweifellos zurückzuführen auf die verhetzende Agitation der Sozialdemokratie. Aus dieser sozialdemokratischen Hetze erkläre sich „das unverschämte Auftreten junger Burschen gegen alles, was Beamtenuniform trägt". Sogar die Eisenbahnbeamten würden grob und frech behandelt, wenn die Arbeiter abends nicht schnell genug die Kontrolle auf den Bahnhöfen passieren könnten, oder wenn sie bei der Benutzung nicht mehr gültiger Fahrkarten ertappt würden. „Das unter dem verhängnisvollen Einflusse der Staat und Gesellschaft unterminierenden Sozialdemokratie herangewachsene Geschlecht ist es, welches die erhaltenen Lehren der Zuchtlosigkeit gern in die Tat umsetzen möchte, und, da es vor einer Revolution aus Furcht vor dem Kleinkalibrigen zurückschreckt, bei jeder Gelegenheit den Organen der Polizei mit Wut und Haß entgegentritt."

Nun gelinge es ja dank der vortrefflichen Schulung in langjähriger Militärzeit, sowie dem Mute und der Disziplin

„unserer braven Schutzmannschaft" in den meisten Fällen dem einzelnen Beamten, seiner Angreifer durch den Gebrauch des Säbels Herr zu werden. Jedoch nicht immer habe sich diese Waffe bewährt. Wertvoller sei der Revolver, der den Beamten leicht zur Hand und immer gebrauchsfähig sei:

„Darum sollte die allgemeine Bewaffnung der Schutzmannschaft mit Revolvern erfolgen, oder doch wenigstens der Beamten in den Arbeitervierteln, wo sie am meisten an Leben und Gesundheit bedroht sind. Die öftere Anwendung der Schußwaffe gegen Widerspenstige dürfte eine heilsame Wirkung haben, denn unsere „Zielbewußten" können nun einmal nicht Pulverriechen. Auf alle Fälle muß den gewalttätigen Neigungen der Arbeiterrowdies ebenfalls mit Gewalt entgegengetreten und auf jeden groben Klotz ein grober Keil gesetzt werden."

Nicht nur das Berliner, sondern auch das deutsche Proletariat überhaupt wird diese unerhörten Anpöbelungen des Scharfmacherblattes gebührend zu würdigen wissen!

Und diese Empfehlung, die Schutzleute allgemein oder wenigstens in den Arbeitervierteln allgemein mit Revolvern zu versehen, damit sie jedem Widerspenstigen gegenüber von der Schußwaffe Gebrauch zu machen vermöchten, kommt just in dem Augenblicke, wo die bürgerliche Presse, vor Entrüstung schäumend, über einen Fall berichtet, wo im Norden Berlins ein Angehöriger der Bürgerklasse, ein Generalagent Robert L., von einem Beamten durch einen Säbelhieb über den Kopf schwer verletzt worden sei, weil er versucht habe, einen ihm angelegten Knebel zu lockern, der ihm angelegt worden, weil er auf das Anherrschen des Schutzmannes hin nicht sofort aufgehört habe, in der Bierlaune vor sich hinzusingen. Auf der Unfallstation habe obendrein der Beamte erklärt, daß er eigentlich sogar das Recht gehabt habe, L. wegen Widersetzlichkeit niederzuschießen!

So verfuhr ein Schutzmann mit einem gut situierten Angehörigen des Bürgertums. Welche Anwendung von der Schußwaffe wäre da erst zu erwarten, wenn dem Verlangen der „Post" Rechnung getragen würde!

## Demokratische Zarenknechte.

Paris, 15. Juli. (Eig. Ber.)

Just beim großen Reinemachen, das dem Urteil des Kassationshofes folgte, hat der herrschende Bourgeosradikalismus eine feige Unanständigkeit begangen, wie um der Welt kundzutun, daß der bürgerlich-demokratische Menschlichkeits- und Gerechtigkeitidealismus doch nicht so ganz echtfarbig ist. Die Regierung Sarrien-Clémenceau hat die Kundgebung der Kammer für die Duma auf eine kuhhandelige Weise hintertrieben. Wie wir seinerzeit mitteilten, wollte die sozialistische Fraktion nach den Wahlen, die einen so mächtigen Sieg des Radikalismus ergeben hatten, die neue Volksvertretung zu einer Kundgebung für das erste russische Parlament veranlassen. Da sich die Radikalen bereit erklärten, die Aktion mitzumachen, beschlossen die Sozialisten, ihnen die Initiative zu überlassen. Zwei Motive leiteten sie hierbei: einerseits sollte das Gewicht der Manifestation durch die Zahl der Stimmen erhöht werden und die Resolution als Meinungsausdruck aller Klassen der französischen Nation erscheinen, andererseits wollten die Sozialisten in der Kontroverse der russischen Parteigenossen über den Wert der Duma auch nicht den Schein einer Parteinahme erwecken.

Die Radikalen, die ihr Interesse an der Sache gezeigt haben, arbeiteten in der Tat einen Text aus, der dem Minister des Innern und dem Kammerpräsidenten vorgelegt wurde. Diese hohen Zensoren der Mehrheit fanden nichts auszusetzen, stellten aber als Bedingung ihrer Zustimmung die Forderung, daß die Sozialisten in der Kammerdebatte über die Adresse nicht sprechen sollten, da sonst Angriffe auf den Zaren und auf die russische Regierung zu befürchten seien, die zu diplomatischen Schwierigkeiten führen könnten!

Die Sozialisten brachten dieses Opfer und beschlossen in einer besonderen Sitzung, in der Kammer zu schweigen, um die Kundgebung zu sichern, deren Bedeutung durch die — wenn auch stillschweigende — Zustimmung der Regierung erhöht worden wäre.

Nun aber beginnt der Schwindel. Die Regierung fand auf einmal, daß der Zeitpunkt für die Resolution nicht gut gewählt sei und forderte eine Vertagung — mit dem Versprechen, selbst den geeigneten Moment zu bestimmen. Anfangs Juli, da der Schluß der Session nahte, wurden auch die Radikalen ungeduldig. Sie wandten sich an Bourgeois, der ihnen ungemein zuvorkommende Auskünfte gab und sogar versprach, daß er selbst vor Sessionsschluß von der Kammertribüne die notwendigen Worte sprechen werde!! In der Kammer sah man begreiflicherweise dem Auftreten des Ministers mit ungeheurer Spannung entgegen, aber Herr Bourgeois schwieg! Und als ihn in der vorletzten Sitzung jemand fragte, ob er nicht endlich den Mund auftun wolle, erklärte er, die Situation habe sich geändert, und er flehte den Fragesteller an, die Sache nicht zu berühren! — —

Die Sozialisten erkannten nun, daß die Regierung sie betrogen habe und legten in der letzten Sitzung schleunigst eine Resolution vor, in der sie die Verteidiger der russischen Freiheit begrüßten und die Schmach der Pogroms und ihrer Urheber verkündigten. Kaum hatte der Sekretär des Präsidenten einen Blick auf die Schrift geworfen, als er eiligst zu Herrn Bourgeois hinabkletterte und ihm das Dokument übergab. Fünf Minuten später verlas Sarrien das Dekret über den Sessionsschluß! Vergebens protestierten die Sozialisten und forderten vom Präsidenten, daß er die vorliegende Resolution zur Verhandlung bringe. Brisson wollte nichts hören, und als Baillant in kräftigen Worten Verwahrung gegen dieses Vorgehen ausgesprochen hatte, erklärte der famose Demokrat Brisson, Baillants Rede würde nicht ins Protokoll kommen! Die Sozialisten erhoben sich empört und riefen: „Hoch die russische Republik! Nieder mit dem Zarismus!" Währenddessen erklärte Brisson die Sitzung für geschlossen. Die Kundgebung der Sozialisten ist in der Tat im „Journal Officiel" mit keinem Wort erwähnt!

Die Sozialisten werden sich dieses skandalöse Vorgehen nicht gefallen lassen. Sie werden im Herbst Gelegenheit finden, den regierenden „Demokraten" ihre unwürdige Liebedienerei gegen den „alliierten" Zaren vorzuhalten.

* * *

# Deutsches Reich.

### Zentrumsparade.

Das Lokalkomitee zur Vorbereitung der 53. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ladet in einem langen Aufruf die „Deutschen Katholiken", richtiger die Zentrums-Getreuen zu der vom 19.—23. August in Essen stattfindenden diesjährigen großen Paradeveranstaltung ein, die dieses Mal noch pomphafter exekutiert werden soll als bisher. Das Lokalkomitee schlägt in seiner Einladung denn auch ganz besonders schwülstige, verzückte Töne an. Es heißt darin:

Unseren Gästen rufen wir ein herzliches „Willkommen" zu und stellen Gastgeschenke für sie bereit, die sie mit in ihre Heimat nehmen mögen, Erinnerung an glücklich durchlebte Tage ernster Beschäftigung und heiterer Muße, Freude an den landschaftlichen Schönheiten unserer oft verkannten Gegend, Bereicherung des Wissens, Weitung des Schauens, Vertiefung des Empfindens, Stärkung des Glaubens. Vor allem sollen die deutschen Katholiken einen alten Bekannten wiederfinden, einen mächtigen Helfer in Freud' und Leid, den Geist, der, von Gott gesendet, in allen Versammlungen oberster Gesetzgeber war, den Geist der christlichen Liebe und Wahrheit.

Der Geist der Wahrheit und Liebe soll sich in den Augusttagen offenbaren in königlicher Kraft. Der Geist der Wahrheit soll uns führen zu den Quellen wahrer Kultur, soll die festen Stützen gesellschaftlichen Wohles uns kennen lehren, alle sammelnd zu mutiger Mitarbeit; der Geist der Liebe soll uns immer stärker ketten an unseren katholischen Glauben und an alle, die des Glaubens köstlich Erbe zu hüten und zu mehren durch göttliche Weihe berufen sind, soll die Klüfte zu überbrücken suchen, die zwischen den Ständen klaffen, soll uns aufs neue begaben mit Duldung und Edelsinn zum friedlichen Verkehr mit unseren deutschen Brüdern, die von uns, wie der Ratschluß der Vorsehung es zugelassen hat, getrennt im Glauben sind, begaben mit Ehrlichkeit und Ritterlichkeit im offenen Kampfe, wo er nicht zu meiden ist.

Und nun kommt, Katholiken, kommt mit gutem Willen, helft uns in unserer Essener Tagung dem katholischen Geiste, der himmelgeboren, herrschgewaltig durch die Jahrhunderte schreitet, ein leuchtend Ehrenmal errichten, das Vergangenheit und Zukunft erinnerungsstark und hoffnungsfreudig bindet, zum Preise Gottes, zum Heile unseres deutschen Vaterlandes."

Zur würdigen Inszenierung des „Ehrenmals" sind 11 Kommissionen gewählt, darunter neben der „Festkommission" noch eine „Festzugkommission", eine „Ausschmückungskommission", eine „Begrüßungskommission" usw. Auch an Erbauungen und Vergnügungen fehlt es nicht. Es werden z. B. abgehalten: ein Pontifikalamt zur Anrufung des heiligen Geistes, ein Pontifikalamt zu Ehren der allerseligsten Jungfrau ein Pontifikalrequiem, eine Begrüßungsfeier, ein Festzug der katholischen Arbeiter-, Gesellen- und Knappenvereine, eine Männerwallfahrt zum Grabe des heiligen Ludgerus, ein Volksunterhaltungsabend, ein großes Gartenfest und ein großes Festmahl im Essener städtischen Saalbau.

Für fünf Tage ein ganz ansehnliches Vergnügungsprogramm, das an Reichhaltigkeit fast noch das übertrifft, was jüngst in England die eingeladenen deutschen Redakteure abgeleistet haben. Und doch ist mit den obengenannten Festlichkeiten die Liste der Belustigungen nicht erschöpft. Es finden außerdem noch zirka 20 Festkommerse, Festversammlungen und sonstige Extraveranstaltungen einzelner Verbände, Vereine und Korporationen statt. —

Daneben werden zur Abwechselung auch vier geschlossene und vier öffentliche Versammlungen abgehalten. Was in diesen verhandelt werden soll, scheint noch nicht bestimmt zu sein, wenigstens steht darüber nichts in der Einladung und in dem Programm. Im Vergleich zu den Festlichkeiten haben die Verhandlungen ja auch nur nebensächliche Bedeutung. —

**Die angeblichen sozialdemokratischen Wähler-Abkommandierungen im Wahlkreise Altena-Iserlohn.** Als bei der Nachwahl in Altena-Iserlohn statt des Freisinnigen der Zentrumskandidat mit unserem Genossen Haberland in die Stichwahl gelangte, wußten konservative Blätter sofort zu melden, daß die sozialdemokratische Parteileitung 1500 sozialdemokratische Wähler „abkommandiert", d. h. ihnen befohlen hätte, im ersten Wahlgange ihre Stimme nicht für Haberland, sondern für den ultramontanen Kandidaten abzugeben, um diesen unter den bürgerlichen Gegenkandidaten die Mehrheit zu sichern. Wer diese alberne Lüge aufgebracht hat, läßt sich schwer feststellen. Wir fanden sie zuerst in der Oertelschen „Deutschen Tageszeitung"; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß dieses Blatt, das seine politischen Notizen größtenteils aus der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte", der „Korrespondenz des Reichsverbandes", der „Konservativen Korrespondenz" und anderen gleichwertigen Quellen bezieht, auch diese Lüge nicht selbst erfunden, sondern nur nach der Eigenart alter Klatschbasen nachgeplappert hat. Von der „Deutschen Tageszeitung" übernahm dann wieder eine Reihe liberaler Zeitungen das Gewäsch, darunter selbstverständlich auch das „Berl. Tagebl.". Nachdem nun vor einigen Tagen das „Berl. Tagebl." sich zur Zurückziehung seiner Anschuldigung bequemt hat, lehnt jetzt auch die „Deutsche Tageszig." die Verantwortung für die von ihr in die Welt gesetzte Erfindung mit folgenden Worten ab:

Das „Berl. Tageblatt" kommt an der Hand einer Zuschrift aus den führenden Kreisen des Zentrums auf das Gerücht zurück, welches den unerwarteten Erfolg des Zentrums im ersten Wahlgange auf eine sozialdemokratische Kriegslist — nämlich Abkommandierung sozialdemokratischer Stimmen als Zentrumswähler — zurückführen wollte, und nennt die „Deutsche Tageszeitung" als Quelle dieser „Behauptung". Wir müssen diese Autorschaft indessen mit Dank ablehnen, da wir lediglich das durch eine Reihe von Blättern, wenn wir nicht irren, auch das „Berl. Tagebl." gehende Gerücht verzeichnet haben, ohne zu der Frage der inneren Wahrscheinlichkeit Stellung zu nehmen.

Es ist übrigens nicht etwa ein Rest von Anständigkeit, der das Blatt zu dieser Selbstlügenstrafung veranlaßt, sondern nur Gefälligkeit gegenüber den Zentrumsansprüchen.

### Englischer Protest gegen Kolonialbestialitäten.

Schon vor einigen Tagen konnten wir darauf hinweisen, daß sich nicht nur das englische Proletariat, sondern auch bürgerliche Kreise in England mit Entrüstung gegen die in Südafrika verübten Bestialitäten der Kriegsführung in Natal erhoben hätten. Jetzt liegen neuerliche Kundgebungen gegen diese Kriegsbestialitäten vor. Nachdem ein konservatives Blatt eine Darstellung der englischen Greueltaten gegen die aufständischen Zulus veröffentlicht hatte, veröffentlicht jetzt ein liberales Blatt, „Die Tribune" einen Soldatenbrief, der diese Bestialitäten bestätigt. In diesem Brief heißt es:

„Gestern abend verließen wir das Lager, um die Stellung der Rebellen im Walde zu erforschen, und stießen alsbald unversehens auf eine große Abteilung von Eingeborenen, die unter dem vereinigten Oberbefehl von Melakazulu und Bambaata kurz vorher aus Natal herübergekommen sein mußten. Wie es uns glücken konnte, diese Leute zu überrumpeln, wird ewig ein Rätsel bleiben; jedoch es gelang uns tatsächlich, sie auf allen Seiten einzuschließen. Bei Tagesanbruch eröffneten wir mit Feldgeschützen, Maximkanonen und Gewehren das Feuer gegen sie auf engstem Raume. Die Angegriffenen waren einfach starr vor Schreck, rannten, während wir vorrückten, zu Dutzenden waffenlos auf uns zu und erboten sich, sich zu unterwerfen. Von unseren Leuten und den Transvaaler Freiwilligen hielten viele ratlos inne und wußten nicht recht, was sie tun sollten. Die Natalpolizei jedoch, von der kurz vorher einige Leute durch Eingeborene niedergemacht worden waren, brach mit einem Male in den Ruf aus: „Rache für Impanza!" und schoß die Wehrlosen in Massen über den Haufen. Von da ab packte uns alle Besinnungslosigkeit. Ueber zwei Stunden lang rannten wir im Busch umher und schossen und säbelten nieder, was uns an Eingeborenen in die Quere kam, bis wir nicht mehr konnten. Unsere Leute waren dermaßen aufgeregt, daß sie rücksichtslos nach allen Richtungen hin schossen, selbst in ihre eigenen Reihen. Alles war rein tobsüchtig. Als das Gemetzel zu Ende war, durchstreiften wir noch den ganzen Tag über den Busch und knallten die in Baumkronen versteckten Kaffern herunter. Die auf unserer Seite befindlichen Eingeborenen begingen die ärgsten Barbareien, indem sie vor allem den Verwundeten die Leiber aufschlitzten. Tagsdarauf kehrten wir zurück und töteten die noch lebenden Verwundeten. Im ganzen ließen wohl 700 Rebellen ihr Leben, während von uns Weißen nur zwei getötet und zehn verwundet wurden, und die uns begleitenden Eingeborenen vielleicht fünf Tote und fünfzehn Verwundete zählten. Das ganze war eine Schlächterei."

Während so in England auch die bürgerlichen Parteien gegen die Scheußlichkeiten der kolonialen Kriegsführung protestieren, sucht unser Bürgertum alle Exzesse kolonialer Kriegsführung zu vertuschen. Es sind einige Wochen her, daß wir auf solch eine koloniale Bestialität hinwiesen. Wir nagelten fest, daß man die Methode der Raubzeugvertilgung gegenüber den ostafrikanischen Eingeborenen angewendet hatte. Man hatte Patronen derartig präpariert, daß sie den Lauf der Gewehre zersprengten und den Kopf der Schützen zerschmettern mußten. Diese Patronen hatte man dann absichtlich verstreut, damit sie von den Eingeborenen als Munition benutzt werden sollten. Und über diese von uns gebrandmarkte Bestialität hatte nur ein einziges Blatt, die „Germania", einige Worte schüchternsten Protestes gebracht, die ganze übrige bürgerliche Presse hatte sich vollständig ausgeschwiegen. Man sieht also, daß die deutsche Bourgeoisie an kolonialer Brutalität sogar die englische bereits bei weitem übertrifft! —

### Anreizung zu einem Owambofeldzug.

Trotzdem die Dauer des Feldzugs gegen die Hottentotten noch immer vollständig unabsehbar ist, beginnen bereits Kolonialfexe zur Provozierung eines neuen Kolonialkrieges in Südwestafrika aufzureizen.

Bekanntlich hatte bei dem Hererokrieg auch ein Owambostamm einen Angriff gegen eine Ansiedlung unternommen. Da dieser Angriff erfolgreich zurückgewiesen war und unsere Truppen alle Hände voll zu tun hatten, um mit den Hereros und später mit den Hottentotten fertig zu werden, kam man nicht dazu, auch noch mit den Owambos die Rechnung ins Gleiche zu bringen. Ja, als sich der Krieg gegen die Hereros und Hottentotten in die Länge zog und geradezu ungeheuerliche Opfer an Geld und Menschenleben erforderte, gelangte man in maßgebenden Kreisen zu der Ansicht, daß es vernünftiger wäre, sich mit den Owambos gar nicht erst einzulassen, sondern die Lösung der Owambofrage einer späteren Zukunft zu überlassen. So ist auch von Regierungsseite im Reichstage wiederholt erklärt worden, daß man nicht daran denke, die Waffengewalt gegen die Owambo anzuwenden, sondern daß man sich damit begnügen werde, auf friedlichem Wege Genugtuung für jenen Angriff gegen die Station zu erlangen.

Nunmehr aber redet in der „Neuen mil. pol. Korrespondenz" ein „alter Afrikaner" einer kriegerischen Lösung der Owambofrage lebhaft das Wort. Er führt aus, daß die Owambo gespalten seien und der Häuptling Nechale, der seinerzeit den Angriff gegen die deutsche Station Amatoni unternommen, mit dem anderen Owambostamm verfeindet sei. Diese Zersplitterung der Owambo müsse man sich zu nutze machen. Man habe es nur mit einem, und nicht allzu mächtigen Stamme zu tun. Für eine kleine, aus wenigen hundert gut Berittenen und 2—4 Geschützen bestehende Truppe sei es nicht schwer, Nechales Stadt von Amatoni aus in zwei Nachtmärschen zu erreichen. Unternehme man einen ganz überraschenden Ueberfall, damit Nechale nicht Zeit gewinne, seine großen Viehherden nach dem Nordosten hin in Sicherheit zu bringen, so werde man einen überraschenden Erfolg haben und Nechales Palisadenstadt innerhalb weniger Stunden beschießen, erstürmen und zerstören können. Dann könne man ihn und seine Großleute der deutschen Justiz überliefern und dem Stamme die Buße auferlegen, allmonatlich eine bestimmte Anzahl von Regierungsarbeitern zu stellen. Eine solche Bestrafung Nechales und seines Stammes werde bis zu den portugiesischen Owambos hin den „heilsamsten und gewaltigsten" Eindruck machen. Wenn es auch unmöglich sei, alle Owambostämme zu entwaffnen, da die Händler aus Angola ihnen beliebig viel neue Gewehre und Munition liefern könnten, so sei doch „das weiße Prestige in der Entwaffnung Nechales und seiner Leute gewahrt".

Man sieht, in welch frivoler Weise die deutsche Regierung dazu angereizt wird, durch neue koloniale Unbesonnenheiten den südwestafrikanischen Feldzug in die Unendlichkeit hinein zu verlängern. Man versteht aber diese Anreizungen nur zu gut, wenn man sich die Auffassung vergegenwärtigt, daß der Bankrott der Kolonie gerade durch den längeren Aufenthalt einer möglichst zahlreichen Schutztruppe verhindert wird. Da unsere Ostafrikaner die Kolonialtruppe für die milchende Kuh halten, muß ihnen natürlich alles daran liegen, sich diese milchende Kuh möglichst lange zu erhalten. Und da doch der Feldzug gegen die Hottentotten schließlich trotz alledem einmal ein Ende haben muß, so gebietet es das Interesse unserer südwestafrikanischen Kolonialschmarotzer, schleunigst für die Anzettelung eines neuen unübersehbaren Kriegsabenteuers zu propagieren! —

### Akademische Rowdies.

Die Universität Jena ist wegen ihrer „akademischen Freiheit" berühmt. Wie diese von den Musensöhnen aufgefaßt wird, zeigt eine Zuschrift, die das „Jenaer Volksblatt" veröffentlicht:

„Seit einigen Wochen ist es für die Bewohner der inneren Stadt fast zur Unmöglichkeit geworden, die notwendige Nachtruhe zu genießen; und doch gibt es auch unter ihnen manchen, dem es nicht vergönnt ist, bis Mittag zu schlafen und so das Versäumte nachzuholen.

Eine Rotte besoffener Studenten löst die andere ab, die eine immer lärmender als die andere. Aber von Polizei keine Spur. Merkwürdig, daß die heilige Hermandad niemals dort zu finden ist, wo die akademisch Gebildeten durch Verübung ruhestörenden Lärms ihr Wesen treiben. . . . Wenn es nicht zu deren Obliegenheiten gehören sollte, einzuschreiten, so rate ich den Bürgern, soweit sie nicht Mitglieder einer blöden Hammelherde sind, sich selbst zu helfen. Aber nicht, wie vorige Nacht, durch Schleudern von Wurfgeschossen, seien es nun Briketts oder Punschterrinen, sondern mit handfesten Knütteln bewaffnet zwischen diese Horden zu fahren. Dafür sollen diese Alkoholiker ein merkwürdiges Verständnis haben, während sie Mahnungen und Anfeuchtung mit obengenannten Mitteln gegenüber ziemlich dickfellig sind. Also zeigt einmal diesen Herren, daß Ihr nicht alle aus Angst um Euer Portemonnaie gewillt seid, Euch um Eure Nachtruhe bringen zu lassen.

Daß von den gebildeten Strolchen, die vorige Nacht Johannisstraße und Umgegend unsicher machten, die gemeinsten Zoten in die Nacht gebrüllt und Frauen, die sich den Lärm verbeten hatten, als H. . . . . bezeichnet wurden, sei nur nebenbei erwähnt."

### Zur Landflucht der Schulproletarier.

Der „Preußische Stadt- und Landbote, Tageblatt für Eberswalde und Umgegend" berichtet:

In den letzten Tagen war in unserer Stadt das Gerücht verbreitet, auf dem benachbarten Dominium Beerbaum sei das Schulgebäude eingestürzt und die Lehrerfrau unter den Trümmern begraben worden; erst nach zwei Stunden sei sie wieder zur Besinnung gekommen. Andere Mitteilungen ließen das Unglück weniger schlimm erscheinen und besagten, daß in der Lehrerwohnung „nur" eine Stubendecke eingestürzt sei. Wir ermittelten folgendes:

Das Schulgebäude des Dominiums Beerbaum ist ein einstöckiges Häuschen, das neben dem Klassenzimmer, in dem gewöhnlich sechzig bis siebzig Kinder unterrichtet werden, noch die Lehrerwohnung, bestehend aus zwei

kleinen Stuben, Kammer und Küche enthält. Während das Schulzimmer erst in neuerer Zeit angebaut ist und billigen Anforderungen entspricht, liegt die Lehrerwohnung in dem alten Gebäude, das vor etwa hundert Jahren errichtet sein dürfte. Natürlich ist der „Zahn der Zeit" nicht spurlos an diesen Räumen vorübergegangen, und recht eindrücklich sollte hieran die Lehrerfamilie am Sonntag vor acht Tagen erinnert werden. Ein donnerähnliches Krachen erscholl plötzlich um die Mittagsstunde im Hause, und als die Bewohner erschreckt in die Wohnung eilten, sahen sie, daß in der „guten Stube" Lehmpatzen und starke Holzstücke den Fußboden und die Möbel bedeckten. In der Stubendecke befand sich ein großes Loch, das einen Blick nach dem Boden gestattete. Ein Glück, daß das Malheur nicht in der Nacht passiert war; die schweren Holzstücke, die, mit dem Lehm verbunden, die Stubendecke bilden, hätten sonst die in diesem Raum schlafenden Kinder der Lehrerfamilie erschlagen. Schon im Frühjahr dieses Jahres ist ein Teil der Decke herabgestürzt. Anstatt nun eine umfassende Reparatur vorzunehmen und die Decke zu verschalen, wurde nur das Loch geflickt und tüchtig Schlemmkreide aufgetragen. Auch im übrigen ist die Wohnung so beschaffen, daß sie behördlich geschlossen werden müßte. Die Tapeten sind an den Wänden infolge der Nässe verstockt, im Fußboden wuchert der Schwamm, die Balken sind wurmstichig. Da auch in dem Kämmerchen die Decke abzustürzen drohte, hat sie der Lehrer mit Brettern benagelt. Die Küche ist notdürftig mit Mauersteinen gepflastert, die eine holprige Fläche bilden. Die Lehrerfamilie hat die gefährdete Stube geräumt und benutzt vorläufig das Klassenzimmer als Wohn- und Schlafraum. Ausdrücklich bemerkt sei, daß der jetzige Patron der Schule an den mißlichen Zuständen schuldlos ist. Erst seit dem 1. Juli d. J. befindet sich das Dominium Beerbaum in dem Besitz des Grafen Pückler — nicht identisch mit dem „Dreschgrafen" — und zwar hat er es von einem Grafen Brandenburg übernommen. Hoffentlich wird nun nicht auch von ihm weiter „geflickt". Bei solchen Zuständen kann man sich wahrlich nicht wundern, wenn unter den Lehrern eine „Landflucht" Platz greift.

Aus „allerhöchstem" Munde ist ja bekanntlich einmal das Wort gefallen, daß ostelbische Schweineställe häufig besser seien als ostelbische Lehrerwohnungen. Der jetzt mit einem neuen Orden bedachte Herr Studt kennt aber gleichwohl nur ein Mittel, die Landflucht der Schulproletarier zu verhindern: die Hintertreibung der Gehaltsaufbesserungen der städtischen Lehrer! —

---

**Das Verfahren gegen Biewald** soll nach der Darstellung der „Bresl. Ztg." noch nicht eingestellt sein. Dem Opfer des noch nicht ermittelten polizeilichen Handabhackers sei lediglich vom Untersuchungsrichter die Mitteilung zugegangen, daß die Voruntersuchung gegen ihn abgeschlossen und die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben worden seien.

Die Staatsanwaltschaft kann also nunmehr ihre Aktion fortsetzen oder auch einstellen. Viel vernünftiger war es freilich, wenn sie endlich zur Ermittelung des Handabhackers das Verfahren gegen Unbekannt einleiten würde! **Warum geschieht das denn eigentlich nicht?!** —

**Ueber die amtlichen Vorberreitungen zum Abschluß neuer Handelsverträge** wissen die offiziösen „Berl. Pol. Nachrichten" allerlei zu berichten. „Am meisten werden", schreiben sie, „gegenwärtig die zuständigen behördlichen Stellen von der Schaffung der Grundlagen für die Verwandlung der mit Spanien und Nordamerika abgeschlossenen Provisorien in endgültige Handelsabkommen in Anspruch genommen. Dabei drängt die spanische Angelegenheit naturgemäß noch mehr als die nordamerikanische, weil das Provisorium mit jenem Lande bis zum Ende 1906, das mit diesem bis Mitte 1907 läuft. Spanien hat ja an verschiedenen Stellen die Sätze seines neuen Tarifes, deren Feststellung auf übertriebenen Wertschätzungen der betreffenden Waren beruhte, ermäßigt, jedoch auch so hat es immer noch nicht einen die deutschen Interessen in der nötigen Weise berücksichtigenden Minimaltarif geschaffen. Es wird nicht leicht sein, auf dieser Unterlage zu einer Verständigung zu gelangen. Jedenfalls sind die Arbeiten bezüglich Spaniens und Nordamerikas diejenigen, die auf dem handelspolitischen Felde im Vordergrund stehen. Die Vorbereitungen wegen Abschlusses eines neuen Vertrages mit Argentinien, das gegenwärtig bekanntlich mit Deutschland im Meistbegünstigungsverhältnis steht, scheinen in den Hintergrund gedrängt zu sein. Wenn übrigens hier und da als Grund für die Hinzögerung dieser Vorbereitungen angegeben wird, Argentinien würde zum ersten Male einen Tarifvertrag abschließen, so liegt hier ein Irrtum vor. Argentinien hat bereits einmal und zwar mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Tarifvertrag vereinbart, er wurde aber von den letzteren nicht ratifiziert. Wie hier die Dinge sich entwickeln werden, ist vorläufig nicht abzusehen. Jedenfalls wird auch jetzt und in der nächsten Zeit auf handelspolitischem Gebiete innerhalb der Regierung eifrig gearbeitet, ob es aber in der nächsten Tagung zu Vorlagen an den Reichstag kommen wird, ist, wie schon früher auseinandergesetzt, fraglich, da die Entscheidung nicht von der deutschen Regierung allein abhängt."

Mit anderen Worten: die Verhandlungen stocken überall. Die vielgerühmte neue Zollrüstung erweist sich als wenig brauchbar. —

## Ausland.

### Schweiz.

**Eine Abstimmung über zwei Vorlagen hatte die** Bürgerschaft Zürichs am Sonntag, den 15. Juli, vorzunehmen. Erstens handelt es sich um den Bau des Volkshauses. Dieses Haus soll zweckmäßig ausgestattete Versammlungsräume für Vorträge, Bildungskurse, Gewerkschaften und politische Vereine erhalten. Ferner wird geplant, einen großen, 1000 bis 1500 Personen fassenden Saalbau mit Bühne aufzuführen. Im Erdgeschoß soll ein geräumiges Restaurant, eine Volksküche mit Kantine, Wannenbäder usw. Platz finden. Die Kosten dieses Hauses, welches Eigentum des zu gründenden Volkshausvereins wird, sind auf etwa 850 000 Frank veranschlagt. Den Bauplatz tritt die Stadt unentgeltlich an den Volkshausverein ab. Außerdem leistet sie einen Baukostenbeitrag von 120 000 Frank. Zur Bedingung ist gemacht, daß die Gebühren für die Benützung der Institutionen des Volkshauses möglichst niedrig bemessen sein müssen. Ferner dürfen in den Räumen des Volkshauses keine alkoholhaltigen Getränke ausgeschänkt werden.

Das zweite Projekt betrifft die Erbauung eines Kunsthauses. Die Stadtgemeinde soll der Kunstgesellschaft einen bestimmten Bauplatz abtreten, ferner zu den Baukosten einen Beitrag von 100 000 Frank und zu den Betriebskosten einen jährlichen Zuschuß von 5000 Frank leisten. Dafür muß sich die Kunstgesellschaft verpflichten, die Sammlungsräume an einem bis zwei halben Wochentagen und am Sonntagnachmittag zu unentgeltlichem Besuche offen zu halten. Die sozialdemokratische Partei hatte empfohlen, für beide Projekte zu stimmen.

Ueber das Resultat der Abstimmung wird uns aus Zürich geschrieben:

Mit 10 110 gegen 5458 Stimmen ist die Errichtung des Volkshauses und mit 11 610 gegen 4045 Stimmen die des Kunsthauses beschlossen worden. Das Kunsthaus hat also 1500 Stimmen mehr erhalten als das Volkshaus — so viele Bürgerliche gönnten der Arbeiterschaft das Volkshaus nicht. Nun kommt es doch! —

### Frankreich.

**Dreyfus** ist dem Stabe der Artillerie-Direktion von Vincennes als Major zugeteilt worden. Picquart ist zum Generalmajor ernannt. —

### England.

#### Des Pudels Kern.

**London**, 17. Juli. (Laf.) Der Oberkommissar von Aegypten, Lord Cromer, und seine Räte sind der Ausarbeitung eines Planes zur Verstärkung der britischen Besatzungsarmee in Aegypten wegen des ständigen Wachsens der fanatischen Stimmung unter den Eingeborenen näher getreten. —

---

**„Majority"**, die neue Arbeiterzeitung, deren erste drei Nummern unser Londoner Berichterstatter letzten Sonntag kurz glossiert, ist nach dem Erscheinen der 5. Nummer sanft entschlafen. Die „gelbe" Tagespresse mit ihren vielen Sport- und Sensationsnotizen hat gesiegt. —

### Schweden.

#### „Europas gebildetster Monarch."

Als in der Zeit der nationalistischen Kriegshetzereien gegen Norwegen Oskar II. sich entschieden auf die Seite der Friedensfreunde stellte, deren stärkste Kraft die Sozialdemokratie war, da gewann er eine gewisse Popularität auch innerhalb der aufgeklärten Arbeiterschaft, die sich verpflichtet fühlte, den „Friedenskönig" gegen schmähliche Angriffe und Beleidigungen der konservativen Mordspatrioten in Schutz zu nehmen. Dann aber hat er die Sympathien der Arbeiterschaft wie des aufgeklärten Teiles des schwedischen Volkes gänzlich wieder eingebüßt. Zunächst dadurch, daß er sich in der Wahlrechtsfrage auf die Seite der konservativen Herren und Gewalthaber stellte und neuerdings durch eine andere Handlung, die man „Europas gebildetstem Monarchen" — wie ihn seine Schmeichler nennen — nicht zugetraut hätte: Es galt die Wahl eines neuen Mitgliedes der Schwedischen Akademie. Mit 12 gegen 5 Stimmen wählten die Mitglieder der Akademie Schwedens berühmtesten Literaturhistoriker Professor Schück, Rektor der Universität Upsala. Aber der Häuptling der Minorität, der reaktionäre Bischof C. D. af Wirsen, veranlaßte den König, zu tun, was seit Bestehen der Akademie noch nie geschehen war: dem Gewählten die Bestätigung zu versagen! Der Grund für diese Haltung des Königs ist — wie allgemein angenommen wird — der, daß Professor Schück ein Buch über Gustav III., den Stifter der Schwedischen Akademie, geschrieben und diesen einigermaßen berühmten Schwedenkönig, der 1792 infolge einer Verschwörung des Adels ermordet wurde, nicht im Sinne höfischer Speichellecker, sondern wahrheitsgetreu geschildert hat als einen theatralisch auftretenden Herrn, dessen Verdienste um die Literatur keineswegs so glänzend sind, wie man gemeinhin annimmt.

In der schwedischen Presse wird Oskars II. Haltung in dieser Angelegenheit allgemein bedauert und teilweise scharf verurteilt. —

### Japan.

#### Das dicke Ende.

„Daily Telegraph" meldet aus Tokio, Japan beabsichtige, außer den bereits im Bau befindlichen Kriegsschiffen, großen Kreuzern und kleineren Fahrzeugen auf Grund der im letzten Kriege gewonnenen Erfahrungen noch mehr Kriegsschiffe, große Kreuzer und Torpedoboote, alle mit schwerer Armierung, zu bauen. Im Budgetvoranschlag werde das Volk aufgefordert werden, große finanzielle Opfer zu bringen, damit die bevorstehenden Rüstungen durchgeführt werden können. —

### Marokko.

#### Die Seeschlange.

**Paris**, 17. Juli. (B. H.) Das „Journal" veröffentlicht ein Telegramm aus Tanger, worin es heißt, daß der Sultan beschlossen habe, zum Verwalter der marokkanischen Staatsbank einen in Fez ansässigen deutschen Kaufmann zu ernennen, der mit dem Hofe in Geschäftsbeziehungen steht.

Das Blatt fügt hinzu, diese Nachricht rufe großes Aufsehen hervor, weil durch diese Ernennung die Marokkofrage wieder zur Aufrollung kommen könnte. —

---

#### Raisulis Antirussendemonstration.

**London**, 16. Juli. Die „Times" melden aus Tanger, daß der Vertreter des Sultans sich bei dem russischen Geschäftsträger in offizieller Form entschuldigt hat, weil Raisuli einen eingeborenen Bediensteten der russischen Gesandtschaft vor einigen Tagen auf dem Marktplatz in Tanger öffentlich auspeitschen ließ. —

### Amerika.

#### Feindliche Brüder.

Am Sonnabend stießen die Heere von Salvador und Honduras auf der einen, Guatemala auf der anderen Seite gegen einander. Der Kampf endete mit der Niederlage von Guatemala, das einige tausend Mann an Toten und Verwundeten verloren haben soll.

Honduras und Salvador erklärten sich sofort bereit, abzurüsten und ihren Konflikt mit Guatemala einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Durch die Intervention Roosevelts soll der Streit zwischen Guatemala und Salvador bereis geschlichtet sein und der zwischen Honduras und Guatemala seiner Beilegung harren. —

---

# Aus der Partei.

**Aus Krähwinkel.** Wir erhalten folgende Depesche aus Mannheim:

Der Stadtrat hat die Zusage, den Rosengarten als Parteitagslokal abzugeben, für September-Oktober wegen des zu erwartenden Besuches des Großherzogs zurückgezogen.

Das Komitee nimmt Mittwochabend Stellung.

Wir wollen dem Komitee in der Kritisierung dieses Schildbürger-Stückchens nicht vorgreifen. Es reiht sich würdig der Heldentat an, die Altenburgs Regierung sich leistete, als sie im vorigen Jahre den roten Revoluzzern die Leuchtenburg sperrte.

**Neuorganisation im 12. und im 13. Reichstags-Wahlkreise** (Leipzig-Stadt und Leipzig-Land). Die Umwandlung der bisherigen Organisationsform in den beiden Leipziger Kreisen — entsprechend den Beschlüssen des Jenaer Parteitages und der Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Sachsens — ist nunmehr beendet. Im 12. Kreise handelte es sich in der Hauptsache nur um eine Namensänderung des früheren „Wahlvereins für den 12. sächsischen Reichstags-Wahlkreis", der nun unter dem Namen „Sozialdemokratischer Verein für den 12. sächsischen Reichstags-Wahlkreis" weiter besteht. Neu ist, daß der Kreis in sechs Bezirke eingeteilt worden ist, in denen je ein besonderer Vertrauensmann die inneren Geschäfte erledigt. Im 13. Kreise wurden Vereine zusammengelegt, neue Bezirksvereine und ein besonderer Hauptverein unter dem Namen „Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis" gegründet, dem alle bisher unter den verschiedensten Namen bestehenden sozialdemokratischen Ortsvereine als Bezirksvereine mit einheitlichem Statut angegliedert wurden. Im ganzen bestehen 55 Ortsvereine. Organisiert sind im 12. Wahlkreise zirka 2000 und im 13. Wahlkreise gegen 14 000 Personen.

**Jahresbericht.** Der sozialdemokratische Verein des Wahlkreises Düsseldorf veröffentlicht seinen Jahresbericht, der aber nur, da der Beginn des Vereinsjahres jetzt auf den 1. Juli festgesetzt ist, 9 Monate umfaßt. Am Anfang des Jahres wurde eine Reorganisation des Vereins vorgenommen und ein besoldeter Parteisekretär angestellt. Das Statut des Vereins wurde dem in Jena beschlossenen Organisationsstatut angepaßt und der Beitrag auf monatlich 50 Pfennig festgesetzt. Die Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 1534; eine Steigerung war seit Januar zu verzeichnen, doch bleibt den Düsseldorfer Genossen noch ein weites Feld zur Agitation, besonders unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften, deren Organisationen insgesamt über 11 000 Mitglieder aufweisen!! Auch steht die Mitgliederzahl der politischen Organisation in keinem Verhältnis zu der Zahl der im Jahre 1903 für unseren Kandidaten abgegebenen Stimmen. Vereinigte dieser doch in der Hauptwahl 20 375 Stimmen auf sich, in der Stichwahl 23 762! — Schwierig ist die Agitation im Landkreise Düsseldorf durch den Lokalmangel, die Schikanierungen der Polizei und die Verleumdungen der Pfaffen.

Der Verein hatte in den neun Monaten eine Einnahme von 6713,45 M., denen eine Ausgabe von 4917,83 M. gegenüberstand. Der Hauptkasse in Berlin und dem Agitationskomitee in Elberfeld wurden insgesamt 1241,73 Mark zugeführt. Für die russischen Revolutionäre wurden etwas über 1100 M. gesammelt. In den letzten Wochen machte sich eine Sammlung für die Opfer des neuesten Polizei- und Justizkurses in Düsseldorf nötig, weil beide Behörden ein schneidiges Vorgehen gegen unsere dortigen Genossen belieben.

**Zur Tagesordnung des Parteitages** schreibt unser Braunschweiger Vorderblatt, der „Volksfreund":

„Diese Tagesordnung entspricht vollauf unseren Wünschen und Erwartungen. Daß man den Massenstreik wieder aufgesetzt hat, ist nunmehr notwendig, nachdem sich, wie bekannt, unerquickliche Differenzen zwischen Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften darüber ergeben haben, die dann durch die lokalistische „Einigkeit" an die große Glocke gehängt wurden, aber, wie sich immer mehr herausstellt, mit großem Recht. Es war sogar ein verdienstliches Werk. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, darauf ausführlicher zu sprechen zu kommen."

---

# Soziales.

**Schadenersatzanspruch wegen Boykotterklärung endgültig abgewiesen.**

Infolge des im Frühjahr 1904 in Kiel stattgehabten Streiks der Bäckergesellen waren von dem dortigen Gewerkschaftskartell ein Aufruf in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" erlassen und Flugblätter in Umlauf gesetzt worden, deren Inhalt sich gegen diejenigen Bäckereien wandte, welche die Forderungen der Gehülfen nicht anerkannt hatten. Genannt wurden diejenigen Bäckereien, die die Forderungen bewilligt hatten, während in bezug auf die übrigen die Bevölkerung aufgefordert wurde, die Gesellen in ihrer Sache zu unterstützen, nicht das Brot von Streikbrechern zu essen, sondern bei den den Gehülfen freundlich gesinnten Bäckern zu kaufen. Die Bäckermeister Voß, Hoffmann und Steffens behaupteten in einer Klage gegen die Verbreiter der Flugblätter, den Streikleiter Nußbaum und den Kartellvorsitzenden Adam, daß sie durch diesen etwa vier Monate währenden Boykott mehrere tausend Mark Schaden gehabt hätten. Diesen Schaden verlangten die Kläger, gestützt auf die §§ 823, 824, 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 153 der Gewerbeordnung, von den Beklagten ersetzt.

Die den Klagegrund bildenden §§ 823, 824, 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lauten:

§ 823. Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatze des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalte des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.

§ 824. Wer der Wahrheit zuwider eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen, hat dem anderen den daraus entstehenden Schaden auch dann zu ersetzen, wenn er die Unwahrheit zwar nicht kennt, aber kennen muß.

Durch eine Mitteilung, deren Unwahrheit dem Mitteilenden unbekannt ist, wird dieser nicht zum Schadenersatze verpflichtet, wenn er oder der Empfänger der Mitteilung an ihr ein berechtigtes Interesse hat.

§ 826. Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatze des Schadens verpflichtet.

Das Landgericht Kiel erachtete den Tatbestand der oben angeführten Paragraphen und des § 153 der Gewerbeordnung für vorliegend und gelangte zu einer Verurteilung der Beklagten dem Grunde nach. Auf die Berufung derselben wurde das landgerichtliche Urteil vom Oberlandesgericht Kiel aufgehoben und die Kläger mit ihrer Klage vollständig abgewiesen. In den Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Der § 823 schütze nur einen unmittelbaren Eingriff in ein bestimmtes Recht. Durch den Boykott wurde aber zunächst nur auf die Kunden eingewirkt. Auch liege kein widerrechtlicher Eingriff vor, denn ebenso wie die vernichtende Konkurrenz seien Streik und Boykott schon lange als berechtigte Kampfmittel seitens der Arbeiter gebilligt, wie dies auch im § 152 der Gewerbeordnung ausgedrückt sei und wie auch die Aussperrung der Arbeitgeber ein erlaubtes Kampfmittel darstelle. Damit falle aber auch der aus § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgeleitete Anspruch, denn ein erlaubtes Recht könne nicht als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden. Im vorliegenden Falle sei das Ziel des Boykotts nicht Schädigung der Kläger, sondern die Erlangung besserer und menschenwürdigerer Arbeitsbedingungen gewesen und deshalb auch ein rechtlich und sittlich erlaubtes. Auch § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches sei nicht verletzt worden, da die Behauptung, der wesentlichste Punkt der Boykotterklärung — die Behauptung, daß die Bäckereien die Forderungen bewilligt hätten — wahr sei, und auch wenn eine unwahre Tatsache in Nebenpunkten etwa verbreitet sei, zugunsten der Beklagten der zweite Satz des § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Anwendung gelangen müsse. Der endlich aus § 153 der Gewerbeordnung vom ersten Richter gegen die Beklagten abgeleitete Anspruch beruhe auf einer Verkennung des Rechts, das § 152 der Gewerbeordnung den gewerblichen Arbeitern gebe. Infolgedessen mußten die Ansprüche der Kläger abgewiesen werden.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts dieser Tage zurückgewiesen.

Damit hat das Reichsgericht durch seine zivilrechtlichen Senate wiederholt dem Gesetz entsprechend anerkannt, daß **Streik und Boykott** berechtigte Waffen der Arbeiter, und daß die wegen Gebrauchs dieser Rechte auf Schadenersatz abzielenden Ansprüche einzelner Unternehmer und Unternehmerverbände ein grober Verstoß an den Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung sind. Wir behalten uns vor, auf das Urteil zurückzukommen, sobald es uns im Wortlaut vorliegen wird. Das Urteil ist um so beachtenswerter, als Fälle sich häufen, in denen selbst Gewerbegerichte das Koalitionsrecht und seinen Gebrauch angreifen.

---

**Brotlosmachung von Arbeitern durch die Polizei.**

In wie innigem Konnex die Organe derselben Polizei mit dem Unternehmertum stehen, die zur Eruierung der Täter von Mordtaten und anderen Verbrechen oft so merkwürdig unfähig sich erwiesen hat, erfuhr dieser Tage ein Arbeiter in Düsseldorf.

Diesem Arbeiter, der auf der Gepäckabfertigung auf dem Hauptbahnhof beschäftigt war und der sich nichts zuschulden hatte kommen lassen, wurde plötzlich mit der Motivierung entlassen, er sei Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins. Der Arbeiter wollte wissen, woher der Verwalter die Kenntnis von seiner Mitgliedschaft habe, da erklärte dieser ganz kaltblütig: durch die Polizei. Auf eine Anfrage bei der Polizeiverwaltung der Stadt Düsseldorf habe man von dort bereitwillig Auskunft erhalten, es sei sogar der Tag des Eintritts des Arbeiters mitgeteilt worden. **Hier hat man also wieder den Beweis, daß die Polizei**

die Mitgliederverzeichnisse der sozialdemokratischen Vereine benutzt, um Arbeiter brotlos zu machen.

Zu einer solchen Mitteilung hat die Polizeibehörde kein Recht. Dem Arbeiter ist zu raten, gegen die in Betracht kommenden Beamten einen Schadenersatzanspruch wegen Mißbrauch des Amtsgeheimnisses und wegen gröblichen Vergehens gegen die guten Sitten anhängig zu machen. Die Polizei ist nicht dazu da, die Gesetze zu umgehen oder gegen sie zu verstoßen. Verbietet die Gewerbeordnung die Kennzeichnung von Zeugnissen und ist jeder Unternehmer, der Zeugnisse dennoch kennzeichnet oder den Zweck dieses Verbots zu umgehen sucht, schadenersatzpflichtig, so ist es erst recht ein Polizeibeamter. Der Vorfall zeigt aber über den Einzelfall hinaus, wie dringend erforderlich gesetzlicher Schutz der Arbeitskraft gegen schwarze Listen und dergl. ist. Wer den einzelnen Arbeiter an der Verwertung seiner Arbeitskraft durch Mitteilungen über seine politische Gesinnung, durch schwarze Listen und dergl. hindert, ist ein gemeingefährlicher Dieb des oft einzigen Gutes des Arbeiters, seiner Arbeitskraft. Kann ein solcher Dieb nicht bestraft werden, weil der Begriff eines Diebstahls im Sinne des Strafgesetzbuchs nach kapitalistischer Anschauung fixiert ist, so ist er doch selbst nach der reichsgerichtlichen Judikatur schon heute zivilrechtlich schadenersatzpflichtig.

### Zum Bureaukratismus von Landesversicherungs-Anstalten.

Zu dem unter dieser Ueberschrift am 11. d. M. mitgeteilten Fall ersucht uns der Vorsitzende der Landes-Versicherungsanstalt Oldenburg um Aufnahme folgender Berichtigung: „Der mit einem Antrage auf nochmalige Gewährung einer Heilstättenkur abgewiesene Lungenkranke war vor Jahresfrist wegen Wirtshausbesuches aus einer Heilstätte entlassen. Die damals ihm gebotene Gelegenheit, sein Verhalten zu rechtfertigen, ließ er unbenutzt. Jetzt wollte er mit der Bescheinigung des Anstaltsarztes, daß er in der der Heilstätte benachbarten Stadt ein Telegramm habe aufgeben dürfen, den Besuch eines Wirtshauses in einem entfernt gelegenen Orte entschuldigen. Die Aufforderung, anderweite Milderungsgründe nachzuweisen, sofern solche vorlägen, beantwortete er unter anderem mit der Drohung, daß er die Sache in die Oeffentlichkeit bringen werde, wenn sein Antrag abgelehnt werde. Dies geschah, weil inzwischen vom Vorstande der Krankenkasse mitgeteilt war, daß der Antragsteller einen unvorsichtigen Lebenswandel führe und dem Trunke ergeben sei und letzteres durch Wahrnehmungen eines Anstaltsbeamten bestätigt war".

Diese Berichtigung ergänzt lediglich unsere der oldenburgischen Presse entnommene Darstellung. Die an der Versagung der Kur von uns geübte Kritik muß in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben. Gewiß wird in manchen Fällen an dem Verhalten des Patienten mancherlei auszusetzen sein. Aber es darf doch nicht vergessen werden, daß die Heilung des Patienten, nicht die Beurteilung oder Bestrafung seiner moralischen Qualifikationen Zweck der Anstalten sein sollte. Ein jeder Versicherter hat doch auch ohne Rücksicht darauf, ob er einen „unvorsichtigen Lebenswandel" führt, zu kleben.

## Gewerkschaftliches.

### Hebung des Handwerks.

Die Bäcker-Innungen der Provinz Brandenburg waren dieser Tage im alten Prenzlau versammelt, die Hebung des Handwerks auf ihre Weise zu betreiben. Die Innungsmeister schimpften auf die Arbeiterkundschaft, welche sie zwingt, den Forderungen der Gesellen entgegenzukommen; sie schimpften auf die Bundesratsverordnung, welche ihnen die unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit raubt, und schimpften auf die Konsumvereine, welche ihren Profit beeinträchtigen. Vor allen Dingen aber beschlossen sie die Gründung von Arbeitgeberschutzverbänden nach Berliner Muster für die ganze Provinz Brandenburg. —

Die Gründung eines Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Buchgewerbe beschloß der 27. Verbandstag Deutscher Buchbinder-Innungen in Danzig. — Ob die Buchdruckunternehmer, die ja bei einer solchen Gründung vornehmlich mit in Frage kämen, den Innungsbrüdern von der anderen Fakultät wohl auf den Kleister hüpfen werden?

Uebrigens vermochte dieser Versuch zur Ernsthaftigkeit keinen Mißton in die sonst fröhliche Gesellschaft zu tragen. Sehen wir, was die Herren Innungsmeister sonst zur Hebung des Handwerkes taten:

Am Sonnabend, nachmittags gegen 5 Uhr, wurden die Delegierten vom Ortsausschuß empfangen und unter Vorantritt einer Musikkapelle nach dem Friedrich Wilhelm-Schützenhause geleitet. Nach Abwickelung der üblichen Formalitäten, Verteilung der Festschrift, Karten und Abzeichen fand man sich in der schönen luftigen Schießhalle des Schützenhauses zu einer Begrüßung zusammen, zu welcher auch Damen in großer Anzahl erschienen waren. Nach einleitender Konzertmusik der Theilschen Kapelle sprach Fräulein Hertel einen von Herrn Walter Voß verfaßten Prolog, worauf Herr Obermeister Hertel die von auswärts herbeigeeilten Kollegen und Freunde aus vollem Herzen und mit dem Wunsche willkommen hieß, daß die hier gepflogenen Beschlüsse und Beratungen dem Buchbinder-Handwerk zum Segen gereichen mögen. Der Männergesangverein „Danziger Melodia" trug hierauf unter der Leitung des Herrn Musikdirektors Brandstäter drei Männerchöre trefflich vor: „Der Frühling ist der Herr der Welt", „Frau Wirtin, schenk' ein", „Singen und Wandern", so brauste es aus sangesfrohen Männerkehlen. Der Bundesvorsitzende, Herr Slaby-Berlin, begrüßte nunmehr ebenfalls die Erschienenen auch im Namen des Bundesvorstandes. Andere Ansprachen und Reden, zum Teil mit erfrischendem Humor gewürzt, wechselten in bunter Reihenfolge. Am Sonntag, morgens 8½ Uhr, versammelten sich die Festteilnehmer mit ihren Damen vor dem Neptunsbrunnen auf dem Langenmarkt, worauf unter sachkundiger Leitung das Rathaus, der Artushof, die „Danziger Diele" und das Franziskanerkloster besucht wurden.

Am Montagmorgen, zwischen 8 und 9 Uhr, besichtigten die Festteilnehmer mit ihren Damen die Marienkirche, bei welcher Gelegenheit Herr Willy Voß zwei Arien mit volltönender Stimme erschallen ließ. Am Montag, abends 6 Uhr, wurde nach Westerplatte gefahren, am Dienstag, morgens 8½ Uhr, eine Seepartie nach Hela und am Mittwoch eine Fahrt zur Besichtigung der Marienburg unternommen. —

Zweifellos wird diese Art, das Handwerk zu heben, es bald zu einer solchen Blüte bringen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchbindergewerbe über kurz oder lang auf eine freiwillige Lohnzulage seitens der Innungsmeister zu rechnen haben. Dann muß sich der Buchbinderverband als überflüssig auflösen und die Gründung des Buchgewerbe-Schutzverbandes erübrigt sich. —

Gott schütze das ehrsame Handwerk — vor solchen Rettern!

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Klempner!** Die Firma Grabert, Köpenickerstraße 70a, ist für Klempner gesperrt.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

**Die Maschinisten und Heizer der Brauereien** befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie hielten am Montag zwei Versammlungen (für die Tag- resp. Nachtschicht) in den Rittersälen ab. Die Lohnkommission hatte einen Tarif ausgearbeitet, der in den Versammlungen vorgelegt wurde. Nach diesem soll der Anfangslohn für Handwerker 36 M. pro Woche betragen bei neunstündiger Tagesarbeit; Ueberstunden variieren von 80 Pf. bis 1,30 M. Urlaub ist zu gewähren für die ersten drei Jahre tageweise, nach drei Jahren eine Woche. Der 1. Mai ist als Feiertag anzuerkennen. Das Maschinenpersonal erhält im ersten Jahre 36 M., nach einem Jahre 38 M. pro Woche; Abschmierer und Kohlenarbeiter in demselben Verhältnis 32 und 34 M. Die achtstündige Wechselschicht soll eingeführt und jeden dritten Sonntag eine Ruhepause von 48 Stunden gewährt werden. Die Kesselreinigung soll von den Fachinstituten geschehen. Eine 14tägige Kündigung wird verlangt. — Das sind im großen ganzen die Bestimmungen, mit denen sich die Versammelten einverstanden erklärten. — Schmittau und Gollmert richteten die energische Mahnung an die Versammelten, nach besten Kräften für den Verband zu wirken, bis auch der letzte Mann zur Organisation gehöre, um den Kampf für die neuen Forderungen auch schnell und erfolgreich durchführen zu können.

**Achtung, Treibriemenarbeiter!** In der Gußmannschen Treibriemenfabrik zu Bukarest ist ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter fordern die neunstündige Arbeitszeit und eine 20prozentige Lohnerhöhung. — Herr Gußmann sucht in Berlin Streikbrecher. Der Riemerverband von Bukarest ersucht die Berliner Arbeiter, für Fernhaltung des Zuzuges zu sorgen.

**Zu der von der Firma C. Neugebauer Nachf. Bell u. Co.,** Pianofortefabrik, eingesandten Zuschrift haben wir zu bemerken, daß der in Nr. 161 des „Vorwärts" enthaltene Bericht vollauf zutrifft.

Wenn die Herren Bell u. Co. Lohnabzüge bestreiten, so können wir demgegenüber beweisen, daß die Firma mit der durch Einführung von Maschinen hervorgerufenen Teilung der Arbeit geradezu ungeheuerliche Lohnabzüge vornehmen wollte. Aeußerte doch einer der Mitinhaber der Firma, Herr Matutat, bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen auf die Frage eines Kommissionsmitgliedes, ob er, der Fabrikant, die Arbeit für den gebotenen Preis leisten könne: Nein, das könne er nicht tun. Ja, wir können mit gutem Gewissen behaupten, daß die Arbeiter der Firma Bell u. Co. ihren Arbeitgebern beinahe mehr, als es die Verhältnisse gestatten, entgegengekommen sind.

Auch lehnte die Firma es ab, den Arbeitern einen Mindestlohn zu garantieren. Wenn die Arbeitgeber schreiben, daß sie stets bereit sind, zu verhandeln, daß sie aber nur Preise nicht annehmen wollen, welche nach ihrer Ansicht 30 bis 50 Proz. Lohnerhöhung bedeuten, so steht solchen Verhandlungen nichts im Wege, vorausgesetzt, daß den Arbeitern annehmbarere Bedingungen, als bisher geboten werden.

Wenn die Herren Bell u. Co. weiter schreiben, daß ihre Fabrik, was Löhne und Akkordpreise anbelangt, sich mit jeder anderen Berliner Firma messen könne, so traf dies bisher, besonders in einzelnen Branchen, auf die Fabriken zu, welche knapp unter dem Durchschnitt bezahlen. Nach ihren den Umbaumachern gebotenen Preisen würden sie unter die schlechtesten hinuntersinken. Fest steht aber, daß die Firma Bell u. Co. vor dem Streik fast nur ausgesucht tüchtige Leute beschäftigt hat, welche nur durch intensivste Ausnützung von Arbeitszeit und Arbeitskraft einigermaßen annehmbare Löhne erzielt haben.

Das Urteil darüber, ob Maßregelungen mißliebiger Arbeiter im Betriebe vorgenommen wurden, muß die Firma schon den Arbeitern der Fabrik und den Organisationen überlassen.

**Die Streikenden der Firma Bell u. Co.**

**Achtung, Fensterputzer!** Der Streik bei der Firma Patenge u. Müller dauert unverändert fort. Am Freitag, den 13. Juli, fand eine Verhandlung mit der Firma statt. Das Resultat war, daß am Montag sechs von den Streikenden wieder eingestellt werden sollten und zwar unter den Bedingungen, welche im Tarif festgelegt waren. „Wir erkennen den Tarif an, aber unterschreiben werden wir nicht," erklärte Herr Müller. Am Montag aber erklärte die Firma, nur drei von den alten Leuten einstellen zu wollen. Dies lehnten die Streikenden ab, weil sie nicht gewillt sind, mit den „nützlichen Elementen" zusammen zu arbeiten, die meist sehr merkwürdige Gestalten sind. Viele von den Kunden sind der Firma schon untreu geworden und immer noch andere springen ab. Zuzug von Fensterputzern nach Charlottenburg ist streng fernzuhalten. Nachweisungen von tariftreuen Geschäften, welche Putzen übernehmen, nach wie vor: Rosinenstraße 2, I. (Telephonamt Charlottenburg Nr. 4457.)

Handels- und Transportarbeiterverband.
Sektionsleitung der Fensterputzer.

### Deutsches Reich.

### Frieden in Hannover.

Nicht weniger als drei Lohnkämpfe sind in der vergangenen Woche in Hannover durch gegenseitige Verständigung aus der Welt geschafft, darunter zwei durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zunächst einigten sich nach nahezu vierteljährigem Verhandeln, das bisher ergebnislos war, so daß mit der Möglichkeit eines bevorstehenden Streiks zu rechnen war, die Brauereiarbeiter mit dem Verbande der Brauereien auf einen Tarif mit fünfjähriger Gültigkeit, der ihnen 9½stündige Arbeitszeit, allgemeine Lohnerhöhung um 1 M. pro Woche jetzt und eine gleiche vom 1. Mai nächsten Jahres ab, sowie eine spezielle Regulierung und Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Arbeitskategorien gewährt.

Ferner verständigten sich die dortigen Schmiedegesellen, die seit zirka neun Wochen mit der Schmiedeinnung über den Abschluß eines neuen Tarifs verhandelten, und zwar ebenfalls bisher ergebnislos, so daß schon die Kündigung erfolgt und Arbeitseinstellung für heute zu erwarten war, in letzter Stunde noch mit der Innung über einen Tarif auf zwei Jahre mit zehnstündiger Arbeitszeit, Beschäftigung außer Kost und Logis und entsprechenden Mindestlöhnen von 33 bis 50 Pf. pro Stunde, je nach der Zeit und Art der Arbeit.

Endlich kam es auf der Hannoverschen Baumwoll-Spinnerei und Weberei zu einer Einigung. Dort waren vor mehreren Wochen etwa 150 Spinner und Spinnerinnen in einen Ausstand getreten, als ihnen die Forderung einer zehnstündigen Arbeitszeit und 15prozentige Lohnerhöhung nicht bewilligt wurde. Die Direktion entließ darauf auch die übrigen zirka 500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach längeren Verhandlungen offerierte die Direktion 10½stündige Arbeitszeit und eine 3- bis 15prozentige Lohnerhöhung. Eine Versammlung der Streikenden und Entlassenen am Sonnabend akzeptierte das einstimmig, so daß diese Woche die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Hoffentlich kommt es nun bei den Lithographen und Steindruckern auch bald zu einem annehmbaren Frieden. Denn die umfangreichen und langwierigen Lohnkämpfe des letzten Quartals haben durch den gewaltigen Lohnausfall und die dadurch verminderte Kaufkraft der großen Arbeiterbevölkerung in kleingewerblichen und Handelskreisen schon große existenzerschütternde und vernichtende Wirkungen im Gefolge gehabt.

**Steinarbeiterstreik in Mühlhausen i. Th.** In dem Nachbarorte Oberdorla legten in dem den Steinmetzgeschäft Schilling gehörigen Kalksteinbruch sämtliche 50 Steinarbeiter die Arbeit nieder, weil die Firma die geforderte Wiedereinführung der Lohnarbeit verweigerte. Der schon früher geringe Verdienst von 2,70 bis 3 M. pro Tag hat in den letzten fünf Jahren keine Aufbesserung erfahren, obwohl die Lebensmittel- und Mietspreise ganz enorm gestiegen sind. Die steigende Härte des Materials, das ja dadurch auch im Preise steigt, erschwert die Arbeit dermaßen, daß bei den bestehenden Akkordsätzen die Löhne ständig zurückgehen. Deshalb fordern die Arbeiter die Einführung von Lohnarbeit. Gleichzeitig sind in dem Steinmetzgeschäft in Mühlhausen wegen Streikarbeit Differenzen bei den Steinmetzen ausgebrochen; 20 Gehülfen wurden entlassen. Es ist wahrscheinlich, daß auch die anderen Arbeiter die Arbeit niederlegen. Der Unternehmer Schilling ist mehrfacher Millionär und liegt zurzeit auch im Muschelkalksteingebiet in Oberfranken, wo er gleichfalls große Besitzungen hat, mit den Arbeitern in Differenzen.

### Ausland.

**Streik und Aussperrung in der Konfektionsindustrie zu Amsterdam.** Im Mai dieses Jahres forderten die Zwischenmeister der Amsterdamer Konfektionsindustrie von ihren Arbeitgebern 25 Proz. Lohnerhöhung und beschlossen, falls dies abgelehnt werde, vom 15. Juli an die Arbeit einzustellen. Die Forderung wurde abgelehnt und am Montag haben nun die Zwischenmeister ihre Arbeitsniederlegung durchgeführt und damit zugleich die 200 Arbeiterinnen und Arbeiter, die für sie tätig waren und denen sie, falls ihre Forderung bewilligt werde, Lohnerhöhung von ebenfalls 25 Proz. versprochen hatten, ausgesperrt.

### Zur Lohnbewegung der schwedischen Eisenbahner.

Das schwedische Staatsbahnpersonal hat am Sonnabend im ganzen Lande Versammlungen abgehalten, um Stellung zu nehmen zu der Antwort der Distriktsverwaltungen auf die Lohnforderungen des Extrapersonals. Eine Beruhigung war durch diese Antwort selbst nicht hervorgerufen worden. Daß erst langwierige Untersuchungen angestellt werden und die Verhandlungen erst am 20. August beginnen sollten, wurde allgemein als ein Versuch, die ganze Sache nochmals zu verschleppen, angesehen; man forderte, daß die Verhandlungen vor dem 1. August eingeleitet werden und daß mit von den Organisationen gewählten Vertretern verhandelt werde und nicht, wie die Distriktsverwaltungen vorschlagen, mit Leuten, die von den verschiedenen Arbeitergruppen, ob organisiert oder unorganisiert, gewählt werden. — Zu diesem Punkte erklärte in einem ebenfalls vom Sonnabend datierten Schreiben an den Eisenbahnverband der Graf Taube, Chef des Ersten Eisenbahndistrikts, daß mit der von den Verwaltungen vorgeschlagenen Form der Vertreterwahlen kein Angriff auf das Vereinigungsrecht des Personals beabsichtigt sei und durchaus nicht bezweifelt werde, daß der Verband geeignet sei, selbst aus seiner Mitte passende Vertreter des Personals zu wählen. Außerdem aber könne das Personal ja sowieso organisierte Leute wählen und ferner noch den oder die Vertrauensmänner des Verbandes zu den Verhandlungen hinzuziehen, die das Personal wünsche. Dies sei auch die Auffassung der übrigen Distriktsverwaltungen.

Durch diese Erklärung ist ein großes Hindernis für die friedliche Lösung der Lohnfrage beseitigt. Falls es dennoch zum Streik kommen sollte, so wird der Kampf jedenfalls nicht auf das Extrapersonal beschränkt bleiben. Das fest angestellte Personal ist entschlossen, keinerlei Streikarbeit zu verrichten. So beschloß auch die Jahresversammlung der Lokomotivführer- und Heizervereinigung, die ebenfalls am Sonnabend stattfand, daß ihre Mitglieder, falls das Extrapersonal die Arbeit einstellt, keinerlei Arbeit verrichten, die dieses Personal bisher auszuführen hatte.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Pflicht zur Wahrung des ärztlichen Berufsgeheimnisses besteht auch nach dem Tode des Patienten weiter.

Diese Entscheidung hat jetzt das königliche Oberlandesgericht zu Dresden nach dem „Sächsischen Archiv für Rechtspflege" in folgender Klagesache gefällt: Ein Fräulein erhob gegen die Erben eines Verstorbenen eine Geldforderung, weil sie von ihm geschlechtlich angesteckt worden sei und infolge der hierdurch bedingten Untergrabung ihrer Gesundheit Anrecht auf Schadenersatz habe. Das Gericht würde ihren Anspruch anerkannt haben, wenn sie in der Lage gewesen wäre, seine Berechtigung zu beweisen. Hierzu bedurfte es des Zeugnisses des Arztes, der ihren verstorbenen Freund behandelt hatte. Der Arzt verweigerte seine Aussage auf Grund des § 300 Str.-G.-B. Die Hinterbliebenen, Brüder des Verstorbenen, weigerten sich ebenfalls, den Arzt von seiner Schweigepflicht zu entbinden. Demgegenüber betonte die Klägerin, daß eine Bestrafung des Arztes wegen Preisgabe des Berufsgeheimnisses nur auf Antrag des Patienten selbst erfolgen könne; da der Patient gestorben sei, habe der Arzt keine Bestrafung zu erwarten. Das Gericht erkannte an, daß das Recht des Klageantrages nicht vererblich sei; wenn auch die Brüder Erben des Verstorbenen seien, hätten sie nach § 184 des Reichsstrafgesetzbuches weder das Recht zur Verfolgung von Verleumdungen des Verstorbenen, noch auch das Entbindungsrecht vom Geheimnis, denn dieses sei nicht rein vermögensrechtlicher, sondern rein persönlicher Natur und demgemäß nicht vererblich. Das Interesse der Klägerin, für welche zweifellos die Möglichkeit des Obsiegens durch die ärztliche Weigerung sehr verkümmert werde, genüge aber nicht, um den Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden, denn die Rücksicht auf das materielle Interesse einer Partei könne nicht als eine solche anerkannt werden, die der Verschwiegenheitspflicht vorzugehen hätte. Infolge des Todes des Patienten könne der Arzt überhaupt nicht mehr von dieser Pflicht entbunden werden. Grundlage derselben sei das vom Patienten dem Arzte geschenkte Vertrauen, das müßte der Arzt auch nach dem Tode des Patienten in Ehren halten, und somit werde Schweigepflicht nach dem Tode des Patienten perpetuiert.

## Eingegangene Druckschriften.

**Von der „Neuen Gesellschaft"**, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag Berlin W. 15, Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., ist soeben das 29. Heft des 2. Bandes erschienen.

**Jahresbericht** der Arbeiterunion Zürich. Umfassend den Zeitraum vom 1. Januar 1904 bis 31. Dezember 1905. 152 Seiten. Buchdruckerei des „Volksrecht", Zürich 1906.

**Hand- und Hülfsbuch für den praktischen Metallarbeiter.** Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesamten Metallverarbeitung für den Praktiker. Nebst den zugehörigen Hülfswissenschaften. Mit 30 Tafeln und etwa 800 Abbildungen. Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage. Von H. Schuberth. Das Werk erscheint in 30 Heften zu 60 Heller = 50 Pf. = 70 Cent. = 30 Kop. (A. Hartlebens Verlag in Wien und Leipzig.)

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Wie kolonisiert wird.

**Haag**, 17. Juli. (W. H.) Auf der Insel Bon der Celebesgruppe kam es zu einem Zusammenstoß zwischen holländischen Truppen und Eingeborenen. Auf Seiten der Holländer gab es **zwei Tote und drei Verwundete. Die Eingeborenen verloren 50 Tote.**

### Zur Linderung der Hungersnot.

**Petersburg**, 17. Juli. (W. T. B.) Heute ist das von der Reichsduma und dem Reichsrate angenommene und vom Kaiser genehmigte Gesetz über die **Bewilligung von 15 Millionen Rubel zur Befriedigung der Bedürfnisse der von der Hungersnot betroffenen Bevölkerung veröffentlicht worden;** es ist dies das **erste seit dem Bestehen der neuen Verfassungsverhältnisse zustande gekommene Gesetz.**

### Meuternde Truppen.

**Lissabon**, 17. Juli. (W. H.) Eine Anzahl Truppen, welche einer überseeischen Expedition zugeteilt werden sollten, **meuterten infolge Mißhandlung eines ihrer Kameraden.** Sie belagerten das Polizeikommissariat. Nur mit Mühe gelang es, die Meuterer zu beruhigen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

## Der Versuch einer Legendenbildung.

Die Diskussion über das Thema: „Parteivorstand und politischer Massenstreik" scheint sich ihrem Ende zu nähern. Soweit außer den direkt an der Diskussion beteiligten Parteiblättern noch Parteiorgane zu der Frage Stellung nehmen, werden wir deren Auslassungen noch wiedergeben. Heute müssen wir uns noch einmal mit denjenigen Parteiblättern auseinandersetzen, gegen deren Auffassungen wir uns in unseren Artikeln speziell zu wenden genötigt waren.

Vor allen Dingen möchten wir da mit aller Entschiedenheit einer Legendenbildung entgegentreten, an der, wenn wir sie nicht sofort in ihrem Fundament zerstörten, voraussichtlich geschäftige Hände emsig weiterbauen würden. Der Legende nämlich, als ob unsere Auseinandersetzung mit dem Genossen Eisner, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" und dem Bochumer „Volksblatt" nichts als ein Akt persönlicher Reiberei gewesen sei. Wir sahen ja, daß der leitende Redakteur des Bochumer „Volksblattes" selbst sich nicht genierte, von unseren Artikeln als von „persönlichem Knatsch" zu sprechen. Auch die „Sächs. Arbeiter-Zeitung" kann es nicht unterlassen, es eigentümlich zu finden, daß wir speziell gegen sie und das Bochumer „Volksblatt" polemisierten, während doch „zahlreiche andere Parteiblätter, so die Blätter in Hamburg, Dortmund, Solingen, Frankfurt a. M., München in ähnlicher Weise den Verlauf der preußischen Wahlrechtsbewegung kritisch behandelt" hätten. Aber auch zwei andere unbeteiligte Blätter hauen in diese Kerbe ein.

So schreibt das „Hallesche Volksblatt": „Vorweg muß betont werden, daß die Artikel des „Vorwärts" und die diesen nachfolgenden Erklärungen ganz den Eindruck machen, als sollte die Diskussion über das hochwichtige Thema zu einem bloßen Gezänk zwischen amtierenden und gewesenen „Vorwärts"-Redakteuren herabsinken." Und das Kasseler „Volksblatt" sagt noch deutlicher:

„Zu der noch rückständigen „Vorwärts"-Affäre sind die Massenstreiksmißverständnisse gekommen und es scheint fast, als wenn die Neigung bestände, die Genossen, die bei der erstgenannten Affäre der leidende Teil waren, auch als Hauptsündenböcke bei der Massenstreiksaffäre aufmarschieren zu lassen. Wir sind zu dieser Annahme geradezu gezwungen worden durch die auffällige Tatsache, daß der „Vorwärts" in ganz besonderer Weise polemisiert hat gegen das Bochumer und Dresdener Parteiblatt, deren leitende Redakteure früher am „Vorwärts" tätig waren, und gegen den Genossen Eisner, der in der „Neuen Gesellschaft" zeitweilig das Wort nimmt. Wie die meisten Parteiblätter, so hatten auch die genannten Organe an die leidigen Auseinandersetzungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission Betrachtungen geknüpft. Wenn nun der „Vorwärts" gerade gegen die von seinen früheren Redakteuren Eisner, Gradnauer und Wetzker geschriebenen Artikel u. E. mehr energisch als glücklich polemisierte, so ist das eine — Bevorzugung dieser Genossen, die auffallen muß."

Zwischen den Auslassungen des Halleschen und des Kasseler „Volksblatts" besteht bei alledem ein Widerspruch. Das erstere nennt die Diskussion über die Massenstreikfrage ein „hochwichtiges Thema", während das Kasseler Parteiorgan der Massenstreikdebatte anscheinend keine besondere Bedeutung beimißt. Sagt es doch: „Wir wollen zu unserem Teil indessen keine neue Massenstreikdebatte heraufbeschwören." Teilt man die Auffassung unseres Kasseler Parteiblattes, so kann man allenfalls seine sonderbare Beurteilung unserer Artikel über die Massenstreikfrage verstehen. Es hält die ganzen Debatten für müßig und deshalb auch unsere scharfe Herausschälung der abweichenden Auffassungen über die Massenstreiktaktik für überflüssig. Diese Auffassung des Kasseler „Volksblattes" verkennt vollständig die absolute Notwendigkeit, erst einmal die stark differierenden Ansichten über die Voraussetzungen und den Charakter des politischen Massenstreiks klar und deutlich zu fixieren, um die ganze Diskussion endlich einmal aus der Nebelregion fortwährender Mißverständnisse und ewigen Aneinandervorbeiredens herauszubringen und auf den festen Boden bestimmter Tatsachen und Begriffe zu stellen. Seine Auffassung ist also eine verfehlte, aber doch wenigstens in sich geschlossene. Dem Kasseler „Volksblatt" ist über den Massenstreik schon zu viel diskutiert worden. Anders das Hallesche „Volksblatt". Es erklärt das Thema des Massenstreiks für ein hochwichtiges. Umso rätselhafter ist es dann, daß dies Blatt für unsere redlichen Bemühungen, dies „hochwichtige" Thema mit angemessener Gründlichkeit zu behandeln, statt des zu erwartenden Lobes nur Tadel findet, und zwar deshalb, weil wir, statt uns in kleinlichem Spintisieren über die Deutung von Worten in den Erklärungen von Parteivorstand und Generalkommission zu ergehen, auf Grund der Massenstreikdebatte selbst und aus der ganzen politischen und parteipolitischen Situation heraus ein Urteil über die Haltung des Parteivorstandes zu gewinnen suchten!

Aber, so fragen das Hallesche und Kasseler „Volksblatt", warum richten sich die Ausführungen des „Vorwärts" gerade gegen die Genossen Eisner, Gradnauer und Wetzker, also just die ausgeschiedenen „Vorwärts"-Redakteure? Beweist das nicht schlagend den persönlichen Charakter der „Vorwärts"-Polemik?

Man muß die Dinge schon selbst von einem sehr kleinlichen und persönlichen Standpunkt aus betrachten, um — bei genauer Kenntnis unserer Artikel! — zu einem solchen Fehlschluß zu kommen. Wir antworten mit der Gegenfrage: Sollten gerade die eifrigsten Kritiker der Haltung des Parteivorstandes, die extremsten Tadeler der angeblich verfehlten Massenstreiktaktik der Partei deshalb für den „Vorwärts" ein Tabu sein, weil sie zufällig zu den ausgeschiedenen „Vorwärts"-Redakteuren gehörten?! Das wäre eine persönliche Art der Polemik und eine Geringschätzung dieser Genossen gewesen, wie sie mit anständigen polemischen Gepflogenheiten nicht in Einklang zu bringen gewesen wäre.

Und gerade die Genossen Wetzker und Gradnauer — wir nennen diese Namen erst, nachdem die über unser angeblich persönliches Vorgehen entrüsteten Parteiblätter sie zuerst genannt haben! — waren diese eifrigsten Kritiker und extremsten Tadeler. Das Kasseler „Volksblatt" scheint auf dieses, also das ausschlaggebende Moment auffallend wenig Gewicht zu legen, gesteht es doch mit bewunderungswertem Gleichmut ein, daß es die Bochumer Artikel Wetzkers gar nicht kenne!

Nun, wir wiederholen, daß Wetzker nicht weniger als drei lange Artikel darauf verwandte, um die Unzulänglichkeit des Parteivorstandes, die Zerfahrenheit der Berliner Parteiverhältnisse und die Unfähigkeit der ganzen politischen Leitung der Partei nachzuweisen. Dem gleichen Zweck widmete auch die „Sächsische Arbeiter-Ztg." mehrere lange Artikel. Und dabei empfinden es diese Redaktionen jetzt als eine unverdiente Ehre, daß der „Vorwärts" gerade ihren — räumlich und inhaltlich gleich hervorstechenden — Auslassungen so viel Aufmerksamkeit zugewendet hat! Welch eigenartige Bescheidenheit!

Aber mehr noch: Wir erklärten gleich in unserem ersten Artikel, daß der ganze Streit darüber, ob der Parteivorstand bei seinen Unterhandlungen mit der Generalkommission Formfehler begangen habe, uns nicht allzu erheblich dünke. Auch wir gaben solche Fehler — wie das Versäumnis, den Inhalt der Aussprache mit der Generalkommission sofort protokollarisch festzulegen, von dem Protokoll der Gewerkschaftskonferenz nicht rechtzeitig Kenntnis zu nehmen und nach schließlich erfolgter Kenntnisnahme nicht sofort gegen dasselbe Protest einzulegen — ohne weiteres zu. Wir hatten also keinerlei Ursache, uns weitschweifig mit dem Teil der Parteipresse auseinanderzusetzen, der dem Parteivorstand ähnliche, vielleicht nur etwas schärfer formulierte und breiter begründete Vorwürfe gemacht hatte. Um so mehr Ursache, so erklärten wir damals, hätten wir, uns mit denjenigen Redaktionen auseinanderzusetzen, die dem Parteivorstand und dem zu seiner Auffassung sich bekennenden Teile der Partei den Vorwurf machten, er habe politische Unfähigkeit dadurch bewiesen, daß er **von der Anwendung des politischen Massenstreiks zur Verschärfung der Wahlrechtsagitation im Frühjahr Abstand genommen habe.** Und diese Auffassung, daß die Partei sich im Frühjahr nicht auf der erforderlichen Höhe der Situation befunden habe, da sie nicht die nötigen Konsequenzen aus den „kühnen Ankündigungen in Jena" gezogen habe, wurde **nicht** in „zahlreichen" Parteiblättern, sondern **einzig** in der „Sächs. Arbeiter-Ztg." und dem Bochumer „Volksblatt" vertreten! Es ist, wir stellen das wiederholt fest, **unwahr**, daß auch andere Parteiblätter in ihren Anklagen gegen die Parteileitung so weit gegangen seien! Auch das „Hamb. Echo" deutete nur die Möglichkeit eines halbtägigen Demonstrationsstreiks nach Hamburger Muster an, nicht aber die Anwendbarkeit eines wirklichen politischen Massenstreiks. Und die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" bemängelte lediglich, daß der Parteivorstand sogar von einer „Propagierung" des Massenstreiks habe Abstand nehmen wollen. Unter dieser Propagierung verstand es, wie wir einer Auslassung dieses Blattes vom 11. Juli entnehmen, eine „Aufklärung über den Wert und die Bedeutung des politischen Massenstreiks", also das, was wir unter „Diskutieren" des Massenstreiks verstanden, eine Interpretation, gegen die sich die „Sächs. Arbeiter-Ztg." ausdrücklich verwahrte. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" und das Bochumer „Volksblatt" gingen viel weiter, sie rechneten mit der tatsächlichen **Anwendung** des politischen Massenstreiks im Frühjahr, eine Auffassung, **mit der sie in der ganzen Parteipresse isoliert** dastanden!

Es war also **nicht** nur das Recht, sondern geradezu die verdammte **Pflicht** des „Vorwärts", sich mit dieser extremen Auffassung auseinanderzusetzen. Hätte das der „Vorwärts" nicht getan, so hätte ihm mit vollem Fuge der Vorwurf gemacht werden können, er weiche einer der Streitfrage auf den Grund gehenden Diskussion aus.

Es ist aber weiterhin auch kein Zufall, sondern es liegt in der Logik der Tatsachen, daß gerade die Genossen Eisner, Wetzker und Gradnauer zu der Massenstreikfrage eine solche Stellung einnahmen.

Hatten doch gerade sie in der Massenstreikdebatte vor Jena die Auffassung vertreten, daß der Massenstreik nicht diskutiert zu werden brauche, sondern daß man ihn, wenn die Situation „zur Tat reif" sei, einfach anzuwenden habe. Aus dieser ihrer Stellungnahme resultierte die ganze heftige Diskussion zwischen der „Vorwärts"-Mehrheit und dem Genossen Kautsky. Der Jenaer Parteitag ergab keinen Abschluß dieser Diskussion, sondern er bedeutete nur das allgemeine generelle Anerkenntnis des Parteitages, daß der Generalstreik „gegebenenfalls" als wirksames Abwehrmittel und taugliche Angriffswaffe zu betrachten sei. Eine Definition des „gegebenenfalls" war nicht gegeben, wenn auch aus Bebels Reden sowohl wie aus den Diskussionsreden das Eine deutlich genug hervorging, daß — wir haben dafür ja beweiskräftige Zitate erbracht — in Jena kein Mensch daran dachte, den politischen Massenstreik schon etliche Monate später zur Verschärfung der preußischen Wahlrechtsagitation zur Anwendung bringen zu können. Für jedermann, der die Massenstreikdiskussion nur einigermaßen aufmerksam verfolgt hatte, war von vornherein klar, daß über die Voraussetzungen einer Anwendungsmöglichkeit des Massenstreiks noch diskutiert werden müsse, allein schon deshalb, um auch nur innerhalb der Partei selbst Einmütigkeit zu erzielen. Nicht vorauszusehen war, daß es Genossen geben würde, die derartige Voraussetzungen schon in diesem Frühjahr als gegeben ansehen könnten.

Da nun Eisner, Gradnauer und Wetzker gleichwohl einen solchen Standpunkt vertraten, war es ganz unumgänglich, nachzuweisen, daß diese Genossen sich nicht nur in einem unbegreiflichen Irrtum über den Charakter des Jenaer Beschlusses und der Jenaer Debatten sowie der sich daraus ergebenden Konsequenzen befanden, sondern daß ihre Auffassungen auch einer **politischen** und **parteipolitischen Gesamtanschauung** entflossen, **die von der in der Gesamtpartei üblichen befremdend weit abwich.**

Wir haben das getan. Wir haben nachgewiesen, daß die nervöse Ungeduld dieser Dränger zum Massenstreik nur auf einer falschen Auffassung von dem zu erringenden politischen „Einfluß" des Proletariats, auf einer Verkennung der ganzen politischen Konstellation in Deutschland und nicht zuletzt auf einer Unkenntnis der organisatorischen Verhältnisse und Kampfbedingungen der deutschen Partei beruhten. Wir haben das getan, nicht um diesen Genossen aus Rankune das Brandmal des Revisionismus aufzudrücken, sondern um die psychologischen Wurzeln von Auffassungen aufzudecken, die sonst geradezu rätselhaft, als Ausgeburten momentaner Unzurechnungsfähigkeit erscheinen mußten. Da es aber nicht zu unseren polemischen Gepflogenheiten gehört, den Gegner einfach mit Invektiven zu bombardieren und ihm „albernsten Unsinn" vorzuwerfen, versuchten wir den Gedankengängen unserer Gegner sorgsam nachzugehen, um in der Grundauffassung derselben die Erklärung für sonst ganz unverständliche Meinungsdifferenzen über konkrete Einzelfragen zu finden. Wenn eine solche Art der Polemik ein „persönliches Gezänk" ist, so sind das Ignorieren aller sachlichen Argumente, das beweislose Verdächtigen und das blöde Drauflosschimpfen offenbar die Merkmale einer „sachlichen" Polemik!

Wir geben uns nicht der holden Illusion hin, hiermit das Hallesche und das Kasseler „Volksblatt" zu einer Zurücknahme ihrer Anschuldigungen bewogen zu haben. Aber wir hoffen doch, daß der übrige Teil der Parteipresse dem häßlichen Versuch, einen sachlichen Meinungsaustrag zu einem „persönlichen Zank" zu stempeln, keinerlei Vorschub leisten wird.

•

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" reagiert noch in zwei kürzeren Artikeln auf unsere Ausführungen. In dem ersten **dieser Artikel (Nr. 160) spielt das Blatt folgenden Trumpf aus:**

„Uebrigens, wenn der „Vorwärts" sich so vollständig taub stellt gegen das, was die Parteipresse wirklich gesagt und kritisiert hat, so möchten wir ihn auf die in der Frankfurter „Volksstimme" wiedergegebene Aeußerung eines lokalistischen Gewerkschaftlers in einer Leipziger Versammlung verweisen, welche besagt:

> „Entgegen den Jenenser Parteitagsbeschlüssen wolle der Parteivorstand den politischen Massenstreik nicht mehr propagieren. Im Gegenteil, er winke ab. Nicht nur bei den preußischen und sächsischen Genossen habe er das getan, sondern auch den vom Aktionsausschuß der Berliner Parteigenossen angenommenen Antrag der Genossen des sechsten Reichstagswahlkreises, den halbtägigen Massenstreik betreffend, habe der Parteivorstand glatt abgelehnt."

Wenn diese Mitteilung zutreffend berichtet — und es ist kein Anlaß, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln —, so kann der „Vorwärts" erkennen, daß die Berliner Parteigenossen selbst Möglichkeiten erwogen haben, wie ihr Kampf fortgeführt werden könne, ohne daß sie darum der blinden Draufgängerei geziehen werden können und ohne daß sie dabei die Existenz der Partei aufs Spiel gesetzt hätten. Der Berliner Antrag weist darauf hin, daß es viele Möglichkeiten gibt, die gleichweit abliegen von unsinniger Draufgängerei, die der „Vorwärts" stets angstvoll befürchtet, und von der vollständigen Resignation, die er jetzt als die einzig richtige Taktik ausgibt."

Dieser Trumpf ist ein Musterbeispiel für die polemischen Sitten der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung".

Man beachte das Folgende. Erstens: Unsere ganze Polemik wendete sich gegen die seltsame Auffassung, daß die Situation im Frühjahr bereits „zur Tat reif", das heißt zur Anwendung des **politischen Massenstreiks** reif gewesen sei. Von einem **halbtägigen Demonstrationsstreik** war bei uns nirgends die Rede, ja wir **verwahrten** uns ausdrücklich gegen die Rubrizierung einer solchen Demonstration unter den Begriff „politischer Massenstreik". Ebenso wenig war ja in der „S. A.-Z." unter dem politischen Massenstreik ein solcher halbtägiger Demonstrationsstreik verstanden worden. Bisher hatte denn auch die „Sächs. Arb.-Ztg." in ihren Entgegnungen vermieden, die Diskussion durch Hereinziehung dieses gar nicht zur Sache gehörenden Moments zu verwirren. Jetzt aber ist ihr auch dieser Strohhalm nicht zu armselig, ihn uns zwischen die Beine zu werfen.

Zweitens: Die ganzen Angriffe der „S. A.-Z." gegen die Parteileitung und den ihren Standpunkt in der Frage der Anwendung des Massenstreiks rechtfertigenden „Vorwärts" erfolgten, **bevor** der „Sächs. Arb.-Ztg." die **neue anarchosozialistische Wissenschaft** zur Kenntnis gelangt war. Wie kann sie also diese **vorher** aufgestellten Behauptungen mit der funkelnagelneuen „Indiskretion" beschönigen wollen?

Drittens: Die „S. A.-Z." hat nicht den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit der anarchosozialistischen „Enthüllung" zu zweifeln! Bei den Erklärungen des Parteivorstandes bemerkte sie, daß die Formulierung Silberschmidts den „Vorzug der Logik" habe, Bebels Formulierung passe nicht recht zu seiner (gemeint war Silberschmidts) Fortsetzung in These 2. Wenn aber irgend ein Anarchosozialist etwas über eine Sitzung behauptet, an der er garnicht teilgenommen hat, so liegt gar kein Anlaß vor, die Richtigkeit seiner Behauptung in Zweifel zu ziehen! Wie berechtigt aber gerade hier der Zweifel gewesen wäre, ergibt sich aus der Tatsache, daß weder die Genossen des 6. Wahlkreises, noch der Aktionsausschuß einen solchen Antrag angenommen hatten! Es hat sich lediglich um die Anregung verschiedener Mitglieder des Aktionsausschusses gehandelt, die sich aber nicht einmal zu einem Antrage verdichtete! So hat die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" auch ihren letzten Trumpf — verspielt! —

Noch ein Satz der „S. A.-Z." verdient aufgestochen zu werden: „Er (der „Vorwärts") konstruiert kunstvoll einen Revisionismus der nervösen Ungeduld, um den Radikalismus der „drohenden Warnung", und des Nichtstuns dahinter zu verstecken."

Wir sind so bescheiden, zu glauben, daß wir für den Massenstreik mehr getan haben, als die „Sächsische Arbeiterzeitung" und ihre Gesinnungsgenossen. Zwar bilden wir uns nicht ein, den Massenstreik unter normalen Verhältnissen sofort inszenieren zu können, aber wir tun das unsrige, ihn vorzubereiten, und zwar dadurch, daß wir die Massen über Wesen und Bedeutung des Massenstreiks aufklären und dadurch auch die ihm jetzt noch ablehnend gegenüber stehenden Gewerkschaftskreise von der Möglichkeit und Notwendigkeit des politischen Massenstreiks zu überzeugen suchen. Das ist aber die erste und wichtigste Voraussetzung der Anwendung des Massenstreiks!

Genosse Wetzker machte im Laufe der Debatte einmal die ironisch sein sollende Bemerkung, daß der „Vorwärts" mit seiner Auffassung des Massenstreiks den Gewerkschaften näher stehe, als er wohl selbst glaube. Genosse Wetzker überschätzt unsere Ahnungslosigkeit. Wir sind und waren stets der Ueberzeugung, daß unsere parteipolitischen Auffassungen denen aller einsichtigen Gewerkschaftsgenossen viel näher stehen, und daß uns eine Verständigung mit diesen auf Grund des Jenaer Beschlusses über den Massenstreik viel leichter fallen wird, als eine Verständigung mit verworrenen Massenstreik-Romantikern vom Schlage des Genossen Wetzker! Wir haben, gerade weil wir es für notwendig hielten und halten, der den modernen Klassenkampf schädigenden Hyperneutralität der Gewerkschaften entgegenzutreten, seit jeher auf dem Standpunkt eines einmütigen Zusammengehens mit den Gewerkschaften gestanden. Soweit darüber noch Mißverständnisse vorhanden sein sollten, so dürften dieselben sich unschwer beseitigen lassen. Wenn aber die Debatte über den Massenstreik dazu beigetragen haben sollte, schon jetzt unbegründete Voreingenommenheiten auf seiten mancher Gewerkschafter hinweggeräumt zu haben, so dürfte dies Ergebnis der Diskussion sicherlich nicht zu unterschätzen sein.

---

## Eine aus Leipzig via Frankfurt bezogene anarchistische Ente.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Nummer 160 der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" enthält unter der Ueberschrift: „Das Rückzugsgefecht des „Vorwärts"!" einen polemischen Artikel zu dem Thema „Der politische Massenstreik", in welchem die „rein sachliche" Erörterung „begangener Fehler" gegenüber der vom „Vorwärts" beliebten „beharrlichen Verschleierung" der in der Diskussion angeführten „Tatsachen" betont wird. Zur Bekräftigung dieser rein sachlichen Erörterung und zur Entschleierung der Tatsachen hat u. a. auch folgende Notiz dort Platz gefunden:

> Uebrigens, wenn der „Vorwärts" sich so vollständig taub stellt gegen das, was die Parteipresse wirklich gesagt und kritisiert hat, so möchten wir ihn auf die in der Frankfurter „Volksstimme" wiedergegebene Aeußerung eines lokalistischen Gewerk-

schaftlers in einer Leipziger Versammlung verwiesen, welche besagt:

„Entgegen den Jenenser Parteitagsbeschlüssen wolle der Parteivorstand den politischen Massenstreik nicht mehr propagieren. Im Gegenteil, er winke ab. Nicht nur bei den preußischen und sächsischen Genossen habe er das getan, sondern auch den vom Aktionsausschuß der Berliner Parteigenossen angenommenen Antrag der Genossen des 6. Reichstagswahlkreises, den halbtägigen Massenstreik betreffend, habe der Parteivorstand glatt abgelehnt." (In der „Sächs. Arb.-Ztg." gesperrt. D. Einsender.)

Wenn diese Mitteilung zutreffend berichtet — und es ist kein Anlaß, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln —, so kann der „Vorwärts" erkennen, daß die Berliner Parteigenossen selbst die Möglichkeit erwogen haben, wie ihr Kampf fortgeführt werden könne, ohne daß sie darum der blinden Draufgängerei geziehen werden können und ohne daß sie dabei die Existenz der Partei aufs Spiel gesetzt hätten. Der Berliner Antrag weist darauf hin, daß es viele Möglichkeiten gibt, die gleichweit abliegen von unsinniger Draufgängerei, die der „Vorwärts" stets angstvoll befürchtet, und von der vollständigen Resignation, die er jetzt als die einzig richtige Taktik ausgibt.

Der aus Leipzig der Frankfurter „Volksstimme" zugegangene Bericht, auf welchen sich die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" beruft, beginnt folgendermaßen:

„Die Berliner Anarchisten Hetz und Lange ..... führten ungefähr folgendes aus."

Dem dann folgenden ist obiger Satz entnommen, nur ist in der Vorbemerkung aus den Berliner Anarchisten ein lokalistischer Gewerkschaftler und in der Nachbemerkung aus den „ungefähren" mehr oder weniger präzisen Ausführungen der Anarchisten bezw. der Berichterstattung ein ganz bestimmter „Berliner Antrag" geworden.

Als Vorsitzender des Wahlvereins Berlin 6 bin ich in der angenehmen Lage, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" bei der Entschleierung von Tatsachen durch nachstehende Richtigstellung behülflich sein zu können:

Ich weiß nicht, was die beiden Berliner Anarchisten in jener Leipziger Versammlung erzählt oder behauptet haben, Tatsache jedoch ist, daß im Wahlverein des sechsten Berliner Kreises niemals ein solcher Antrag gestellt und somit auch nicht beraten oder beschlossen worden ist, und da demnach ein solcher Antrag nicht existierte, konnte derselbe nicht vom Aktionsausschuß angenommen und folglich auch nicht vom Parteivorstand „glatt abgelehnt" werden. Es sind somit auch alle in jenem Artikel von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" hieraus gezogenen Folgerungen hinfällig.

W. Freythaler.

# Aus Industrie und Handel.

**Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.** Der 27. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt, ist soeben im Verlag von Puttkammer u. Mühlbrecht, Berlin, erschienen. In dem vorliegenden Jahrgang sind folgende Uebersichten neu aufgenommen worden: Im Abschnitt I. Die Bevölkerung nach kirchlichen Bezirken, im Abschnitt IV: Hausschlachtungen, Schlachtvieh- und Fleischbeschau, im Abschnitt VI: Der Seeverkehr des deutschen Ostsee- und Nordseegebietes, im Abschnitt VIII: Die seit 1897 zum Börsenhandel zugelassenen ausländischen Wertpapiere und die deutschen Hypothekenbanken, im Abschnitt XII: Rechtsprechung in Unfall- und Invalidenversicherungssachen, im Abschnitt XVI: Die gesamte Arbeiterversicherung 1902, 1903, 1904, 1885/1904, die Privatversicherung sowie eine Uebersicht aus der Betriebsberechnung und der Bilanz der landwirtschaftlichen Versicherung 1903 und in Abschnitt XXI: Sport, Turnen, Volks- und Jugendspiele, Athletik und Rudersport.

Die als Anhang beigegebenen Internationalen Uebersichten sind durch die neuesten Daten fortgeführt und ergänzt. Neu aufgenommen wurden hier folgende Uebersichten: Zuckererzeugung in den hauptsächlich beteiligten Ländern, Ausländische Wechsel, Kurse der Auslandswechsel in Wien, Amsterdam, London, Paris, St. Petersburg und New York.

Die graphischen Beilagen bringen zur Darstellung: die Kriminalität der Zivilbevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1902, getrennt nach: Gefährliche Körperverletzung, einfacher Diebstahl und Betrug, ferner der Anteil der Tarifvertragsstaaten, Meistbegünstigungsstaaten und der Staaten ohne Handelsverträge am Spezialhandel des deutschen Zollgebietes, die Ausländer im Deutschen Reich und schließlich die Deutschen im Auslande.

**Fünfzehn Millionen gespart.** Durch kürzlich erneute Entscheidung des amerikanischen Bundes-Obergerichts ist der Regierung der Philippinen die Zurückzahlung aller Zolleinnahmen aufgegeben worden, welche auf amerikanische Produkte in der Zeit vom 11. April 1899 bis zum Datum des Friedensschlusses mit Spanien, dem 8. März 1902, auf Order des Präsidenten bei der Einfuhr amerikanischer Waren in die Philippinen erhoben worden sind. Das Bundes-Obergericht hat entschieden, daß Präsident Mac Kinley nicht die gesetzliche Befugnis besessen hat, solche Zollerhebung anzuordnen. Der Prozeß basiert auf Klagen, welche New Yorker Exporteure gegen die Bundesregierung behufs Rückerlangung von 3 000 000 Doll. angestrengt haben. Man glaubt jedoch, daß solche Ansprüche sich insgesamt auf 15 000 000 Doll. belaufen dürften. Um nun der Regierung die Rückzahlung einer solchen Summe zu ersparen, hat der Kongreß in der soeben beendeten Session ein Gesetz angenommen, durch das dem Präsidenten nachträglich jene Befugnis erteilt und seine damalige Anordnung für gesetzmäßig erklärt wird. Trotzdem werden neue Versuche gemacht werden, die Ansprüche gegen die Regierung durchzusetzen, auf Grund der Behauptung, der Kongreß könne keine Anordnung des Präsidenten legalisieren, welche an sich ungesetzlich und unkonstitutionell sei.

# Gerichts-Zeitung.

### Vorsicht bei Unterschrift von Mietsverträgen!

Eine für die Berliner Mietsverträge wichtige Frage bildete gestern den Gegenstand einer Verhandlung vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II. Wegen Betruges war der Hausdiener Ewald Berger und dessen Ehefrau Emilie B. angeklagt. In den sogenannten Berliner Mietsvertragsformularen befindet sich bekanntlich meist ein Passus, nach welchem der Mieter dem Hauswirt versichert, daß die von ihm eingebrachten Möbel sein Eigentum seien. Diese Versicherung hatten auch die beiden Angeklagten abgegeben, als sie im Herbst v. J. in der Kurfürstenstraße eine Wohnung bei einer Hausbesitzerin P. mieteten. Diese fragte die B.'schen Eheleute vorsichtshalber noch ausdrücklich, ob auch die Möbel ihr Eigentum wären, was von ihnen bejaht wurde. Die Angeklagten hatten jedoch den größten Teil ihrer Sachen in einem Möbelgeschäft auf Abzahlung entnommen, hatten aber den Kaufpreis bis auf einen kleinen Rest bereits bezahlt. Als die Angeklagten infolge der Krankheit des Ehemannes später mit der Mietezahlung im Rückstande blieben, wollte sich die Hauswirtin an den Möbeln schadlos halten. Nunmehr trat jedoch das Möbelgeschäft hervor und reklamierte das gesamte Mobiliar als Eigentum, da sich in dem mit den Angeklagten abgeschlossenen Mietsvertrag der Passus befand, daß die Möbel so lange Eigentum der Firma sind, bis der letzte Pfennig des Kaufpreises beglichen sei. Die Folge war eine Strafanzeige wegen Betruges. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte die beiden Angeklagten auch zu Geldstrafen von 50 bezw. 30 M. Auf die Berufung der Verurteilten hin mußte sich die Ferienstrafkammer gestern nochmals mit dieser Sache beschäftigen. In der Berufungsinstanz machte der Verteidiger geltend, daß die bisher unbescholtenen Angeklagten offenbar nicht auf einen Betrug gegen die Hauswirtin ausgegangen wären, vielmehr bestimmt geglaubt hätten, die Möbel, auf die sie nur noch einen geringen Restbetrag schuldeten, in kurzer Zeit zu ihrem Eigentum zu erwerben. Diese Absicht sei nur durch die Krankheit des Ehemannes und die dadurch eingetretene schlechte Vermögenslage nicht zur Ausführung gekommen. Die Berufungsstrafkammer nahm an, daß die Angeklagten den fraglichen Passus in dem Mietsvertrage nicht richtig verstanden hätten. Sie seien sich auch nicht bewußt gewesen, daß sie noch nicht Eigentümer der Sachen seien, obwohl sie den Kaufpreis bis auf wenige Mark bezahlt hatten. Unter Aufhebung des ersten Urteils erfolgte deshalb die Freisprechung von Strafe und den Kosten beider Instanzen.

Die Angeklagten sind also im wesentlichen deshalb freigesprochen, weil sie das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht hatten. Bei der großen Tragweite, die die Klauseln der Mietsverträge haben, ist es geraten, vor der Unterschrift den Vertrag genau zu lesen und zu durchstreichen, was nicht genehmigt werden soll.

### Der Kolporteur als Sittlichkeitszensor.

Nach § 42a der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 56 dürfen auch innerhalb des Gemeindebezirks des Wohnorts oder der gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht feilgeboten werden solche Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke, welche geeignet sind, in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergernis zu geben. Hiergegen sollte der Kolporteur und Straßenhändler Berger zu Berlin durch Feilbieten der Nr. 6 der Zeitschrift „Das Leben" verstoßen haben. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Ein Bild und ein Gedicht des Hefts hielt das Gericht für geeignet, „in sittlicher Beziehung Aergernis zu geben". Es „stellte" Fahrlässigkeit des Angeklagten „fest". Der erste Strafsenat des Kammergerichts, unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg, verwarf in seiner letzten Sitzung die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Nach Zeitungsnachrichten solle das Kammergericht neue Bahnen eingeschlagen haben hinsichtlich der Verantwortlichkeit des ambulanten Zeitungs- und Schriftenhändlers; es solle das Gesetz gegen ihn ganz besonders streng anwenden. Das sei nicht der Fall. Der Kolporteur habe genau dieselbe Verantwortung wie andere Hausierer. So wenig der Hausierer sich etwa darauf berufen könne, er sei zu dumm, alte Sachen von neuen zu unterscheiden, oder zu wissen, was leicht brennbare Oele seien, ebensowenig könne sich der Kolporteur hinter seine angebliche Dummheit verkriechen. Ihm liege eine Prüfungspflicht ob, wie jedem Hausierer. Mindestens müsse Fahrlässigkeit ausgeschlossen sein. Die Frage sei nur die, wo fange die Fahrlässigkeit an? Das festzustellen, sei Sache der tatsächlichen Feststellung der ersten Instanzen. Das Kammergericht habe es immer ausgesprochen, daß der Kolporteur nicht seinen ganzen Kram durchzulesen brauche. Dann müßte er ja schließlich auch russisch und chinesisch lernen. Das sei ferne. Aber es müsse verlangt werden, daß er sich Einblick verschaffe, soweit es ihm möglich sei. Wenn er z. B. eine illustrierte Zeitschrift zum Feilbieten erhalte, von der er durch einen Ueberblick wisse, daß sie allerhand Ruditäten enthalte, dann müsse er sie sich näher ansehen und eventuell Bedenken tragen, sie feilzubieten, oder er müsse die Verantwortung übernehmen. Das Landgericht habe nun hier festgestellt, daß der Angeklagte als erfahrener Kolporteur gewußt habe, wie bedenklich in moralischer Beziehung war, was er verschleißen wollte, und hieraus habe das Landgericht ohne Rechtsirrtum Fahrlässigkeit hergeleitet.

Der Kammergerichtssenatspräsident beklagt sich mit Unrecht, daß die öffentliche Meinung sich gegen Urteile wie es das gefällte ist, wendet. Darin hat er recht, daß die Erfindung der besonderen Berufspflicht der Kolporteure, Zeitungsverkäuferinnen usw. als Zensoren der Sittlichkeit nicht preußischen Ursprungs ist. Es war ein bayerisches und das oberste bayerische Landesgericht, die zuerst diese wunderliche Berufspflicht aufstellten. Das war vor Jahren. Seitdem ist ein zweiter Fall in Bayern nicht wieder vorgekommen. In Berlin ist aber diese neue Berufspflicht neu entdeckt. Mit Fug und Recht wendet sich das Rechtsbewußtsein gegen eine solche Rechtsprechung, weil sie dem Zeitungsverkäufer unmögliche Pflichten auferlegt, ihm die Stelle eines Obersittlichkeitszensors vindiziert und der Heuchelei Tür und Tor öffnet, jedes Druckerzeugnis als ein sittlich-anstößiges hinzustellen. Eine Rechtsprechung, die dem unsittlichen Drängen der Lex Heinze-Männer nachgibt, gefährdet Kunst, Wissenschaft und jede auf Fortschritt abzielende Bewegung. In der Regel denkt der am sittlich-anstößigsten, der am meisten Anstoß an Schriften nimmt. Er nimmt meist an ihnen Anstoß, weil sie gegen Heuchelei und Prüderei sich richten. Gerichte sollten dafür dankbar sein, daß man dagegen protestiert, sie zum obersten Nachrichter von Gedanken zu machen, als dessen ersten Henker die kammergerichtliche Judikatur der neueren Zeit den Zeitungsverkäufer stigmatisiert hat.

# Versammlungen.

**Die „Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend"** hielt am 15. Juli im „Englischen Garten", Alexanderstraße, eine Generalversammlung ab. Der Vertrauensmann Norgel gab zunächst die Abrechnung vom ersten und zweiten Quartal. Einschließlich eines Bestandes vom vierten Quartal 1905 in Höhe von 2131,84 Mark betrug die Gesamteinnahme 11 333,84 Mark. Dem stand gegenüber eine Gesamtausgabe von 7279,85 Mark, so daß ein Bestand von 4053,99 Mark verblieb. Davon wurden 2000 Mark der Bank übergeben. Es blieben in den Händen des Vertrauensmannes 2053,99 Mark. Auf der Bank hat die Freie Vereinigung jetzt insgesamt 9100 Mark. Das Gesamtvermögen beträgt demnach 11 153,99 Mark. — Dem Vertrauensmann wurde Entlastung zuteil.

Ueber: „Die letzten Ereignisse in der deutschen Partei- und Gewerkschaftsbewegung" referierte dann Norgel, der mit zu den 31 lokalistischen Gewerkschaftsführern gehört, die in der Nr. 25 der „Einigkeit" den Artikel: „Hinter den Kulissen" veröffentlicht beziehungsweise gezeichnet haben. Er warf einen Rückblick auf die Entwickelung der modernen Arbeiterbewegung in Deutschland, um dann die markantesten Vorkommnisse im Partei- und Gewerkschaftsleben der letzten Jahre zu schildern, unter besonderer Berücksichtigung der Agitation für den Generalstreik sowie der bekannten Stellungnahme der Lokalorganisationen, des Kölner Gewerkschaftskongresses und des Jenaer Parteitages dazu. Darauf erörterte er die durch die Veröffentlichung in der „Einigkeit" zur Diskussion gestellten Fragen und führte unter anderem aus: Jener Artikel enthalte durchaus keine Denunziation. Mit dem Ausdruck „Infamie" hätte sich der „Vorwärts" an die Zentralverbände wenden sollen. Von einer Indiskretion könne auch keine Rede sein, schon deshalb nicht, weil zu den geheimen Besprechungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission kein Vertreter der Lokalorganisationen hinzugezogen worden sei. Wie verhalte es sich nun mit der Aufklärung, die bezüglich des Verhaltens des Parteivorstandes und speziell Bebels in Sachen des politischen Massenstreiks habe eintreten sollen. Die Generalkommission sage, es sei so, wie Silberschmidt nach dem Protokoll über die Konferenz der Zentralvorstände der großen Verbände gesagt habe, und sie bleibe dabei. Nach dem Parteivorstand solle dagegen nur die gegenwärtige Propagierung des Massenstreiks abgelehnt worden sein usw. Redner getraue sich das nicht zu glauben. Beide Körperschaften hätten etwas auf dem Kerbholz. Das deutsche Proletariat könne es sich nicht gefallen lassen, daß hinter seinem Rücken Abmachungen getroffen würden, die dem, was auf dem Parteitage gesagt und beschlossen sei, entgegenstrebten. Es wäre geradezu Pflicht gewesen, dies der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, nachdem man davon erfahren habe. — Eine Aufklärung sei nicht erfolgt. Selbst eine Anzahl Parteiblätter sprächen mehr oder minder verblümt oder unverblümt aus, daß hinter dem Widerspruch in den Erklärungen des Parteivorstandes und der Generalkommission etwas stecken müsse. Nun habe ja auch der „Vorwärts" drei Artikel dazu veröffentlicht. Er habe sie gelesen, Klarheit habe er dadurch aber nicht erhalten. Entweder sei der „Vorwärts" zu ungeschickt dazu oder er wolle die Sache verdrehen. Heute wisse Redner nach allen Veröffentlichungen zur Sache, die der „Vorwärts" namentlich brachte, immer noch nicht, was denn nun eigentlich die Wahrheit sei, wie die Dinge bei den Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wirklich verliefen. Dieser Meinung seien auch andere Genossen und Gewerkschaftler, mit denen er Rücksprache genommen habe. Der „Vorwärts" drücke sich um die Sache herum, indem er z. B. von einem Inszenieren des Generalstreiks (Massenstreiks) spreche, während es sich um ein Propagieren handele, d. h. um ein Bekanntmachen mit dem neuen Mittel, wie es der Parteitag beschlossen habe. Das Proletariat werde es sich nicht gefallen lassen, daß man dem Kern der Streitfrage aus dem Wege gehe. Man wolle volle Aufklärung haben. Und man werde das deutsche Volk aufklären über Abwege, möge auf der anderen Seite noch so viel über „Verräter" und „Verleumder" geschimpft werden. Die Unterzeichner des Artikels in der „Einigkeit" hätten Schuste sein müssen, wenn sie von der ganzen Sache gewußt und das Proletariat nicht aufgeklärt hätten darüber, daß eine Anzahl seiner Führer nicht halten wollten, was der Parteitag unter großer Begeisterung angenommen habe. Die Vertreter der Lokalorganisationen ständen übrigens nicht allein in dieser Sache. Auch von anderen Seiten werde kundgegeben, daß man der Parteileitung und den Führern der großen Verbände auf die Finger sehen wolle. Es werde auch so nicht gehen, wie es sich Simon nach dem Protokoll gedacht habe, daß die Mitglieder der Verbände in großen Scharen als Mitglieder der Wahlvereine ihren Einfluß auf die Partei geltend machten und eventuell die Mehrheit der Delegierten zum Parteitag stellten. Man sei ja ebenfalls in den Wahlvereinen und werde dem schon entgegenzutreten wissen. — Redner fand lebhaften Beifall. — Das Vorstandsmitglied Baum, ebenfalls einer der Unterzeichner des Artikels in der „Einigkeit", stellt in Vergleich die Ausführungen des Genossen Bebel in Jena mit ihren scharfen Wendungen und flammenden Worten und die Thesen von der Besprechung mit der Generalkommission. Danach müsse man, meint er, zu der Einsicht kommen, welche in der „Einigkeit" ausgedrückt worden sei durch die Worte: „Achtet auf Eure Tribunen!" Klar wäre trotz aller Erklärungen und Erläuterungen wenigstens so viel, daß sich der Parteivorstand von der Generalkommission habe unter die Füße kriegen lassen. Es sei dafür zu sorgen, daß die Generalkommission verschwinde. Das Gewerkschaftshaus verdiene als Ueberschrift: „Erziehungshaus für Lumpen". — Daß ein General- oder Massenstreik nicht über Nacht kommen könne, wisse jeder Genosse und Kollege, er müsse doch aber propagiert werden, wenn er in Betracht kommen solle. Die Ablehnung seiner Propagierung sei ein Verstoß gegen die Beschlüsse von Jena.

Sasse spricht von einer Abwürgung des Massenstreiks und betont, daß heute die Generalkommission der Gewerkschaften der Diktator der Partei sei. — Hafleit tritt für Propagierung des Generalstreiks ein, wenn es auch heute noch nicht soweit sei, ihn durchzuführen. — Sewekow knüpft an Worte Legiens an und erklärt es für unverständlich, wie man als Gewerkschaftsführer sagen könne, die gewerkschaftlichen Verbände seien im Falle eines Generalstreiks nicht da, während sich doch die Gewerkschaftler als Parteigenossen an dem Streik beteiligen müßten. Redner wendet sich gegen die Aeußerung Bebels, daß die Lokalorganisierten verärgert seien, weil sie nicht vorwärts kämen. Sie seien in Wirklichkeit absolut nicht verärgert. Bebel verstehe sie nur nicht, weil die Generalkommission der Verbände diktiere, daß sie nichts gelten sollten. Es wäre nicht hübsch von einem Genossen wie Bebel, daß er den Lokalorganisationen gleichsam noch Knüttel zwischen die Beine werfe. — In der Sache mit der Generalkommission habe sich der Parteivorstand außerordentlich blamiert. Wie die Dinge liegen, dürfte entweder Silberschmidt nicht mehr auf seinem Posten bleiben oder Bebel müßte verschwinden. Einer von beiden müsse geschwindelt haben. — Es hätte nichts geschadet, wenn man einen Vertreter der Lokalorganisationen zu der Besprechung mit der Generalkommission hinzugezogen hätte, sofern man überhaupt die Frage eines eventuellen Massenstreiks intern besprechen wollte. — Der Parteitagsbeschluß über Massenverteilung der Bebelschen Rede in Broschürenform hätte auch durch den Parteivorstand strikte ausgeführt werden müssen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„In Erwägung der sich immer mehr und mehr zuspitzenden Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, betrachtet die Versammlung die Waffe des Generalstreiks als die wirksamste. Sie verwirft die Abmachungen zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand (die bekannten sechs Thesen), die den Beschlüssen des Parteitags zuwiderlaufen, und erklärt sich mit der Veröffentlichung der 31 Genossen in der Nr. 25 der „Einigkeit" einverstanden. Der Vorstand der Vereinigung wird beauftragt, die Sache weiter zu verfolgen, bis in derselben völlige Klarheit geschaffen ist."

Die Versammlung erledigte dann noch einige Vereinsangelegenheiten.

**Zentralverband der Konditoren.** Donnerstag, den 19. Juli, abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, Halbjahr-Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte der Lokalverwaltung und der Vertreter bei der Gewerkschaftskommission. Verschiedenes. Mitgliedsbuch mitbringen. Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Luckau.** Verein Berlin. Die Monatsversammlung für Juli fällt aus. Nächste Versammlung im August.

**Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.** (Abteilung I und III. Abteilungsversammlung am Mittwoch, den 18. Juli, 8 Uhr bei Lier, Naunynstr. 9, großer Saal. Vortrag. Diskussion. Verschiedenes.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—74 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 58—62, IVa 52—56, englische Bullen- 0,00, dänische Bullen- 0,00, holländische Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 82—88, IIa 72—80, IIIa 60—70. Hammelfleisch Ia 74—78, IIa 64—72. Schweinefleisch 61—67. Rehböcke Ia p. Pfd. 0,60—0,80, IIa 0,44—0,58. Rotwild Ia m. Abschußattest p. Pfd. 0,40—0,60, IIa 0,00—0,00. Damwild IIa 0,56—0,68. Wildschweine p. Pfd. 0,30—0,45. Kaninchen p. Stück 0,40 bis 0,50. Wildenten Ia p. Stück 0,90—1,10, IIa 0,60—0,80. Krickenten per Stück 0,40—0,75. Hühner, alte, per Stück 1,50—2,30, junge, per Stück 0,40—0,90. Tauben, junge, per Stück 0,40, alte 0,00. Enten, Ia p. Stück 1,70—2,30, alte, p. Stück 0,00, junge 1,20—1,55, Hamburger, junge, p. Stück 0,00. Gänse, junge Ia, per Pfund 0,58—0,65, per Stück 3,00—4,20. Hechte 84—101. Schleie 76—87. Bleie 0,00. Aale, groß 115—125, mittel 0,00, klein 0,00, unsl. 72—103. Plötzen 0,00. Flundern, pomm. I, p. Schock 3,00—6,50. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, engl. per Wall 4,50—5. Kieler 2—4,50, Strallunder 5—6. Aale, groß pro Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 2—4. Sardellen, 1902er, per Anker 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 33—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, mittel 17,00, kleine 0,00, unsortiert 6—10,50, Galizier, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 3—3,30, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109—111, IIa 106—109, IIIa 102—105, abfallende 95—100. Saure Gurken, neue, Schock 4—6, Pfeffergurken 4,50—5,00. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 0,00, rote Dabersche 0,00—0,00, neue runde 2,75—3,00, neue blaue 3,00,—3,25, neue hiesige 0,00—0, neue Zerbster 2—2,50. Spinat, per 100 Pfund 10—12. Karotten per Schock 2,50 bis 3,50. Kohlrabi, per Schock 1,00—1,50. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Bd. 0,00. Radieschen, per Schock-Bd. 0,60—0,70. Salat, per Schock 1,25—2,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 5—7. Schoten hiesige, per 100 Pfd. 10—12. Pfefferlinge per 100 Pfd. 20—25. Mohrrüben per Schock-Bd. 1,50—2,00. Blumenkohl per Mandel 1,00—2,00. Wirsingkohl per Mandel 1,00—1,50. Rotkohl per Mandel 3,50. Weißkohl per Mandel 3—4. Birnen, italienische per 100 Pfd. 18—25, schlesische 10—20, Tiroler 25—30. Johannisbeeren, hiesige, weiße, per 100 Pfd. 6—10, do. rote 8—10. Stachelbeeren per 100 Pfd. 8—14. Kirschen, ital., 100 Pfd. 0,00. Natten, Werdersche 22—24. Werdersche Glas- 10—15. Natten 15—20, do. saure 13—18. Schlesische 6—16. Himbeeren, Werdersche per 100 Pfd. 22—25. Blaubeeren per 100 Pfd. 9—11. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 25—28. Garten- 0,00, Hamburger 13—25, hiesige 15—20. Wald- per 100 Pfd. 45—55. Pflaumen, ital. lange dunkle per 100 Pfd. 18—24, ital., lange gelbe per 100 Pfd. 15—25, ital., runde per 100 Pfd. 15—25. Zitronen, Messina, 300 Stück 11,00—16,00, 360 Stück 14,00—18,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Mittwoch, den 18. Juli.

**Neues Operntheater.** Carmen. Anfang 7½ Uhr.
Anfang 8 Uhr.
**Berliner.** Sherlock Holmes.
**Lessing.** Die lustige Witwe.
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Die Zauberflöte.
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Zapfenstreich.
**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.
**Lustspielhaus.** Unsere Käte.
**Metropol.** Auf ins Metropol.
**Apollo.** Berlin im Omnibus. Das blaue Blid. Spezialitäten.
**Carl Weiß.** Sündige Liebe.
**Wintergarten.** Tortajada. Spezialit.
**Passage.** Willy Prager. Spezialit.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
**Sternwarte,** Invalidenstr. 57/62.

---

Ferdinand Bonns
## Berliner Theater.
Mittwoch und folgende Tage:
**Sherlock Holmes.**
Anfang 8 Uhr.

---

## Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7½ Uhr.
**Carmen.**
Donnerstag: Die Fledermaus.
Freitag: Carmen.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

---

## Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
**Hoffmanns Erzählungen.**
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

---

## Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr: **Unsere Käte.**
Sommerpreise: Parkett-Fauteuil 3,20.

---

## Passage-Theater.
Heute
das
glänzende
Spezialitäten-Programm.

---

## Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
**!Auf – in's Metropol!**
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

---

## Apollo-Theater.
Novität! Täglich: Novität!
**Berlin im Omnibus.**
Burleske in zwei Bildern nach einer Schwankidee von Victor de Cottens.
Im zweiten Bilde:
**Der Omnibus-Trick.**
Unter Mitwirkung der Pantomimen-Gesellschaft James Price vom Folies-Bergère in Paris.

---

## Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8¼ Uhr im Theater:
**Sündige Liebe.**
Familientragödie in 4 Akten v. H. Rolf.
Im Sommergarten:
Das neue Juli-Spezialitäten-Programm
Anfang 4 Uhr.
Heute: Großes Kinder-Ferienfest.

---

## Sanssouci.
Kottbuser Straße 4a.
Sonntag, Montag, Donnerst. und Sonnabend:
**Hoffmanns Nordd. Sänger**
Neu! Neu!
Kleinstädter in Berlin.
Gebrüder Dick.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

---

## Reichshallen.

**Stettiner Sänger.**
(Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader)
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

---

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Die Zauberflöte.**
Große Oper von W. A. Mozart.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Die Afrikanerin.**
Freitag, abends 8 Uhr:
**Die Hugenotten.**

**Schiller-Theater N.** (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Zapfenstreich.**
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Zapfenstreich.**
Freitag, abends 8 Uhr:
**Zapfenstreich.**
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

---

## Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
**Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.**

---

## Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.

---

## Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes
**Militär-Konzert.**
Eintritt 1 M., n. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

---

## Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
**Die Gauklerin.**
Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern von Schwarz-Reisslingen.
**Paul Coradini**
**Karl Braun**
**Miß Sarrett**
**Neiß-Troupe**
außerdem 10 erstklassige Nummern.
Anfang 4½ Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Billettvorverk. 10—1 Uhr a. d. Theaterk.

---

## Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
**Theater-Vorstellung, Spezialitäten und BALL.**
Zum 10. Male:
**Auf der Liebes-Insel.**
Operetten-Burleske in 1 Akt.
**Mlle. Martha Bellvert**
mit ihren dressierten **Bären.**
Piccards amerik. Pantomime
**Die Einbrecher von New York.**
Jeden Mittwoch:
**Kinderfreudenfest.**
Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

---

## Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
**Der Millionenschneider.**
Posse mit Gesang in 2 Akten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

---

## Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
**Konzert, Theater u. Spezialitäten.**
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerst.: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

---

## W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Gastspiel des Herrn Hermann Litt v. Rembrandt-Theater in Amsterdam.
**Zirkusblut.** Operette in 2 Bildern von Baumgart.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr.
Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.

---

## Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Milardo, Humorist.
Rebusa, Dressurnummer.
Dammann Family.
Ein gefährlicher Ausflug.
Wasserpant. Pawel Comp.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

---

## Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
**Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

---

**Welt-Ausstellungs-Biograph-** (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**

---

## Neue Welt
Hasenheide 108—114.
Mittwoch, den 18. Juli 1906:
**Gr. Erntefest.**
Erntefestzug, Bondonregen, Puppen-Theater, Kinderfackelzug.
◆ Gratisverlosung. ◆
1. Preise: Goldene Damen- und Herrenuhren.
**Konzert und Vorstellung.**
Tanz-Reunion.
Anfang 4 Uhr. Entree 0,15 M.

---

## Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und **Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

---

## Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Täglich: Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen**
Die größte Sensation und beste Gruppe der Welt: im Salon des Löwenbändigers.
Ein Dompteur, eine Tänzerin und eine Dompteuse mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
**Prinzeß Rajah,** die hawaiische Schönheit
**Fritz Brand,** Berlins bester Salon-Humorist mit neuem Repertoire
und das beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

---

## Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Mittwoch: 16482*
**Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.**
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × Bons haben Gültigkeit.
Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung.**
Im Saale: Großer Ball. Gebr. Arnhold.
Donnerstag Militär-Konzert.

---

**Achtung!** **Deutscher Buchbinder-Verband** **Achtung!**
Zahlstelle Berlin.
Heute, Mittwoch, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29
## Große Mitglieder-Versammlung
aller in Buchbindereien, Kontobuch-, Album-, Etui-, Karton-, Luxuspapier- und Galanteriewarenfabriken beschäftigten Personen.
25/6
Tagesordnung:
**1. Bericht über die Verhandlungen in Leipzig. 2. Diskussion.**
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Berufsangehörigen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert! Die Ortsverwaltung.

---

## Freie Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Donnerstag, den 19. Juli, abends 8½ Uhr:
**Versammlung**
im „Neuen Klubhaus", Kommandantenstraße 72.
Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Welche Taktik befolgen wir weiter gegen die Akkordarbeit? 284/19
Alle Fliesenleger und Hülfsarbeiter, die sich durch Organisationsbuch als solche legitimieren können, haben Zutritt.
Es ist unbedingte Pflicht jedes Arbeitskollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission.
J. A.: Herm. Puttlitz, Dragonerstraße 15, Amt III, 5028.

---

## Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.
Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.
Donnerstag, den 19. Juli, abends 8½ Uhr
**Mitglieder-Versammlung**
125/15 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tagesordnung: Abrechnung vom 2. Quartal 1906. Vereinsangelegenheit.
Die Ortsverwaltung.
Sonnabend, den 21. Juli 1906
**25. Stiftungsfest**
in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain (am Königstor)
bestehend in
**Konzert — Berliner Ulk-Trio — Bioskop — Gratisverlosung für Damen**
**Kinder-Fackelzug mit Ueberraschungen** Hierzu erhält jedes Kind eine Stocklaterne gratis!
Wir ersuchen die Kollegen, sich mit ihren Familien recht zahlreich an diesem Feste zu beteiligen. D. O.

---

## Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes.
Donnerstag, den 26. Juli cr., abends 7½ Uhr, im Königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72:
Außerordentliche
**General-Versammlung der Delegierten.**
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl eines Kassenführers.
2. Verschiedenes.
Erscheinen aller Delegierten notwendig. — Legitimationskarte ist vorzuzeigen.
275/1 Der Vorstand.

---

## Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Linden-Straße 69
Wir empfehlen:
**Leuchtkugeln**
Ernste und heitere Vortrags-:: gedichte für Arbeiterfeste ::
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.
Unseren vortragskustigen Genossen wird das Gedichtbuch willkommen sein. Wie oft richtet sich bei Arbeiterfesten die allgemeine Stimmung auf den Wunsch: „Trage doch Einer etwas vor!" — Da sollen denn die „Leuchtkugeln" steigen, Retter in der Not sein und verhindern, daß man zu nichtssagendem Schund greift. Das Büchlein enthält 60 Gedichte teils ernster, teils humoristischer und politisch-satirischer Natur. Eine Anleitung: „Die Kunst des Vortrags" gibt einige Winke, wie Deklamationen wirkungsvoll zu gestalten sind.

---

Pianino Harmon. 1000 M. tadell. a. Teilz. Gerichtstr. 32. Dittrich. 5. 5.

---

## Fahrräder
3 Jahre Gar., 45 M. Famil.-Nähmasch. 5 Jahre Gar., 27 M. Laufdecken, 1jähr. Garant., Qual. 2,90. Luftschläuche 2,30 bis z. allerb. Qual. Vertreter meiner Fabrikate erhalten neues Motorrad für ermäßigt. Preis. **Scholz,** Fahrradw., Steinau a. O. W. 44/45.

---

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). Fernsprecher: Amt 4, 3578.
Achtung! **Tischbranche!** Achtung!
Mittwoch, den 18. Juli, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Saal 3
**Vertrauensmänner-Versammlung**
für Berlin und Vororte.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission. 2. Werkstattangelegenheit. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.
Achtung! **Ladenbranche.** Achtung!
Donnerstag, den 19. Juli, abends 8½ Uhr
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c
**Versammlung**
aller in der Ladeneinrichtungsbranche beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Alle Kollegen, die in der Branche arbeiten, müssen erscheinen.
89/6* Die Ortsverwaltung.

---

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Achtung! **Putzer!** Achtung!
Heute Mittwoch, den 18. Juli, abends 8 Uhr:
**Bezirks-Versammlungen**
in den bekannten Lokalen.
Um regen Besuch derselben ersuchen
134/9 Die örtliche Verwaltung und Obleute.

---

**Achtung! Fliesenleger. Achtung!**
Freitag, den 20. Juli, abends 8½ Uhr:
**Versammlung**
der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes
im Gewerkschaftshause (Saal 7), Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung: 146/1*
1. Bericht des Vorstandes. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten erledigt werden müssen. Der Sektionsvorstand.

---

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin
Donnerstag, den 26. Juli, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 8:
**General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrerkollegiums. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert! 4/19*

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Verwaltungsstelle Berlin.**

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

**Donnerstag, den 19. Juli, abends 8½ Uhr:**

## Allgem. Uhrmacher-Versammlung

**in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Karl Schmidt** über: „Der Einfluß der Unternehmer auf die Gesetzgebung". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

NB. Die Kollegen von **Siemens u. Schuckert, Dr. Aron, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Dr. Paul Meyer, C. P. Goerz** und aus den **Taxameterbetrieben** sind speziell hierzu eingeladen.

**Die Versammlung findet bestimmt statt!**

**Donnerstag, 19. Juli, abends 8½ Uhr:**

## Branchen-Versammlung

der

## Elektromonteure u. Hülfsmonteure

**Berlins und Umgegend**

**in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **A. Wuschick**: „Die Machtmittel des Proletariats". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder.

NB. In dieser Versammlung gelangen die Billetts zum Vergnügen zur Ausgabe. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

**Donnerstag, 19. Juli, abends 8½ Uhr:**

## Bezirks-Versammlung

für **Charlottenburg** u. Umgegend

**im „Volkshause", Rosinenstr. 3.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Ströbel** über: „Partei und Gewerkschaften". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 122/13

Zahlreichen Besuch erwartet

**Die Ortsverwaltung.**

---

**Steuerfreie**

## Vineta-Zigaretten!

**Vineta No. 8,** Verkf. **2** Pf. mit Mdst., **flach** u. rund.
**No. 10** Verkf. **3** Pf. mit Mdst., flach und **rund**
**No. 40** Verkf. **4** Pf. mit Mdst., flach und **rund**
**No. 50** Verkf. **5** Pf. mit Mdst., flach und **rund**
sowie **1** Pf. Zigaretten flach und rund
hat noch abzugeben

bester Ersatz für Importen

1671L **Alfred Hoffmann,**
**NO. 55, Christburgerstr. 37.**

---

Große Auswahl
**Verlosungs-Gegenstände**
zu Landpartien
liefert
zu Engros-Preisen
**L. Katz & Co.,**
Spandauerstr. 45.
Kaiserstraße,
Ecke Schillingstraße.

---

**Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

**Verwaltungsstelle Berlin I.**

Hierdurch diene zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Hausdiener

**Max Froese**

verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet **heute** Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

68/20 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

**Nachruf!**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

**Paul Kleist**

am 14. Juli verstorben ist und am Dienstag, den 17. Juli, zur letzten Ruhe gebettet wurde.

**Ehre seinem Andenken!**

89/8 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Danksagung.**

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines immergeliebten Mannes sage ich allen, insbesondere dem Verein der Zimmerer, seinen Kameraden und Mitarbeitern, meinen besten Dank. 29929

Frau **Ottilie Jonas,**
Wilmersdorf, Hildegardstraße Nr. 14.

---

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13*
**Haut- und Harnleiden.**
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

---

**Danksagung.**

Für das herzliche Beileid, das uns bei der Beerdigung unseres unvergeßlichen Sohnes **Rudolf** von allen Seiten in so reichem Maße zuteil geworden ist, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. 25

Berlin SW., Mariendorferstraße 3, den 16. Juli 06.

**J. Steinke** und Frau.

---

**Danksagung.**

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Gatten und guten Vaters **Ferdinand Wolf** und für die Kranzspenden sagen wir allen unseren herzlichsten Dank, besonders dem Rauchklub „Unverzagt". 29935

Berlin, den 16. Juli 06.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

---

**Danksagung.**

Für die großen Kranzspenden und die freundliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Formers **Richard Fricke** sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank, insbesondere den Kollegen und Berufsgenossen der Firma F. Gebauer und Firma Baumann, dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem VI. Berliner Wahlkreise. 17892

Wwe. **Anna Fricke** nebst Kindern.

---

## Portieren

Spezialität! (ca. 200 Genre).
**Einz. Garnituren** spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.
Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 159 **Berlin S.**

---

**Maybachufer 3,** 1 Wohn. 22½ M., u. 1 Keller, 7 M., p. 1./10., d. Stock l.

---

**Kufeke's Kinder-mehl**

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. 5601L*

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

---

**Jedes Wort 10 Pfennig.**

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre.** 1†

**Herrenfahrrad,** Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 16689*

**Fahrräder,** Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 16639*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

**Hochvornehme** Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

**Teppiche** mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

**Reisegläser,** Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 29765*

**Gelegenheitskäufe:** Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

**Während** des Umbaus billiges Möbelangebot: Kleiderspind 23,—, Garnituren, Paneelsofas, Stoffsofas 42,—, Vollständige Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer in jeder Ausführung. Herrliche bunte Küchen 60,—. Möbelfabrik Hirschowitz, Skalitzerstraße 25.

**Kleiderspind** 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, furniertes Kleiderspindvertiko, modern 40, Salonschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38, Muschelbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 140/10*

**Teppiche,** Rückseite angeschmutzt, unter Fabrikpreis. Stoehr, Münzstraße 17. 16765*

**Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.** †1

**Lauben-Baumaterialien,** neue und gebrauchte, wie: Kanthölz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 12366*

**Fahrrad,** wie neu, billig zu verkaufen. G. Busse, Engel-Ufer 15, II. Hof. 12b

**Möbel,** 3 Zimmer, darunter Muschelspind 28,00, Vertiko 20,00, Plüschsofa, Trumeau 33,00, Ausziehtisch 8,00, Bettstellen 16,00, Muschelbetten 38,00, Ledersofa 12,00, Königsbergerstraße 13, I, Liese. †33

**Neu!** 300 Hochwaldparzellen, die ersten Parzellen, Quadratrute 10 Mark, direkt in königlicher Forst, im idyllischen, stillen Engersdorf, Station Strausberg II, selten schöne Lage, keine Fabriken. Boers, Pankow, Gilsabethweg 10. 35

**6,00**—10,00 gutgeschrieben erhält Selbstkäufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

**Nähmaschinen.** Zahle bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †34*

**Singerringschiff,** 15,00, Garantie gut nähend. Jüdenstraße 47 II. *

**Nähmaschinen,** ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Warschauerstraße 67, Wienerstr. 1—6, Ackerstraße 111. 75

**Krautstraße** 50, Saalfelds Möbelspeicher, verkauft spottbillig, weil kein Laden, Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Besichtigung ohne Kaufzwang. 5b*

**Installations-Geschäft** für elektrische Anlagen usw. sehr billig verkäuflich, passend für jungen Anfänger. Beste Geschäftsstraße Charlottenburgs, Lademiete mit Werkstatt 400 Mark. Erfragen bei Bäcker, Kohlenhändler, Mommsenstraße 32. 29995

**Kolonial-** und Milchgeschäft besonderer Umstände halber zu verkaufen. Adlershof, Radickestraße 9. 65

**Sarggeschäft** wegen Krankheit nach außerhalb sofort billig zu verkaufen Danzigerstraße 66. 29945

**Tischlerei** verkauft, „rentabel", Postamt 16. 45

**Restaurant** mit Vorgarten, Parteilokal krankheitshalber der Frau billig zu verkaufen. Auskunft erteilt A. Mehlen, Stargarderstraße 22, Seitenflügel 1 Treppe. †54

## Verschiedenes.

**Patentanwalt Wessel,** Gitschinerstraße 94a. 2693b*

**Pfandleihe,** Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

**Pfandleihe** Markusstraße 27. *

**Aufpolsterung.** Matratze 5,00, Sofa 6,00. Roller, Neue Königstraße 2. 140/11

**Rixdorf,** Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Freikonzert und Ball. †117*

**Gebrauche** nötig Möbel, höchstzahlend. Postkarte erbeten. Arndt, Grünerweg 72. 2995b*

**Plattnabfälle,** alte Goldsachen, Bruchgold, altes Silber, Zahngebisse, alte Uhren, Kehrgold, Brillanten, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Brod, Wrangelstraße 4. Telephon Amt 4, 6958. 140/14*

## Vermietungen.

### Wohnungen.

**Stube** und Küche zu vermieten Judenerstraße 6. 28145

### Schlafstellen.

**Teilnehmer** zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, III. *

**Möblierte** Schlafstelle, Vorderzimmer, vermietet Dresdnerstr. 58 III, rechts. 2944b

**Schlafstelle** für Herrn oder möbliert, Rüdersdorferstraße 36, vorn parterre (Küstrinerplatz). †34

**Schlafstelle** vermietet Witwe Rawengel, Wittstockerstraße 7. 8b

**Möblierte** Schlafstelle für ein und zwei Herrn Lychenerstraße 24, Vorderhaus II bei Förster. †54

### Mietsgesuche.

**Zwei** Genossen suchen möbliertes Zimmer. Nähe Hallesches Tor. Offerten B. W., Postamt 61. 9b

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**Blinder** Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläzer, Mulackstraße 27. 14685

**Strebsamer** fleißiger Mann, 33, ledig sucht in Fabrik Stellung. Offerten „Lagerist" Postamt 39.

### Stellenangebote.

**Automobilführer!** Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Glänzendste Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.*

**Dienerstellen!** Ausbildung zum herrschaftlichen Diener und kostenloser Stellennachweis nach beendetem Kursus. Näheres „Erste Berliner Dienerschule", Berlin, Wilhelmstraße 141. (Gegr. 1893.) 297/4

**Ausschneider** auf Pianofirmen verlangt Poulmann, Reichenbergerstraße 133. †8

**Selbständige** Schlosser und Helfer auf Treppen und Geländer gesucht Kolonnenstraße 89/90, König, Rücken u. Co. 16928*

**Meister** für Gold- und Polituranstalt, selbständiger, tüchtiger Arbeiter bei gutem Einkommen gesucht. Offerten unter P. 5 Expedition dieses Blattes. 3000b

**Tüchtige** Steinmetzen auf Bauarbeit, Sandstein, verlangt Emil Kiewitt, Rudow bei Britz. 11b

**Mamsells** auf glatte Paletots verlangt Nessin, Bernauerstraße 14, I.

**Zeitungsfrauen** für Osten, hoher Lohn, verlangt sofort „Berliner Hausfrau", Lindenstraße 26, Laden. 2997*

**Botenfrauen** sofort verlangt Sonnenstraße 20. 140/7*

**Botenfrauen** sofort verlangt Prinzenstraße 41. 140/8*

**Junges** kinderliebes Mädchen für zwei Kinder (4- und 5½jährig) und leichte Hausarbeit gesucht. Frau Swientz, Sedanstraße 57, III, Schöneberg. 16906*

**Botenfrauen** sofort verlangt Prinzenstraße 41. 140/5*

**Botenfrauen** sofort verlangt Sonnenstraße 20. 140/4*

**Botenfrauen** sofort verlangt Schöneberg, Feurigstraße 12. 140/6*

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

Gesucht wird ein 17772*
— tüchtiger —

## Koloritmeister,

der selbst Schablonen schneiden und Farben abstellen kann. Reflektiert wird nur auf eine solche Kraft, die einem größeren Personal als Werkmeister vorstehen kann. Detaillierte Offerte unter Chiffre: „R. F. 56325* an die Annoncen-Expedition **M. Dukes Nachf., Wien I/1,** Wollzeile 9.

Wir beabsichtigen 15

## 2 Bureaubeamte

einzustellen.

**Geeignete Bewerber** wollen sich bis zum **23. Juli d. J.** schriftlich melden.

**Mitglieder werden bevorzugt.**

**Der Vorstand**

**der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandter Gewerbe zu Berlin,**

**C., Neue Schönhauserstr. 16.**

## Tüchtige Schlosser,

welche **selbständig arbeiten,** als **Vorarbeiter gesucht.** Solche m. Erfahrungen i. d. Holzbearbeitungsmaschinenbranche bevorzugt. Anträge an **Maschinen-Fabrik Zuckermann, Wien XVIII., Anastasius Grüngasse 22.**

## Asbest-Gummi.

Tücht. selbständ. Schneidemacher gegen gut. Akkordl. sof. ges. **Martin Merkel,** Fbk. techn. Art. Hamburg.

## Zwei offene Kassenarztstellen

sollen mit 1. Januar 1907 neu besetzt werden. Bei zirka **1000 Mitgliedern** Jahrespauschalhonorar **pro Arzt 2500 M.** Erhöhung für später nicht ausgeschlossen. Zahnspezialistische Behandlung besonders geregelt.

Nur solche Herren wollen Bewerbungen unter Beifügung der Approb. und Zeugnisabschriften über bisherige Tätigkeit einreichen, die den Bestrebungen des Leipziger Aerztevereinbundes ernstlich fernstehen.

Bewerbungen unter: 224/18*

**Gegenseitige Kranken-Unterstützungskasse (E. H. 58) in Rendsburg.**

## 25 Maurer

verlangen sofort Elektrizitätswerke Steglitz, Körnerstraße. 2906b

**Achtung! Achtung!**

## Kürschner

Wegen Differenzen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der **Mützenfabrik** von **S. Gärtner & Co., Markusstr. 50,** die Arbeit niedergelegt. **Zuzug ist streng** fernzuhalten. 102/15*

**Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.**

**Deutscher Kürschner-Verband** (Zahlstelle Berlin.)

## Deutsch. Buchbinderverband

**(Zahlstelle Berlin).**

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

**G. Wübben & Co.,** Wilhelmstraße 9.
**H. Sperling,** Friedrichstr. 16.
**D. Bielstein,** Friedrichstr. 16.
**Lüderitz & Bauer,** Mauerstraße 80.
**Fritsche-Baumbach,** Schöneberg, Bahnstraße.
**H. Reiß,** Lützowstr. 107/8.
**H. Schubert,** Wilhelmstr. 121.
**C. Netschke & Co.,** Zimmerstraße 94.
**A. Schoß,** Buttkamerstraße 19.
**A. Schoß,** Dessauerstraße.
**Schneider & Ziegler,** Ritterstr. 76.
**Riekmann,** Wilhelmstr. 121.
**Ad. Ludwig,** Elisabeth-Ufer 5/6.
**Fleck Nachf.,** Lützowstr. 87.
**Kämmerer,** Kochstr. 67.
**C. F. Walter,** Wallstr. 16/17.
**Rich. Gahl,** Chausseestr. 2a.
**Agthe,** Wilhelmstr. 119/20.
**Lotze & Sieler,** Kochstr. 3.
**Ad. Wittenburg,** Wilhelmstraße 16.
**Xaver Kölle,** Reichenbergerstraße 36.

Alle Genossen und Freunde der Organisation, machen wir darauf aufmerksam, daß die Heimarbeit (Bogen falzen von Strikarbeit) in übermäßiger Weise Platz gegriffen hat. Wir bitten, die Hausbewohner auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam zu machen.

**Die Ortsverwaltung.**

**Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!**

In der **Kartonfabrik von Ad. Lesser,** Krautstraße, sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.

Diese Betriebe sind gesperrt!

Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 4 (Neanderhof)

ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt. 24/12 **Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Achtung!**

## Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

**Zuzug ist fernzuhalten.**

**Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.**

## Achtung, Töpfer!

Die Differenzen bei der Firma **Franz Wengler,** Bau Südende, Lichterfelderstraße, Ecke Potsdamerstraße, sind noch nicht erledigt. Der Bau ist noch wie vor zu meiden. 196/20* **Die Verbandsleitung.**

## Achtung!

Die Holzbearbeitungsfabrik

**Nadge, Palisadenstr. 77/78,**

ist für Maschinenarbeiter sowie Hülfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Ausstande.

**Verband der Handels- und Transportarbeiter. Verband der Maschinenarbeiter.**

### Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen",

**Osten:**
**Mann,** Petersburgerplatz 4.
**Wengels,** Rüdersdorferstr. 3.
**Gustav Vogel,** Koppenstr. 83.

**Nordosten:**
**L. Zucht,** Reibelstr. 42.
**J. Neul,** Barnimstr. 42.

**Norden:**
**H. Raschke,** Ackerstr. 36.
**F. Trapp,** Rügenerstr. 24.
**Karl Marx,** Lychenerstr. 123.
**Karl Weihe,** Wiesenstr. 41/42.
**L. Dechand,** Ruheplatzstr. 24.
**H. Vogel,** Lortzingstr. 37.
**A. Tietz,** Invalidenstr. 124.

**Nordwesten:**
**Karl Anders,** Salzwedelerstr. 8.
**W. Schrolle,** Gotzkowskystr. 29.

**Südwesten:**
**H. Werner,** Mittenwalderstr. 30.
**H. Schröder,** Kreuzbergstr. 15.

**Süden:**
**St. Fritz,** Prinzenstr. 31.
**F. Gutschmidt,** Kottbuser Damm 8.

**Südosten:**
**Paul Böhm,** Lausitzer Platz 14/15.
**P. Horsch,** Engel-Ufer 15.

**Charlottenburg:**
**G. Scharnberg,** Sesenheimerstr. 1.

**Friedrichsberg:**
**O. Seikel,** Kronprinzenstr. 50.

**Rixdorf:**
**M. Heinrich,** Neckarstr. 7.
**Conrad,** Hermannstr. 50.

**Schöneberg:**
**Wilh. Bäumler,** Martin Lutherstr. 51.

**Weißensee:**
**W. Reske,** Sedanstr. 105.
**Jul. Schillert,** König-Chaussee 30a.

**Reinickendorf:**
**P. Gursch,** Provinzstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Berliner Nachrichten.

### Zur Heimstättenmisere.

In den Heimstätten der Stadt Berlin sieht es in diesem Sommer anders aus als im vorigen. Bis zur Eröffnung der neuen Heimstätte Buch, die erst im Herbst vorigen Jahres erfolgte, mußten sich die lungenkranken Männer in eine lange Wartezeit schicken, weil in der damals einzigen für sie zur Verfügung stehenden Heimstätte Gütergotz das ganze Jahr hindurch alle Betten ständig belegt waren. In den Sommermonaten schwoll dort die Zahl der Vormeldungen zu so gewaltiger Höhe an, daß manche der gemeldeten Männer nicht Wochen, nein Monate hindurch warten mußten, ehe sie Aufnahme finden konnten. In diesem Sommer aber ist das anders geworden.

Für die beiden Heimstätten Gütergotz und Buch waren in der ersten Woche des Juli nur 35 noch nicht aufgenommene lungenkranke Männer vorgemeldet, so daß diejenigen, die zu diesem Zeitpunkt sich meldeten, nur mit einer Wartezeit von 10 Tagen zu rechnen hatten. Auch das ist noch lange genug für den, der genesen will, um wieder arbeiten und die Seinen ernähren zu können. Aber der gegenwärtige Zustand bedeutet doch einen erfreulichen Fortschritt gegenüber den skandalösen Zuständen aus dem vorjährigen Juli. Am Schluß der ersten Juliwoche vorigen Jahres waren 188 lungenkranke Männer vorgemeldet und warteten auf Aufnahme. Die Wartezeit betrug damals 71 Tage. Wer sich zu dieser Zeit meldete, der hatte Aussicht, erst nach Mitte September heranzukommen. Die Eröffnung der Heimstätte Buch, die so lange hingezögert wurde, hat hierin Wandel geschaffen — ein Beweis, wie notwendig die Vermehrung der Heimstätten für lungenkranke Männer war.

Wie es vor einem Jahre in der damals einzigen Heimstätte für lungenkranke Männer aussah, so ungefähr sieht es in diesem Jahre in den beiden Heimstätten für lungenkranke Frauen aus, in Blankenfelde und Malchow. Für beide waren am Schluß der ersten Juliwoche vorigen Jahres 134 Personen vorgemeldet, und die Wartezeit betrug damals 24 Tage. In dem diesjährigen Juli stellte sich hier in der ersten Woche die Zahl der Vorgemeldeten auf 249, und die Wartezeit betrug 50 Tage. Wer sich in dieser Woche gemeldet hat, der kann sich nur immer darauf einrichten, daß er erst gegen Ende August herankommt. Wohl den Mädchen und Frauen, die es so lange aushalten! Aber manche von ihnen verzichtet nach langem, bangem Warten schließlich auf die „Wohltat", die ihr da draußen geboten wird, und sieht zu, daß sie wieder irgendwo Arbeit kriegt. Das sind doch Zustände, die jedem als unwürdig der Stadt Berlin gelten sollten. Doch in der vom Freisinn beherrschten Berliner Gemeindevertretung kennt man es freilich nicht anders. Hat doch der Oberbürgermeister selber einmal erklärt, es habe niemand ein Recht auf Aufnahme in Heimstätten, das sei lediglich eine Wohltat, und da tue die Stadt Berlin ausreichend ihre Pflicht. Wie sie sie tut, das zeigen die angeführten Zahlen. Gewiß, auch für die lungenkranken Frauen wird einmal eine Aenderung eintreten und dem Mangel an Heimstätten wieder für einige Zeit abgeholfen werden. Aber wann? In unserem „mustergültigen" Berlin wird immer dafür gesorgt, daß ein Mißstand erst dann beseitigt wird, wenn er längst unerträglich geworden ist.

Sehr erheblich ist übrigens gegenwärtig auch wieder die Zahl der Vorgemeldeten bei den Heimstätten Blankenburg und Heinersdorf. In Blankenburg, der Heimstätte für genesende Frauen und Wöchnerinnen, warteten in der ersten Juliwoche 67 Personen auf Aufnahme, und die Wartezeit betrug zu diesem Zeitpunkt 28 Tage. In der Heimstätte Heinersdorf, die für genesende Männer bestimmt ist, waren zu demselben Zeitpunkt 60 Personen vorgemeldet, und die Wartezeit betrug dort 20 Tage. In der Nähe von Blankenburg kriegen wir 'mal eine zweite Heimstätte für Frauen. Hätten wir sie heute schon, so könnte eine der beiden Blankenburger Heimstätten zur Entlastung von Blankenfelde und Malchow bereit stehen und vielen lungenkranken Frauen und Mädchen könnte die Wartezeit, die sie dort durchzumachen haben, beträchtlich abgekürzt werden.

---

**Ueber den Umfang der Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche** bringt nunmehr „Das Reich" einige Mitteilungen. Veranlaßt durch die optimistischen Angaben — wahrscheinlich der „Post" — sucht das Blatt darzustellen, daß im allgemeinen der Erfolg „der mit so großem Radau angefachten Bewegung" zahlenmäßig recht kläglich ist, daß aber die Mitteilung, „es seien nur wenige Austritte vollzogen", eine gänzliche Unkenntnis der Bewegung verrät. Wir glauben jedoch mit aller Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß auch die Angaben des „Reich", obwohl sie, wie das Blatt mitteilt, auf Angaben der Berliner Kreissynoden beruhen, mit größter Vorsicht aufzunehmen sind. Danach haben alle Berliner Superintendenten Berlins, „soweit wie möglich" Zahlen festzustellen versucht. „Im Kirchenkreise Berlin I," so schreibt das „Reich",

„hat sich nach den Mitteilungen des Superintendenten Dr. v. Schneidemesser herausgestellt, daß vom Januar bis Ende April 1906 „einige hundert" von Personen ihren Austritt angemeldet und vollzogen haben. — Superintendent Frädrich kennzeichnet den Erfolg der Agitation vom Herbst vorigen Jahres so, „daß im ganzen im Kirchenkreise Berlin II zirka 650 Austrittserklärungen angemeldet und zirka 300 Austritte vollzogen worden sind." — Für den Kreis Berlin III teilt Superintendenturverweser Pfarrer Ranke mit, daß in den neun Gemeinden im ganzen Jahre 1905 ausgetreten sind 153 Personen. Vom 1. Januar bis 31. März 1906 hingegen hatten 662 Personen ihren Austritt angemeldet, vollzogen wurde er jedoch nur von 415. Vom 1. April bis 15. Mai hatten sich 132 Personen abgemeldet, 112 davon schieden wirklich aus."

Dies die Darstellungen, soweit es sich um den Kirchenaustritt in Berlin handelt. Zum Schluß leistet sich nun das Stöckerorgan noch folgende Bemerkung:

„Das ist das Ergebnis der Bewegung, soweit es sich zahlenmäßig bisher hat feststellen lassen. Den Obergenossen wird es recht wenig Freude machen angesichts der fieberhaften Bemühungen um einen Austritt, der die Kirche um Zehntausende hatte schwächen sollen. Die Kirche aber wird — gleich entfernt von optimistischer Schönfärberei, wie pessimistischer Ueberschätzung — zweifellos der Bewegung ihre ernste Aufmerksamkeit widmen; zunächst liegt die Gefahr wohl noch weniger in dem äußeren Ergebnis, als in der dauernden systematischen Verhetzung gegen die Kirche und die christliche Moral, wozu sich als verschärfendes Mittel bei den Genossen der bekannte Gewissenszwang gesellt, der die Leute selbst durch Gewalt zum Austritt bringt."

Die Obergenossen waren nicht naiv genug, sich von dieser Bewegung die überschwenglichsten Vorstellungen zu machen. Wir geben uns schon mit den unzulänglichen Angaben des „Reich" zufrieden, wissen wir doch, daß die „christliche Moral" als das Resultat einer jahrhundertelangen falschen Volkserziehung nicht durch den „bekannten Gewissenszwang der Genossen", sondern nur durch lange zähe Aufklärungsarbeit vernichtet werden kann. Gewissenszwang ist bei den Stöcker u. Gen. zu suchen, die kein Mittel unversucht lassen, um den Kampf gegen Gewissenszwang und Religionsdogmatik zu bannen. Es soll ihnen jedoch nicht gelingen!

**Ablenkung von 9 Straßenbahnlinien.** Eine Reihe von Linien der Straßenbahn im Westen von Groß-Berlin mußten wegen Tiefbauarbeiten abgelenkt werden. Die Martin Lutherstraße wird am Wartburgplatz asphaltiert. Die Linien 69 Friedrichsfelde—Schöneberg und 71 Herzberge—Schöneberg mußten deshalb an ihre frühere Endhaltestelle an der Ecke der Grunewald- und Kirstraße zurückverlegt werden. In Wilmersdorf wird ferner ein Regenüberlauf an der Ecke der Augusta-, Berliner- und Brandenburgischenstraße ausgeführt. Es finden deshalb folgende Ablenkungen statt: Linie 91 Görlitzer Bahnhof—Halensee geht in beiden Richtungen durch die Uhlandstraße, Wilhelmsaue, Augustastraße und Berliner Straße. Linie B Potsdamerplatz—Rosenek fährt durch die Uhlandstraße, die Wilhelmsaue und die Mecklenburgischestraße. Die in der Wilhelmsaue endigenden Linien werden zum Teil in der Berlinerstraße zwischen der Uhland- und Augustastraße aufgestellt, zum Teil legen sie in der Uhlandstraße um. Es sind dies die Linien 52 Danzigerstraße—Wilmersdorf, 67 Zentralviehhof—Wilmersdorf, 92 Görlitzerbahnhof—Wilmersdorf, O Kupfergraben—Wilmersdorf und G Bahnhof Zoologischer Garten—Wilhelmsaue.

**Das Provinzialsängerfest des Arbeitersängerbundes,** welches am 15. Juli in Rathenow stattfand, erfreute sich einer ungemein starken Beteiligung. Schon am Sonnabend, den 14. Juli, beförderte ein Extrazug nahezu 600 Sänger nach Rathenow. Nach dem Eintreffen dortselbst ging es abends 10 Uhr in geschlossenem Zuge mit Musikbegleitung durch festlich geschmückte Straßen nach dem Parteilokal, überall von der Arbeiterschaft lebhaft begrüßt. Am Sonntag fand zunächst des Morgens um 7 Uhr ein Spaziergang über den Weinberg nach dem Vogelgesang statt, woselbst auch die des Sonntags noch eingetroffenen Sänger empfangen wurden. Der Festzug, welcher nachmittags vom Parteilokal nach dem Sängerfestplatz seinen Weg nahm, bildete mit den Glanzpunkt des Festes. Auf dem Festplatz angelangt, begrüßte der Vertreter des Gesangvereins Rathenow mit markigen Worten die Festteilnehmer und begann alsbald der Massengesang unter der trefflichen Leitung des Bundesdirigenten Blobel. Als Eröffnungslied war gewählt: „Weihe des Gesanges" von Mozart. Die Wiedergabe dieses Liedes sowie der folgenden Bundeslieder zeigten, mit welchem Ernst und welcher Hingabe der Sängerbund seiner Aufgabe gerecht wird, der Arbeiterschaft nur das Beste zu bieten. Auch die sodann folgenden Einzelgesänge der Vereine wurden lebhaft applaudiert. — Zur Rückfahrt war des Abends 11 Uhr wieder ein Extrazug bereitgestellt. — Lobender Erwähnung bedarf die Gastfreundschaft der dortigen organisierten Arbeiterschaft, die es sich nicht nehmen ließ, fast sämtlichen auswärtigen Sängern in uneigennütziger Weise Privatquartier usw. zu gewähren. Wurden die gehegten Erwartungen somit voll erfüllt, so wollen wir gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Sängerfest die beteiligten Kreise mit neuem Mut und neuer Begeisterung für ferneres Kämpfen erfüllt haben möge.

**Ein neuer Schwindel in der Blüte.** Im Norden und Nordwesten Berlins sind zahlreiche Arbeiterfrauen geschröpft worden. Der Schwindler gibt sich als Kassierer einer Hülfskasse aus und trägt eine Beamtenmütze mit der Jahreszahl 1906. Durch Kreuz- und Querfragen an die Frauen ermittelt derselbe die Kasse, in welcher der Ehemann versichert ist und stellt dann die Behauptung auf, daß derselbe wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden müsse, wenn nicht sofort Zahlung erfolge, eine Wiederaufnahme könnte beim erfolgten Ausschluß nicht mehr stattfinden. Gewöhnlich gehen die Frauen auf den Leim und zahlen. Als Ausweis über bezahlte Beiträge wird ihnen dann ein wertloser Wisch eingehändigt, auf welchem Tag und Zeit der Zahlung angegeben ist. Das Mitgliedsbuch nimmt der Bursche mit, weil er angeblich für den erhaltenen Betrag die Marken einkleben will. Es ist wahrscheinlich, daß der unrechtmäßige Besitzer mit dem Mitgliedsbuche bezw. Büchern sich weitere Mittel beschaffen wird. Dem Schlosser Lorth ist auf diese Weise sein Mitgliedsbuch Nr. 83 410 der „Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter" entwendet worden. Die Bevollmächtigten dieser Kasse wollen insbesondere auf diese Buchnummer achten und wenn dieselbe präsentiert wird, diese sowie den angeblichen Inhaber anhalten. Im übrigen aber: Augen auf und Taschen zu!

---

### Polizeiliche Bluttaten.

Abermals wird von der Anwendung des Polizeisäbels aus Berlin berichtet.

Der Generalagent Robert Liebig, Bremerstr. 47 wohnhaft, war mit einem Freunde, vom Bahnhof Gesundbrunnen kommend, in der Nacht vom Montag zum Dienstag auf dem Wege nach der Straßenbahnhaltestelle in der Badstraße begriffen. Unterwegs sang er ein Lied. Ein vorüberkommender Schutzmann verwies L. zur Ruhe. Der Generalagent glaubte jedoch, daß dies nicht so ernst gemeint sei und sang weiter. Nun trat der Schutzmann auf L. zu und knebelte ihm die Hände. Der Knebel war so fest um das Handgelenk gelegt, daß L. starke Schmerzen empfand. Er ersuchte infolgedessen den Beamten, ihm die Fesseln abzunehmen und ihn doch nicht wie einen schweren Verbrecher zu behandeln. Da der Schmerz immer größer wurde, versuchte L. selbst, den Knebel etwas zu lockern. Darauf zog der Beamte blank und versetzte dem Gefesselten einen Säbelhieb über den Kopf. Blutüberströmt mußte der Verletzte nach der nahen Unfallstation 17 gebracht worden, wo eine 10 Zentimeter lange Säbelwunde festgestellt wurde. Der Beamte gab an, daß er das Recht gehabt habe, L. wegen Widersetzlichkeit niederzuschießen. Das Handgelenk des L. war vollständig blau angelaufen.

Hat der Schutzmann so wie berichtet wird, sich geäußert, so beweist seine total unrichtige Auffassung, wie notwendig die Ersetzung einer sogenannten königlichen militärisch dressierten Polizei durch eine städtische, den städtischen Organen unterstellte ist. War der Arrestant wegen einer Lappalie arretiert, ja gar geknebelt, so hatte der Schutzmann unter keinen Umständen das Recht, auf den durch die Knebelung Wehrlosen loszuschlagen. Seine entgegengesetzte Ansicht kann nur auf der völlig widergesetzlichen Grundanschauung beruhen, daß die Bürger zum „Gehorsam" den Polizisten gegenüber verpflichtet seien und daß diese berechtigte „Widersetzlichkeiten" in roher Kommißart durch Rippenstöße oder Säbelschläge brechen dürften. Die gerichtliche Untersuchung des Falles wird wohl erfolgen. Aber wird der einzelne Schutzmann zur Verantwortung gezogen, so ist damit einer Wiederkehr ähnlicher Roheiten keineswegs vorgebeugt. So lange die Tätigkeit der Polizei gegen die minder Wohlhabenden und gegen politische Bestrebungen gerichtet ist und die bürgerliche Klasse die Polizei als Schutz gegen die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse verwendet wissen will, werden Ausschreitungen gegenüber der Arbeiterklasse nicht ausbleiben und solche gegen Mitglieder der bürgerlichen Klasse zur Folge haben müssen. Weniger der einzelne Schutzmann, als das heutige Polizeisystem ist an solchen Uebergriffen schuld.

### Unglücksfälle im Straßenverkehr.

Von einem Automobil totgefahren wurde gestern vormittag der 29jährige Radfahrer Otto Steiner aus der Barbarossastraße 9. St. war auf seinem Zweirad auf der linken Seite die Chausseestraße heruntergefahren und als ihm die Automobildroschke Nr. 3149 entgegenkam, vermochte er nicht mehr auszuweichen. Fahrrad und Automobil stießen zusammen und St. wurde unter den Kraftwagen geschleudert. Die Räder gingen ihm über die Brust hinweg, so daß der Verunglückte tödlich verletzt nach der Unfallstation 6 gebracht werden mußte. Er starb dort unter den Händen des Arztes.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern an der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße ereignet. Der Nachtomnibuskutscher Franz Behlau aus der Hussitenstr. 10 geriet an der erwähnten Kreuzung infolge des großen Wagengewirres an ein Automobil heran, wurde umgerissen und überfahren. In bedenklichem Zustande mußte der Schwerverletzte nach dem Lazaruskrankenhause übergeführt werden.

**Von einem tödlichen Straßenbahnunfall** wurde am Dienstag nachmittag der fünf Jahre alte taubstumme Sohn Adolf des Schuhmachers Schulz, Landsberger Allee 127, betroffen. Der Knabe, der für seine Mutter eine Besorgung gemacht hatte, wollte gegen ½2 Uhr den Fahrdamm der Landsberger Allee vor dem Hause Nr. 43 überschreiten und hatte eben den Bürgersteig verlassen, als ein Automobil herangesaust kam. Diesem ausweichend, lief der Kleine unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen 1296 der Linie 64 auf das Gleis, wurde von der Vorderplattform des Kraftwagens erfaßt und niedergestoßen. Adolf Schulz geriet, obwohl der Wagenführer sofort Gefahrbremse anwandte, unter die Vorderplattform, wurde eine kurze Strecke mitgeschleift und mit dem Oberkörper unter den Schutzrahmen gequetscht. Der Wagen mußte hochgewunden werden, damit der kleine Körper befreit werden konnte. Dem Kinde war der Brustkasten eingedrückt und der Schädelknochen zertrümmert worden. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod des Knaben feststellen. Die kleine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

**Sein rechtes Bein verloren** hat gestern nachmittag der 12jährige Schüler Richard Streiber, Prinz Eugenstraße 11. Der Knabe wollte gegen 4 Uhr nachmittags vor dem Domkirchhof die Müllerstraße überschreiten und lief um einen Heuwagen herum, durch den ihm die Fernsicht genommen war. Der Schüler bemerkte daher auch nicht, daß zu derselben Zeit ein Straßenbahnwagen an dem Heuwagen vorbeifuhr und rannte blindlings gegen die Vorderplattform des Motorwagens. Der Wagenführer des letzteren konnte trotz Anwendung der vorhandenen Bremsmittel nicht verhindern, daß Schreiber mit dem linken Bein unter den Schutzrahmen des Wagens geriet. Dem Knaben wurde der Oberschenkel zermalmt, so daß im Paul Gerhardt-Stift, wohin der Verunglückte gebracht wurde, das Bein abgenommen werden mußte.

---

**Die Vorarbeiten für die neue Straßenbahnverbindung nach Rummelsburg** sind nunmehr in Angriff genommen, nachdem der Vertrag zwischen der Gemeinde Rummelsburg und der Großen Berliner Straßenbahn bestätigt worden ist. Die neue Bahnlinie wird im Anschluß an eine der bereits bestehenden Strecken durch die Boxhagenerstraße, Alt-Boxhagen, Markt-Sadowa, Prinz Albrechtstraße in Rummelsburg bis zur Grenze des Vorortes Friedrichsfelde geleitet werden und somit durch das gesamte langgezogene Weichbild der Gemeinde Boxhagen-Rummelsburg führen.

**Mit dem geplanten Erweiterungsbau des Schlesischen Bahnhofes** ist begonnen worden. Es findet zunächst eine Erweiterung der Zufahrtsstrecken des Außenbahnhofes statt, indem der Bahndamm durch Aufschüttungen verbreitert und neue Gleisanlagen hergestellt werden.

**Opfer seines Berufs.** Bei einem schrecklichen Unglücksfall im Eisenbahnbetrieb hat der vierundzwanzigjährige Rangierer Friedrich Belling aus der Wilhelmstraße 76 in Lichtenberg den Tod gefunden. B. hatte auf dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde Dienst getan und war durch ein unglückliches Versehen zwischen die Puffer zweier Güterwagen geraten. Der Brustkorb wurde ihm dabei vollständig eingedrückt. Auf dem Transport nach dem Krankenhause Friedrichshain starb der Bedauernswerte.

---

### Aus der Selbstmordchronik.

Beim Glase Bier Selbstmord verübt hat in der vorgestrigen Nacht ein unbekannter etwa 24jähriger Mann. Er war in der Zorndorferstraße 41 in eine Schankwirtschaft eingekehrt und verlangte ein Glas Bier. Als der Unbekannte es bis zur Hälfte geleert hatte, zog er plötzlich einen Revolver hervor und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Der Lebensmüde fiel tot vom Stuhl herab und wurde in das Schauhaus eingeliefert. Der unbekannte Selbstmörder war mit dunklem Jackettanzug, schwarzen Schnürstiefeln und steifem Hut bekleidet. Er dürfte etwa 24 Jahre alt gewesen sein. — Vor der Baracke des Eisenbahnregiments Nr. 3 wurde gestern nachmittag eine junge Selbstmörderin sterbend aufgefunden. Es war die 23jährige Fabrikarbeiterin Emilie W., die in einer Farbenfabrik in der Kaiser Friedrichstraße 78 in Charlottenburg angestellt war. Die Lebensmüde hatte sich mit Lysol vergiftet und starb noch auf dem Transport zur Unfallstation IV.

---

**Beim Verlassen eines Zuges vom Tode überrascht** wurde in der vergangenen Nacht ein Dienstmädchen auf dem Anhalter Bahnhof. Die Unbekannte war von außerhalb in Berlin eingetroffen, um hier in Stellung zu gehen. Kaum hatte sie das Trittbrett des Zuges verlassen, so stürzte sie bewußtlos zusammen. Nach wenigen Minuten trat infolge eines Schlaganfalles der Tod ein. Die Leiche wurde zur Rekognoszierung in das Schauhaus gebracht.

**Beim Baden ertrunken** ist der Kellner Weber aus der Elsasserstraße. W. hatte im Tegeler See zur Erfrischung ein Bad genommen und trotzdem er kein guter Schwimmer war, sich weit in die Fluten hinausgewagt. Als er dann wieder zurückschwimmen wollte, verließen ihn plötzlich die Kräfte und vergeblich versuchte er, sich an der Oberfläche des Wassers zu halten. Im Kampfe mit den Wellen fand W. schließlich den Tod. Seine Leiche ist gestern gelandet worden.

**Durch Dämpfe verbrüht.** Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern auf dem Stettiner Vorortbahnhof zugetragen. An einer Rangiermaschine hatte sich beim Verschluß des Dampfkessels eine Schraube gelockert und dadurch entstand eine Oeffnung. In einem starken Strahl schossen die siedenden Wasserdämpfe aus der Oeffnung hervor und trafen den bei der Maschine stehenden Eisenbahnbeamten Alfred Knoblauch. Der Bedauernswerte wurde am Gesicht und am Körper schwer verbrüht und mußte in bedenklichem Zustande dem Lazaruskrankenhause zugeführt werden.

**Betrügereien recht eigener Art** begehen in letzter Zeit im Stadtteil Südost zwei Radfahrer. So erschienen am letzten Sonntag im Pietschen Lokal, Lübbenerstraße 1, zwei Personen und verlangten, nachdem sie etwas getrunken hatten, für 20 M. Kleingeld. Bereitwilligst zählte ihnen auch die Wirtin das Geld auf. Während der Zeit aber hatten sie mit derselben, um die Aufmerksamkeit etwas abzulenken, ein Gespräch angeknüpft. Diese Gelegenheit benutzte der das Zwanzigmarkstück Wechselnde, um das Kleingeld und das Zwanzigmarkstück einzustreichen. Noch ehe die Wirtin den Betrug merkte, waren die beiden Leute, die ihre Räder draußen stehen gelassen hatten, verschwunden. Dieser Streich ist bereits bei mehreren Gastwirten des Stadtteils verübt worden und mahnt zu besonderer Vorsicht.

**Durch die Fahrkartensteuer werden** ab 1. August bei der Berliner elektrischen Straßenbahn die ausgegebenen Zeitkarten um den be-

treffenden Steuerertrag erhöht. Es kosten somit Karten bis 2 M. 0,05 M., über 2—5 M. 0,10 M. und über 5 M. 0,20 M. mehr.

Der Rudervercin Vorwärts hielt am Sonntag vor seinem Bootshaus in Stralau seine diesjährige gut besetzte Regatta ab. Ruderverein Kollegia (Charlottenburg) beteiligte sich an mehreren Rennen. Den Schluß bildete ein humoristisches Fraktionsrennen, welches bei den zahlreich erschienenen Gästen allgemeine Heiterkeit hervorrief. Konservative und Zentrum bewegten sich in schweren Kähnen mühsam vorwärts. Der Freisinn war gar in einem Waschfaß untergebracht, während die Sozialisten im schmucken leichten Ruderboot erschienen. Die ersteren suchten den letzteren bei ihrem Vordringen entgegenzutreten, was zur Folge hatte, daß viele der Mannen ein freiwilliges Bad nehmen mußten, so daß die Spree bald von Pfaffen und Agrariern wimmelte. Der Verlauf der einzelnen Rennen ist folgender:

I. Senior Doppelzweier. Sieger: Boot Kleeblatt in 6 Minuten 55 Sekunden.

II. Junior Doppelvierer. Sieger: Boot Marx in 5 Minuten 16 Sekunden.

*III. Zweiter Einer. Sieger: Boot Pirat in 6 Minuten 40 Sekunden.

IV. Junioren Achter. Sieger: Boot Vorwärts in 5 Minuten 11¼ Sekunden.

V. Junioren Doppelzweier. Sieger: Boot Kleeblatt in 6 Minuten 59 Sekunden.

VI. Erster Einer. Sieger: Boot Kehrwieder in 6 Minuten 26 Sekunden.

VII. Senioren Vierer. Sieger: Boot Jugend in 5 Minuten 25 Sekunden.

VIII. Anfänger Vierer. Sieger: Boot Jugend in 5 Minuten 34 Sekunden.

IX. Senioren Achter. Sieger: Boot Vorwärts in 4 Minuten 54 Sekunden.

Sämtliche Rennen führten über 1000 Meter und wurden bis auf das mit einem * bezeichnete Rennen vom Vorwärts gewonnen, während dieses eine Rennen an Kollegia (Charlottenburg) ging.

**Im Zoologischen Garten** sind eine ganze Anzahl interessanter Tiere neu vorhanden, die zum großen Teil vom Oberlaufe des Kassai, eines Nebenflusses des Kongo, stammen. Außer einem Serval, jener luchsartigen, hochbeinigen Fleckenkatze, und sechs afrikanischen Haushunden schenkte Herr Frobenius sechs, verschiedenen Arten angehörige Affen, worunter namentlich eine prächtige Brazza-Meerkatze, kenntlich an der schönen, orangefarbenen und diademartigen Kopfzeichnung, hervorzuheben ist. Sämtliche Affen sind im neuen Affenhause, die Hunde und der Serval im kleinen Raubtierhause untergebracht.

**Feuerwehrbericht.** Gestern früh um 5 Uhr wurde die Feuerwehr wegen eines Stallbrandes nach der Kastanienallee 37 gerufen. Dem 3. Löschzug gelang es durch kräftiges Wassergeben die Gefahr auf den Stall zu beschränken. Durch eine Lampenexplosion entstand in einer Wohnung in der Mehnerstraße 6/7 ein Feuer, das schnell gelöscht werden konnte. In der Kronenstraße 6 geriet beim Ausbrennen eines Fasses Spiritus in Brand und in der Neuen Friedrichstraße 55 brannten Gardinen und anderes. In der Schönhauser Allee 156 und Stargarderstraße 10 hatte die Feuerwehr mit der Löschung von Kellerbränden zu tun. Ferner wurden noch Brände aus der Jerusalemerstraße 10, Plantagenstraße und anderen Stellen gemeldet.

# Vorort-Nachrichten.

## Groß-Lichterfelde.

**In der letzten Mitgliederversammlung** des sozialdemokratischen Wahlvereins hielt Genosse Eichler an Stelle des am Erscheinen verhinderten Referenten einen kurzen Vortrag über „Jena 1806". In der Diskussion ergänzte Eisner die Ausführungen auf Grund historischen Materials, beleuchtete die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verhältnisse in Preußen zu jener Zeit, die schließlich zur Katastrophe führten. Der Zusammenbruch des Junkerstaates nach Jena konnte für das Volk nur von Vorteil sein, während nach den sogenannten Befreiungskriegen die finsterste Reaktion, das System Metternich, auf den Völkern lastete und dieselben knebelte.

Den Bericht von der Kreis-Generalversammlung gab Eisner. Er nahm Veranlassung, den Protest zu erwähnen, den die Wilmersdorfer Genossen gegen seine Wahl in den Zentralvorstand zu erheben für notwendig befunden hätten. Er habe es für überflüssig gehalten, in der Generalversammlung darauf zu antworten. Er sei beim „Vorwärts"-Konflikt an sich nicht in Frage gekommen. Sein Verbrechen habe lediglich darin bestanden, daß er sich mit seinen Kollegen solidarisch erklärt habe.

Wenzel gab die Erklärung ab, daß er infolge seiner Delegation zur Beerdigung des Genossen Hoch den Verhandlungen der Generalversammlung nicht beiwohnen und den „Protest" entsprechend beantworten konnte. Es sei schade, daß dieser nicht schon in der Vorstandssitzung reif gewesen sei. Die Wilmersdorfer Genossen wären sonst belehrt worden, daß die Lichterfelder Parteiorganisation sich seinerzeit in langen Sitzungen mit dem „Vorwärts"-Konflikt ebenfalls beschäftigte, allerdings nach dem Grundsatze — in Lichterfelde sei man nun einmal so versumpft — daß beide Teile gehört wurden.

Es bestehe durchaus kein Grund, Ehrenämter dem Genossen Eisner vorzuenthalten. Der Kreis habe diese Meinung als durchaus zutreffend bestätigt. Im übrigen wünsche er jedoch, daß diese Angelegenheit doch endlich einmal aus der Diskussion verschwinde.

Zur Generalversammlung für Groß-Berlin wurden die Genossen Dominski, Eisner, Radeke und Ziege gewählt.

## Steglitz.

**Ein eigenartiger Unglücksfall** ereignete sich am gestrigen Dienstag in Steglitz. An der Ecke der Grunewald- und Schloßstraße wollte der Kutscher Deehr einen von ihm geführten Arbeitswagen wenden und ließ, um dies zu ermöglichen, die Pferde den Wagen rückwärts schieben. D. hatte, vor der Deichselstange stehend, die Pferde an den Zügeln gefaßt und leitete so den Wagen dem Straßenbahngleis zu, auf welchem ein Straßenbahnzug der westlichen Vorortbahn herangefahren kam. Der Motorwagen streifte die Hinterachse des Arbeitswagens, wodurch die Deichsel des letzteren schleuderte. D. wurde von der Deichselspitze erfaßt und mit solcher Gewalt zu Boden geworfen, daß er eine schwere Verletzung am Hinterkopf und, wie auf der Unfallstation festgestellt wurde, auch innere Verletzungen davontrug. Der Verunglückte wurde nach seiner in Wilmersdorf belegenen Wohnung geschafft.

## Lichtenberg.

### Eine „Richtigstellung" des Herrn Groß.

Am 24. April hatten wir die im Mugdanschen Geiste betriebene Hetze der „Volkszeitung für die Kreise Ober- und Nieder-Barnim" gegen die Verwaltung der Lichtenberger Ortskrankenkasse niedriger gehängt und an der Hand der Generalversammlung der Delegierten dargetan, wie völlig hinfällig die Anwürfe der „Volkszeitung" sind. Aus der Generalversammlung hatten wir u. a. berichtet, Herr Groß, Arbeitgebervertreter, habe auf die erregten Kritiken gegen das von der „Volkszeitung" entworfene Zerrbild über die Kassenverhältnisse geäußert: „Wer im öffentlichen Leben stehe, müsse Kritik aushalten, die Angriffe der „Volkszeitung" allerdings gingen zu weit." Ferner war von uns mitgeteilt:

„Ein Vorstandsmitglied gab unter Zustimmung der Arbeitgebervertreter eine Darstellung der Vorgänge: Es ist immer ordnungsmäßig verfahren worden. Genosse Leyhn z. B. hat sich erst nach wiederholtem Drängen seitens der Arbeitgebervertreter (!) zur Annahme der Stelle bereit erklärt. Die freisinnigen Arbeitgeber hatten ihm dabei ausdrücklich erklärt, man werde für ihn eintreten, falls er in der „Volksztg." angeflegelt werde. In der Versammlung mußten sich die Herren sagen lassen, daß sie ihr Wort allerdings nicht gehalten haben. Herr Groß entschuldigte die Unterlassung, man wolle sich als Vorstandsmitglieder der Kasse nicht um Zeitungskrakeel kümmern, das könne schließlich das Einvernehmen im Zusammenarbeiten, das doch ein gutes sei, nur stören."

Herr Groß ersucht uns nun „auf Grund des § 11 des Preßgesetzes" um folgende „Richtigstellung":

„Unwahr ist, daß ich gesagt habe: „Die Angriffe der „Volkszeitung" gingen zu weit!" — Unwahr ist die Angabe, daß die Arbeitgeber Herrn Leyhn in die Beamtenstellung hineingedrängt haben! — Unwahr ist, daß von seiten der Arbeitgeber eine Erklärung abgegeben worden ist, Herrn Leyhn zu unterstützen, falls er von der „Volkszeitung" angeflegelt werde."

Diese „Richtigstellung" vermag den Tatbestand nicht zu ändern. Wir begnügen uns ihr gegenüber zu konstatieren:

Herr Groß hat tatsächlich zugegeben, daß die verdächtigende Anfrage der „Volkszeitung", die — in Wahrheit nicht fehlenden — 15 000 M. haben sich „verkrümelt", zu weit gehe. Will er das lieber ungesagt sein lassen, so haben wir nichts dagegen. Wir müssen dann unsere Leser bitten, die Anerkennung zurücknehmen, die sie etwa Herrn Groß für sein richtiges Urteil gezollt haben.

In Gegenwart des Herrn Groß ist so wie von uns dargestellt berichtet und von Herrn Groß gegen den durchaus zutreffenden Bericht nichts remonstriert. Freilich haben nicht alle vier Arbeitgebervertreter, sondern nur zwei ausdrücklich Leyhn zur Annahme der Beamtenstellung dringend ersucht; Herr Groß hat hierüber das Wort nicht genommen, auch nicht zu entgegenstehenden Ausführungen. Gewählt wurde Leyhn mit den Stimmen aller vier Arbeitgebervertreter.

Herr Groß hatte mithin keinerlei Veranlassung, um die „Richtigstellung" zu ersuchen, der wir Raum gegeben haben, trotzdem das Preßgesetz uns keineswegs dazu verpflichtete. Warum sollen wir aber Herrn Groß nicht eine Freude bereiten? Herr Groß ist übrigens seit einer Woche nicht mehr Vorstandsmitglied, weil er in den vorausgegangenen drei Monaten trotz Einladung keine einzige Vorstandssitzung besucht hatte. Herr Groß hat mit den drei anderen Arbeitgebervertretern erklärt, er lege sein Amt nieder. Solche Niederlegung ist bekanntlich unzulässig und unwirksam. Trotzdem Herr Groß hierauf aufmerksam gemacht wurde, hat er, wie erwähnt, seine Vorstandspflichten durch Nichterscheinen und Nichtstun betätigt.

## Pankow.

**Einen Antrag** auf Verlängerung der Straßenbahnlinie Mittelstraße—Mendelstraße nach dem neu zu erbauenden Krankenhause hat die Gemeinde an die Berliner elektrische Straßenbahn gestellt. Die Antwort des sehr langen und höflichen Schreibens ist eine ablehnende. Dem Schreiben ist zu entnehmen, daß die Gemeinde bezw. die Anlieger die Kosten der Anlage übernehmen sollen, daß ferner die Gemeinde augenblicklich auf die Verlängerung der Strecke Mühlenstraße-Florastraße verzichtet, auch keinen Vertrag mit der Großen Berliner abschließen soll. Dagegen soll erwogen werden, den Fünf-Minutenverkehr bis zur Pankower Kirche wieder aufzunehmen. Des ferneren gibt die Gesellschaft den guten Rat, mit Berlin wegen eines Zuschusses zu den Kosten der erstgenannten Strecke zu verhandeln. Hier wird also mit dürren Worten gesagt: Wenn Ihr die Strecke nach dem Krankenhaus bezahlt und mit der Großen Berliner keinen Vertrag schließt, wollen wir zwar die zweite Strecke bauen, nur müßt Ihr vorläufig darauf verzichten. Wenn das der Fall ist, dann wollen wir Euch ein altes Recht, den Fünf-Minutenverkehr nach der Kirche, welchen Ihr schon jahrelang hattet und den wir Euch ungerechterweise genommen haben, wieder geben. Mehr kann man wirklich nicht verlangen!

**Bei der gestern stattgefundenen Wahl** eines ersten Gemeindevorstehers wurde von den drei in Betracht kommenden Kandidaten der Bürgermeister Kuhr von Burg mit 9 Stimmen gewählt. Ein Teil der Gemeindevertreter war bereits verreist und nahm somit an der Abstimmung nicht teil.

## Nieder-Schönhausen.

**Der Kampf um das Rathausgrundstück** geht munter weiter. In der vor vierzehn Tagen stattgefundenen Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Antrag, das Hoppesche Grundstück anzukaufen, mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Bereits am Donnerstag voriger Woche war die Vertretung wiederum zusammen berufen, indem geltend gemacht wurde, daß die Abstimmung in letzter Sitzung als ungültig anzusehen sei, weil erstens die Abstimmung eine geheime gewesen — eine solche ist nur bei Wahlen zulässig — und des weiteren ein Gemeindevertreter an der Abstimmung teilgenommen habe, der aus Gründen persönlicher Natur nicht hätte abstimmen dürfen. Es wurde nun mit 9 gegen 7 Stimmen der Ankauf des Hoppeschen Grundstückes beschlossen. Damit der Bissen den Gemeindevertretern schmackhafter gemacht wurde, gab der Verkäufer schnell noch einen Streifen von 15 Ruten zu. Die Größe des Grundstücks beträgt nunmehr 187 Ruten, abzurechnen sind hiervon 37 Ruten abzutretendes Straßenland. Das Fazit ist nun folgendes: Die Gemeinde Nieder-Schönhausen hat um einer Laune willen, das Rathaus an einer bestimmten Stelle zu haben, für 150 Ruten 175 000 M. gezahlt, das sind in runder Summe 1166 M. für die Quadratrute, und diesen Preis in einem Vororte, wo man heute noch weniger als 100 M., wenn es hoch kommt 400 M. pro Rute zahlt.

So wirtschaftet die bürgerliche Vertretung, welche mit den schäbigsten Mitteln die Sozialdemokratie aus der Vertretung ferngehalten hat, mit dem Gelde der Steuerzahler.

## Waidmannslust und Umgegend.

**Auf eine erfolgreiche Tätigkeit** blickt der Wahlverein von Waidmannslust und Umgegend zurück. In der letzten Generalversammlung machte der Vorsitzende nach einem Vortrage des Genossen Störmer in seinem Vorstandsbericht die Mitteilung, daß im letzten halben Jahre 86 neue Mitglieder aufgenommen worden sind, so daß der Wahlverein jetzt 296 Mitglieder zählt. Diese verteilen sich auf die einzelnen Ortschaften wie folgt: Vorsigwalde 108 Mitglieder, Waidmannslust 47, Hermsdorf 56, Wittenau 32 und Hohen-Neuendorf 23. Mit den Obliegenheiten des Vereins haben sich elf Vorstands- und erweiterte Vorstandssitzungen beschäftigt, darunter eine mit den Gemeindevertretern und eine mit den Gewerkschaftsführern vom Bezirk. Stattgefunden haben außerdem 7 öffentliche und 5 Mitgliederversammlungen. Der Kassenbericht des Vorsitzenden zeigte eine Einnahme von 221,13 M. und eine Ausgabe von 231,95 M., so daß ein Minus von 10,82 M. zu verzeichnen ist. Günstiger gestaltete sich der Kassenbericht des Kassierers, der eine Einnahme von 577,69 M. und eine Ausgabe von 305,52 M. aufweist; es verbleibt hier ein Ueberschuß von 272,52 M. Für Agitation wurden dem 1. Vorsitzenden 20 M. bewilligt. Zur Aufnahme hatten sich noch 4 Genossen gemeldet.

## Trebbin (Kreis Teltow).

**Ueber „Deutschlands Weltmachtspolitik, Flottenrüstung, Kolonialskandal und neue Steuern"** referierte am Sonntag Genosse Zubeil in einer öffentlichen Versammlung. Die Versammlung wies einen, der großen Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Trebbins entsprechend, schwachen Besuch auf. Es ist Pflicht der Trebbiner Arbeiterschaft, in Zukunft bei solchen Anlässen mehr auf dem Posten zu sein.

## Potsdam.

**Umgetauftes Parteilokal.** Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die von Arbeitern resp. Sozialdemokraten besuchten Gastwirtschaften einer besonderen Fürsorge der Polizei erfreuen. Das hat der Inhaber des neuen Parteilokals in Eiche bei Potsdam zur Genüge erfahren müssen. Ein Strafmandat folgte dem anderen. So wurde Herrn Rose, dem Inhaber des Parteilokals, u. a. auch die Abhaltung von Tanzvergnügungen fast unmöglich gemacht durch Verbot der sogenannten großen Musik wegen „ruhestörenden Lärms" usw. Nach zwei gerichtlichen Verhandlungen wurde das schneidige Verbot des Ortsgewaltigen aber wieder aufgehoben. Um aber nicht ganz „ruhmlos" aus dem Kampfe gegen den Umsturz in Eiche hervorzugehen, wurde der Name „Zum Prinzen Heinrich", den das jetzige Parteilokal schon lange führt, behördlich verboten. Das Lokal führt deshalb jetzt den Namen „Zum Lindenpark" (früh. z. „Prinzen Heinrich"). Mit dieser erzwungenen Umtaufe des Parteilokals in Eiche werden sich sowohl der Wirt wie auch seine Besucher abfinden. Hoffentlich fühlen sie sich jetzt im „Lindenpark" mindestens ebenso wohl wie früher im Restaurant zum „Prinzen Heinrich". — An den Parteigenossen am Orte sowohl wie den auswärtigen liegt es nun aber, der Behörde und ihren freundlichen Hintermännern zu zeigen, daß sie diese neueste „Auszeichnung" nach Gebühr zu schätzen wissen und die vollzogene „Umtaufe" ihres Parteilokals dauernd im Gedächtnis behalten werden. Darum: Meidet streng die gesperrten Lokale auch in Eiche! Unser Parteilokal ist einzig und allein das Restaurant „Zum Lindenpark", früher „Zum Prinzen Heinrich" (Inhaber: Karl Rose).

---

**Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker** gingen bei der Charlottenburger Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Liste 1 Otto Flemming 11,—. Liste 11 durch Stykorn auf dem Bau gesammelt 4,20. Liste 12 durch Lewandowsky 1,45. Liste 13 durch Maduhr 6,25. Liste 16 durch Karl Schröder 12,40. Liste 18 durch Liebe 3,35. Liste 20 durch Friedr. Baltzumeit 4,75. Liste 51 durch Paul Schulz 2,10. Liste 53 durch Paul Röhel 12,65. Liste 56 durch August Hilgenbach 8,60. Listen 62 und 64 12,65, 61 6,75, 65 2,50 durch Wilh. Eike, Tischler. Liste 63 Kiesewetter, gel. Werkstatt Schulenburg, außer den Maschinenarbeitern 8,—. Liste 69 Karl Schedling, Firma Georg Ruhnert, Martinikenfelde 11,05. Listen 81, 82, 83, 84, 85 durch Bernhard Hölzner, Buchdrucker 26,20. Listen 91 und 92, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Abteilung Revision 23,85. Liste 93 Abteilung Hennig u. Henke 25,35. Liste 94 Betriebsabteilung 13,15. Liste 95 Abteilung Göhe 8,30. Liste 96 Abteilung Lindner 18,55. Listen 97 und 98 Abteilung Hachmann 38,15. Liste 99 Abteilung Hoffmann 20,80. Liste 117 und 118 Oswald Straß 14,55. Liste 131 5,40, Liste 132 6,15, Liste 135 3,65 (durch Hermann Hännel eingegangen). Liste 172, Otto Schmidt, gesammelt Bautischlerei Röpke, Charlottenburg 5,75. Listen 173 und 174, Alfred Hensel, bei der Firma Jeserich gesammelt 13,40. Listen 22, 24, 26, 27 und 30 durch Otto Schaade 37,75. Liste 38 1,—, Liste 39 2,40, Liste 40 2,50 (Handlungsgehülfen). Listen 86 und 88 durch Albert Wilde 9,60.

Summa: 384,20 M.

Weitere Listen sind zu haben beim Genossen Joh. Scheible Bismarckstraße 35.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

# Vermischtes.

### Neue vulkanische Ausbrüche.

**Rom, 17. Juli.** Das Observatorium in Catania meldet, daß am 15. Juli abends 8½ Uhr und am 16. Juli nachmittags 5¼ Uhr auf der Insel Stromboli zwei starke vulkanische Ausbrüche stattgefunden haben.

---

**Bordeaux, 17. Juli.** Eine große Feuersbrunst zerstörte die Oelfabrik von Moran und Porom. Der Schaden wird auf über drei Millionen Frank veranschlagt.

**St. Paul, 17. Juli.** Bei einer Explosion in der Pulverfabrik von Barkstan wurden zwei Personen getötet, 20 verwundet.

**Elpaso (Texas), 17. Juli.** Ein heftiges Erdbeben ist gestern morgen hier verspürt worden. Ueber den angerichteten Schaden verlautet bis jetzt nichts.

# Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.**

**E. B., Magdeburg.** Anonyme Einsendungen wandern in den Papierkorb.

**Th. P. 270.** Pfändbar ist, was nach Ansicht des Gerichtsvollziehers, und im Streitfall des Gerichts, zu den entbehrlichen Sachen gehört. In Ihrem Falle würden die Käfige und Vögel dahin gehören. Nach fruchtlosem Ausfall einer Pfändung kann der Gläubiger zur Leistung eines Offenbarungseides laden. — **F. K. 1770.** Prolongieren Sie selbst und klagen dann Ihre Forderung ein. — **106.** Aus Ihrer Anfrage erhellt nicht, ob das Dienstverhältnis sich auf Berlin bezog. Wohnte damals die Dienstherrschaft in Berlin, so hätte sie die Reisekosten zu erstatten. — **P. C. Steglitz.** Sie müßten Einspruch gegen das Versäumnisurteil einlegen. — **Unglück.** 1. und 2. Leider nein. — **H. W. 23.** 1. Ja, event. besteht Schadenersatzpflicht. 2. Nur die Bestimmungen des preußischen Gesetzes von 1881 sind anwendbar. — **M. S. 100.** 1. Sie sind an den Vertrag gebunden, Ihr Mann haftet aber in voller Höhe für die Miete, Sie können gegen Ihren Mann auf Zahlung und Unterhalt klagen. Eine Ehescheidungsklage hätte kaum Aussicht auf Erfolg, wenn Sie Ihre Vermutungen nicht beweisen können. Sie könnten lediglich eine Klage auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens und auf Unterhalt anstellen. — **H. W. 39.** Der Schwiegervater würde die Klage anzustellen haben; der Erfolg ist ein zweifelhafter. Der Ausgang der Klage hängt davon ab, ob der Richter annimmt, die Söhne könnten mit ihrer Familie standesgemäß leben, auch wenn der Zuschuß gezahlt wird. Klagen nach Elsaß-Lothringen hin können auch von hier aus angestrengt, müßten dann aber dort vertreten werden. — **Meyerstraße.** Eine Klage des Wirtes hätte kaum Aussicht auf Erfolg. — **E. 1895.** 1. und 2. Ja. — **P. 99.** Nein. — **M. W. 79.** Ja. — **K. 61.** 1. Ja. 2. Ja, durch Antrag beim Amtsgericht (Vormundschaftsgericht). 3. Die Geburtsurkunde und die Zustimmung des Vormundes bezw. die richterliche Ergänzung der Zustimmung. 4. Nur an einem Ort braucht die Anmeldung stattzufinden, das weitere besorgt der Standesbeamte. 5. Ja. — **W. S., Weidenweg 85.** Der Betrieb ist versicherungspflichtig, wenn mindestens durchschnittlich 10 Arbeiter in demselben beschäftigt werden oder Maschinen zur Anwendung gelangen, die durch Dampf, Elektrizität usw. betrieben werden. — **O. N. K. 30.** Der Plan, den Sie befürchten, würde gegen das Gesetz verstoßen. Beantragen Sie beim Amtsgericht gerichtliche Auseinandersetzung. — **Otto Engel.** 1. Bis zum 27. Jahr. 2. Ja. 3. Nein. — **K. P. Z.** Ja. — **G. T. 26.** Das Dienstmädchen ist nicht krankenversicherungspflichtig. Die Herrschaft hat aber für die Dauer von sechs Wochen die Arzt- und Kurkosten zu ersetzen. — **C. B. 25.** 1. Ja, Sie können aber Widerklage erheben. 2. Durch 1 erledigt. 3. Nein. — **Yorkstraße 75, Salzfrage.** Die Zeit können wir Ihnen nicht angeben. — **M. W. 24.** Das geratenste ist, Sie wenden sich direkt an die Postdirektion. Sie erhalten dort Antwort. — **Ernst Packart.** Sie müßten gegen die Krankenkasse die vermeintlich Ihnen zustehenden höheren Beiträge einklagen, die Krankenkasse wendet sich dann an den Arbeitgeber. — **E. H. 53.** Ja. — **A. M. 1000, Rummelsburg.** Wenden Sie sich direkt an das betreffende Institut. — **G. K. 18.** 1. Sie müssen sich an den Ihnen bestellten Anwalt wenden. 2. Die Mutter braucht die Kinder nicht herauszugeben, eventuell würden Sie die Kosten für die Erziehung im Waisenhaus zu tragen haben. — **Füllgraf.** Soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, ist die Pfändung der Forderung nach § 850 Z.-P.-O. unzulässig. War die Summe Ihnen schon gezahlt, so ist eine Pfändung — die Richtigkeit der Forderung der Anstalt vorausgesetzt — zulässig. — **C. G. 1000.** Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt mit dem Antrage auf Rente oder Heilbehandlung.

---

**Witterungsübersicht vom 17. Juli 1906, morgens 8 Uhr.**

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C° | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C° |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemde. | 757 | WSW | 6 | bedeckt | 16 | Haparanda | 744 | SW | 4 | Regen | 14 |
| Hamburg | 750 | WSW | 5 | Regen | 16 | Petersburg | 751 | SW | 2 | halb bd. | 16 |
| Berlin | 760 | W | 4 | bedeckt | 18 | Scilly | 766 | SW | 1 | Nebel | 15 |
| Frankf. a. M. | 765 | SW | 3 | bedeckt | 18 | Aberdeen | 758 | SW | 2 | wolkig | 12 |
| München | 766 | W | 4 | wolkenl | 19 | Paris | 767 | NNO | 2 | bedeckt | 16 |
| Wien | 765 | W | 3 | wolkig | 19 | | | | | | |

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. Juli 1906.**

Vielfach heiter, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

---

**Wasserstand am 16. Juli.** Elbe bei Aussig + 1,29 Meter, bei Dresden — 1,10 Meter, bei Magdeburg + 1,82 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,60 Meter. — Oder bei Ratibor + 5,55 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,20 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,88 Meter, bei Frankfurt + 1,42 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 5,08 Meter. — Warthe bei Posen + 0,44 Meter.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.